

Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

4 2009

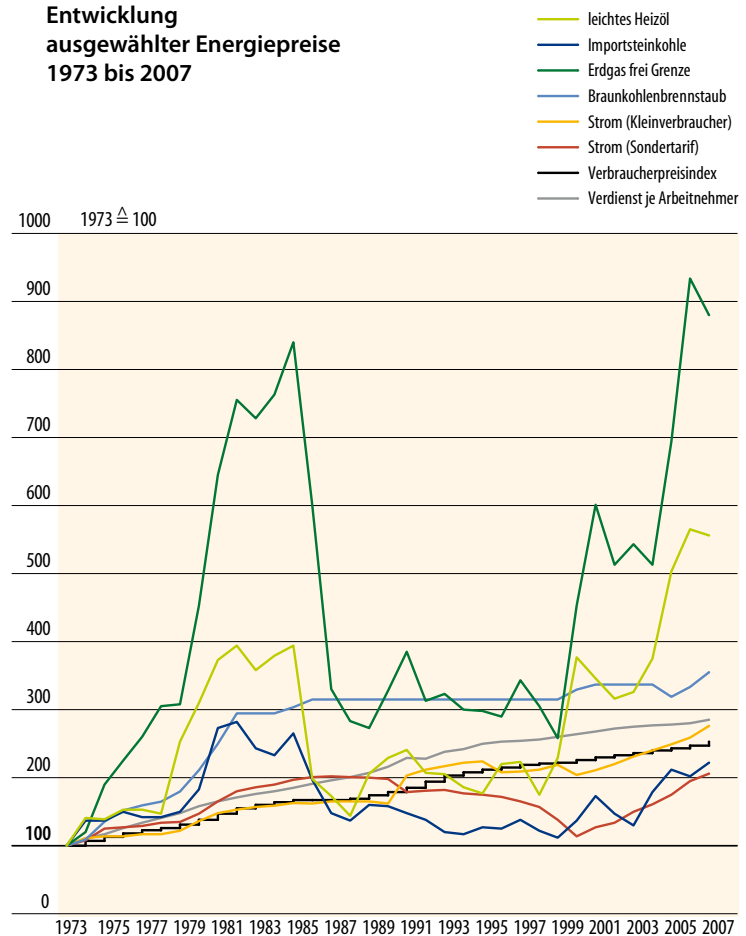
Untersuchungen zu den
Energiepreisen

Zeitreihenanalyse

Landwirtschaftszählung 2010

Grenzen der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen in Raum
und Zeit. Staaten, Gebiete und die
'Eckjahre' 1950, 1960 und 1991

Entwicklung
ausgewählter Energiepreise
1973 bis 2007



Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.,
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,
Sachverständigenrat für die Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Ausagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Impressum

**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**
3. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444

Tel.: 030 9021 - 3434

Preis

Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2009

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Aufsätze



- 22** Zeitreihenanalyse
- 26** Landwirtschaftszählung 2010
- 30** Grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Raum und Zeit. Staaten, Gebiete und die ‚Eckjahre‘ 1950, 1960 und 1991
- 40** Untersuchungen zu den Energiepreisen

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...

**2** ... aus Berlin und Brandenburg**Preise**

September 2009

Aussenhandel

1. Halbjahr 2009

Verkehr2. Quartal 2009:
Flüge und Fluggäste**Insolvenzen**

1. Halbjahr 2009

Landwirtschaft

2008

8 ... aus Deutschland**Bevölkerung**1991 bis 2008:
Wanderungssaldo**Einzelhandel**

August 2009

10 ... aus Europa**Bildung**2007:
Fremdsprachenkenntnisse
der Schüler**Arbeitsmarkt**August 2009:
Arbeitslosenquote**Aussenhandel**

2008

Preise

September 2009

Rubriken



Wirtschaft im Überblick

12**Berlin**

April 2009

16**Brandenburg**

April 2009

20**Tabellen Berlin Brandenburg**

Entwicklung der konjunkturellen Lage

45**Historisches**

Einkommen in Preußen etwa 1906

46**Aus der amtlichen Statistik**

Mitteilungen und Nachrichten

47**Veröffentlichungen**

Berlin

Brandenburg

Umschlag-
seite**3****Grafik**

Monatliche Anzahl der Arbeitslosen und Gleitender Durchschnitt 12. Ordnung, BV4.1 Trend-Konjunktur-Komponente, ARIMA-X-12 Trend-Konjunktur-Komponente und ARIMA-X-12 Prognose im Land Brandenburg von 1994 bis 2009

Umschlag-
seite**4****Grafiken**

Monatliche Anzahl der Arbeitslosen im Land Brandenburg von 1994 bis 2008

Kurz gefasst



aus Berlin und Brandenburg

September 2009: Berliner Verbraucherpreise um 0,4 Prozent gesunken

Preise Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von August 2009 bis September 2009 um 0,3 Prozent auf einem Indexstand von 106,4 (Basis 2005 \pm 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat September 2008 betrug –0,4 Prozent.

Die kurzfristige Entwicklung der Verbraucherpreise im September 2009 war durch Preisrückgänge bei Beherbergungsdienstleistungen (–10,1 Prozent), Pauschalreisen (–8,6 Prozent) und Mineralölprodukten (–2,8 Prozent) gekennzeichnet. Demgegenüber stand ein sehr deutlicher Preisanstieg für Bekleidung und Schuhe (+4,6 Prozent). Der Übergang auf die Herbst-Winter-Saison führte von August bis September 2009 bei Schuhen zu Preiserhöhungen um 5,0 und bei Bekleidung um 4,5 Prozent.

Auch gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat ist der Verbraucherpreisindex im September 2009 gesunken. Damit lag die jährliche Veränderungsrate den fünften Monat in Folge im negativen Bereich. Im Vergleich zu August 2009 (–0,2 Prozent) hat sich der jährliche Preisrückgang im September mit –0,4 Prozent auch wieder verstärkt. Hauptsächlich war dies auf die Preisentwicklung bei Kraftstoffen (–12,6 Prozent) und Haushaltenergie (–9,8 Prozent), insbesondere Heizöl (–33,8 Prozent), zurückzuführen. Auch Gas kostete im September 2009 weiterhin weniger als ein Jahr zuvor (–14,1 Prozent). Ohne den Einfluss der Energieprodukte wäre der Verbraucherpreisindex um 1,0 Prozent gestiegen.

Darüber hinaus wurde die jährliche Preisentwicklung erneut durch sinkende Nahrungsmittelpreise (–2,4 Prozent) beeinflusst. Preisgünstiger als vor einem Jahr waren vor allem wieder Speisefette und -öle (–11,1 Prozent), Gemüse (–10,6 Prozent), Molkereiprodukte und Eier (–7,2 Prozent) sowie Obst (–3,5 Prozent). Tiefer in die Tasche greifen mussten die Verbraucher binnen Jahresfrist dagegen für Fisch und Fischwaren (+8,1 Prozent). Bei Honig setzte sich der seit einigen Monaten beobachtete deutliche Preisanstieg mit +22,2 Prozent weiter fort.

Ebenfalls teurer als im Vorjahr waren auch wieder Schuhe (+5,9 Prozent), Tabakwaren (+5,3 Prozent), Zeitungen, Bücher, Schreibwaren (+3,9 Prozent) und Pauschalreisen (+3,2 Prozent). Preiserhöhungen für Wohnungsnebenkosten (+2,7 Prozent) und Nettokaltmieten (+1,7 Prozent) trugen letztendlich zur Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise im September 2009 bei.

Verbraucherpreisindex Land Berlin (Basis 2005 \pm 100)
Stand: September 2009

Warengruppe Dienstleistungsgruppe	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vor- monat
	Promille	2005 \pm 100	%	
Preisindex insgesamt	1000	106,4	– 0,4	– 0,3
ohne saisonabhängige				
Nahrungsmittel	983,09	106,5	– 0,3	– 0,3
ohne Heizöl und Kraftstoffe	955,42	106,5	0,7	– 0,1
ohne Nettomieten				
und Nebenkosten	763,66	106,5	– 1,0	– 0,4
ohne administrierte Preise	792,42	106,5	– 0,7	– 0,3
Waren	493,00	106,9	– 2,2	0,1
Andere Verbrauchsgüter	305,11	111,7	– 3,3	– 0,5
Dienstleistungen	507,00	105,9	1,4	– 0,7
Nahrungsmittel				
und alkoholfreie Getränke	103,55	110,5	– 2,5	– 0,7
Nahrungsmittel zusammen	89,99	110,7	– 2,4	– 0,8
saisonabhängige Nahrungsmittel ¹ ..	16,91	100,2	– 8,2	– 4,4
Alkoholische Getränke				
und Tabakwaren	38,99	113,4	3,8	0,2
Alkoholische Getränke				
(ohne Verzehr in Gaststätten)	16,56	109,3	1,7	0,5
Bekleidung und Schuhe	48,88	100,0	– 0,6	4,6
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas				
und andere Brennstoffe	308,00	109,1	– 0,7	–
Wohnungsmieten				
(einschließlich Nebenkosten)	236,34	106,4	1,9	0,3
Nettokaltmieten	203,30	106,2	1,7	0,3
Wohnungsnebenkosten	33,04	107,5	2,7	–
Haushaltsenergie	59,82	116,6	– 9,8	– 0,8
Elektrizität	24,61	111,6	–	–
Gas	12,85	126,6	– 14,1	–
Heizöl	9,21	99,2	– 33,8	– 3,9
Hausrat und laufende				
Instandhaltung des Hauses	55,87	102,9	1,2	0,3
Gesundheitspflege	40,27	103,0	0,8	–
Verkehr	131,9	108,4	– 3,6	– 0,9
Kraftstoffe	35,37	107,7	– 12,6	– 2,5
Nachrichtenübermittlung	31,00	89,5	– 1,5	– 0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	100,6	2,1	– 1,9
Pauschalreisen	25,93	108,8	3,2	– 8,6
Bildungswesen	7,40	103,5	2,1	–
Beherbergungs- und Gaststätten-				
dienstleistungen	43,99	105,6	1,1	– 2,7
Verpflegungsdienstleistungen	32,12	108,0	1,7	0,1
Beherbergungsdienstleistungen				
(ohne Pauschalreisen)	11,87	99,1	– 0,5	– 10,1
Miete für Ferienwohnungen	4,44	98,3	3,1	– 23,7
Andere Waren und Dienstleistungen ..	74,47	108,1	2,1	– 0,1

¹ Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst und Frischfisch

Preise
September 2009:
Brandenburger
Verbraucherpreise
um 0,4 Prozent gesunken

Der Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg ist von August 2009 bis September 2009 um 0,3 Prozent auf einem Indexstand von 106,7 (Basis 2005 \pm 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat September 2008 betrug –0,4 Prozent.

Die kurzfristige Entwicklung der Verbraucherpreise im September 2009 war durch Preisrückgänge bei Pauschalreisen (–8,6 Prozent), Beherbergungsdienstleistungen (–7,3 Prozent) und Mineralölprodukten (–2,7 Prozent) gekennzeichnet. Demgegenüber stand ein sehr deutlicher Preisanstieg für Bekleidung und Schuhe (+5,1 Prozent). Der Übergang auf die Herbst-Winter-Saison führte von August bis September 2009 bei Bekleidung zu Preiserhöhungen um +5,3 und bei Schuhen um +4,5 Prozent.

Auch gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat ist der Verbraucherpreisindex im September 2009 gesunken. Damit lag die jährliche Veränderungsrate den fünften Monat in Folge im negativen Bereich. Im Vergleich zu August 2009 (–0,2 Prozent) hat sich der jährliche Preisrückgang im September mit –0,4 Prozent auch wieder verstärkt. Hauptsächlich war dies auf die Preisentwicklung bei Kraftstoffen (–13,3 Prozent) und Haushaltsenergie (–6,0 Prozent), insbesondere Heizöl (–28,4 Prozent), zurückzuführen. Auch Gas kostete im September 2009 weiterhin weniger als ein Jahr zuvor (–12,5 Prozent). Ohne den Einfluss der Energieprodukte wäre der Verbraucherpreisindex um 0,7 Prozent gestiegen.

Darüber hinaus wurde die jährliche Preisentwicklung erneut durch sinkende Nahrungsmittelpreise (–3,2 Prozent) beeinflusst. Preisgünstiger als vor einem Jahr waren vor allem wieder Speisefette und -öle (–11,6 Prozent), Molkereiprodukte und Eier (–10,8 Prozent), Gemüse (–9,2 Prozent) und Obst (–2,2 Prozent). Tiefer in die Tasche greifen mussten die Verbraucher binnen Jahresfrist dagegen für Fisch und Fischwaren (+6,2 Prozent). Bei Süßwaren (+1,4 Prozent) setzte sich der seit einigen Monaten beobachtete deutliche Preisanstieg für Honig mit +24,6 Prozent weiter fort.

Ebenfalls teurer waren unter anderem auch wieder Strom (+6,2 Prozent), Tabakwaren (+5,3 Prozent), Pauschalreisen (+3,2 Prozent), Schuhe (+2,7 Prozent), Bekleidung (+2,6 Prozent), Zeitungen, Bücher, Schreibwaren (+2,5 Prozent) und alkoholische Getränke (ebenfalls +2,5 Prozent).

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg (Basis 2005 \pm 100)
Stand: September 2009

Warengruppe Dienstleistungsgruppe	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vor- monat
	Promille	2005 \pm 100	%	
Preisindex insgesamt	1000	106,7	– 0,4	– 0,3
ohne saisonabhängige				
Nahrungsmittel	983,09	106,8	– 0,3	– 0,3
ohne Heizöl und Kraftstoffe	955,42	106,7	0,6	– 0,1
ohne Nettomieten				
und Nebenkosten	763,66	108,2	– 0,5	– 0,3
ohne administrierte Preise	792,42	106,3	– 0,7	– 0,3
Waren	493,00	108,7	– 1,5	0,2
Andere Verbrauchsgüter	305,11	112,5	– 2,9	– 0,4
Dienstleistungen	507,00	104,7	0,8	– 0,8
Nahrungsmittel				
und alkoholfreie Getränke	103,55	109,8	– 3,0	– 0,2
Nahrungsmittel zusammen	89,99	109,8	– 3,2	– 0,2
saisonabhängige Nahrungsmittel ¹	16,91	99,8	– 6,9	– 1,4
Alkoholische Getränke				
und Tabakwaren	38,99	113,8	4,1	0,1
Alkoholische Getränke				
(ohne Verzehr in Gaststätten)	16,56	110,2	2,5	0,2
Bekleidung und Schuhe	48,88	107,9	2,5	5,1
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas				
und andere Brennstoffe	308,00	106,5	– 1,2	– 0,2
Wohnungsmieten				
(einschließlich Nebenkosten)	236,34	101,9	0,1	–
Nettokaltmieten	203,30	101,5	0,1	–
Wohnungsnebenkosten	33,04	104,1	– 0,2	–
Haushaltsenergie	59,82	123,0	– 6,0	– 0,9
Elektrizität	24,61	128,4	6,2	–
Gas	12,85	116,6	– 12,5	0,1
Heizöl	9,21	109,4	– 28,4	– 4,0
Hausrat und laufende				
Instandhaltung des Hauses	55,87	105,9	1,6	0,2
Gesundheitspflege	40,27	104,3	0,9	–
Verkehr	131,90	108,2	– 3,5	– 1,0
Kraftstoffe	35,37	107,0	– 13,3	– 2,4
Nachrichtenübermittlung	31,00	89,5	– 1,5	– 0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	103,3	1,5	– 1,8
Pauschalreisen	25,93	108,8	3,2	– 8,6
Bildungswesen	7,40	115,1	2,3	– 0,4
Beherbergungs- und Gaststätten-				
dienstleistungen	43,99	107,8	1,5	– 2,0
Verpflegungsdienstleistungen	32,12	108,4	0,8	0,1
Beherbergungsdienstleistungen				
(ohne Pauschalreisen)	11,87	106,4	3,6	– 7,3
Miete für Ferienwohnungen	4,44	98,3	3,1	– 23,7
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	108,6	2,4	–

¹ Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst und Frischfisch

Außenhandel 1. Halbjahr 2009: Berliner Ausfuhren niedriger

Die Berliner Wirtschaft exportierte im ersten Halbjahr 2009 Waren im Wert von 5,1 Milliarden EUR. Damit wurde das vergleichbare Vorjahresergebnis um 721 Millionen EUR oder 12,4 Prozent verfehlt. Von diesem Rückgang war die Ernährungswirtschaft (–2,7 Prozent) nicht so sehr betroffen wie die gewerbliche Wirtschaft (–14,1 Prozent).

Mit einem Anteil von 14,5 Prozent führten pharmazeutische Erzeugnisse die Liste der Exportgüter an, gefolgt von Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Rohtabak und Tabakerzeugnissen, medizinischen Geräten und orthopädischen Vorrichtungen sowie Fahrgestellen, Motoren und anderen Teilen für Kraftfahrzeuge.

Bei den Bestimmungsländern rangierten die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 9,8 Prozent vor Frankreich, Italien, Japan, der Russischen Föderation und der Volksrepublik China.

Die Ausfuhren in die EU-Länder gingen um 20,4 Prozent zurück.

Die Wareneinfuhr nach Berlin erreichte im Zeitraum Januar bis Juni 2009 mehr als 4,2 Milliarden EUR und lag damit um 83 Millionen EUR oder 2,0 Prozent über dem Vorjahresergebnis.

Mit einem Wert von über 350 Millionen EUR und einem Anteil von 8,3 Prozent standen pharmazeutische Erzeugnisse an der Spitze der Importgüter vor Luftfahrzeugen, Kraftmaschinen, Nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen sowie Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung.

Bei den Lieferländern belegten die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 15,3 Prozent den ersten Platz. Dahinter folgten Polen, Frankreich, die Niederlande und Italien.

Die Einfuhren aus den EU-Ländern verringerten sich um 4,2 Prozent.

Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Generalhandel und Spezialhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse des Landes Berlin aus methodischen Gründen nicht vertretbar.

Bei den Einfuhren ist zu beachten, dass nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.

Außenhandel 1. Halbjahr 2009: Brandenburger Exportrückgang

Die Brandenburger Wirtschaft führte im ersten Halbjahr 2009 Waren im Wert von über 5,2 Milliarden EUR aus. Damit wurde das Ergebnis vom ersten Halbjahr 2008 um 737 Millionen EUR oder 12,3 Prozent verfehlt. Sowohl die Ernährungswirtschaft (–10,1 Prozent) als auch die gewerbliche Wirtschaft (–10,2 Prozent) waren davon betroffen.

Mit einem Anteil von 19,6 Prozent führten pharmazeutische Erzeugnisse die Liste der Exportgüter an, gefolgt von Luftfahrzeugen, Blech aus Eisen oder Stahl, Papier und Pappe sowie pharmazeutischen Grundstoffen.

Bei den Bestimmungsländern rangierten die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 17,6 Prozent vor Frankreich, Polen, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Italien.

Die Ausfuhren in die EU-Länder lagen um 22,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Die Wareneinfuhr nach Brandenburg erreichte im 1. Halbjahr 2009 nur noch 5,2 Milliarden EUR und verfehlte damit das vergleichbare Vorjahresergebnis um 1,6 Milliarden EUR oder 23,1 Prozent.

Mit einem Wert von über 1,7 Milliarden EUR und einem Anteil von 33,8 Prozent standen Erdöl und Erdgas mit großem Abstand an der Spitze der Importgüter vor Luftfahrzeugen, Personenkraftwagen und

Wohnmobilen, elektrotechnischen Erzeugnissen sowie Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung.

Bei den Lieferländern belegte die Russische Föderation mit einem Anteil von 33,9 Prozent den ersten Platz. Dahinter folgten Polen, die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.

Die Einfuhren aus den EU-Ländern verringerten sich um 9,4 Prozent.

Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Generalhandel und Spezialhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse Brandenburgs aus methodischen Gründen nicht vertretbar.

Bei den Einfuhren ist zu beachten, dass nicht alle Waren für den Verbrauch im Land Brandenburg bestimmt sind.

Erdteile — Ländergruppen	Ausfuhr (Spezialhandel)		Einfuhr (Generalhandel)	
	1 000 EUR	Veränderung in % ¹	1 000 EUR	Veränderung in % ¹
Europa	3 777 681	– 21,3	4 408 085	– 24,2
darunter				
EU-Länder	3 340 118	– 22,6	2 490 874	– 9,4
darunter				
EURO-Zone	1 952 033	– 15,4	1 361 906	– 1,0
EFTA-Länder	144 684	– 0,2	63 720	– 40,3
Afrika	75 533	– 6,3	7 706	– 61,8
Amerika	1 065 689	52,8	494 589	– 12,5
darunter				
NAFTA-Länder	993 061	52,1	459 656	– 1,7
Asien	257 209	– 20,8	322 165	– 19,6
darunter				
ASEAN-Länder	46 021	12,3	21 014	– 19,9
Australien, Ozeanien	60 416	– 14,0	3 084	– 76,7
Verschiedene	2	– 83,3	44	x
Insgesamt	5 236 530	– 12,3	5 235 673	– 23,1

Außenhandel des Landes Brandenburg im 1. Halbjahr 2009

¹ Veränderung zum
vergleichbaren
Vorjahreszeitraum

Verkehr

2. Quartal 2009: Weniger Flüge und Fluggäste in Berlin und Brandenburg

Im 2. Quartal 2009 starteten und landeten auf den Großflughäfen in Berlin und Brandenburg 54 748 Flugzeuge, das waren 12,9 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, wobei 92,4 Prozent der Flüge zum Linienverkehr (–8,6 Prozent) zählten. Bei einer durchschnittlichen Flugzeugbesetzung von 98 Personen wurden insgesamt 5,4 Millionen Fluggäste befördert, im Vergleich zum Vorjahresquartal ist das ein Rückgang um 4,0 Prozent.

Im Inland flogen 2,1 Millionen (–6,5 Prozent) und im Auslandsflugverkehr über 3,3 Millionen (–2,4 Prozent) Passagiere. Allein im Linienverkehr wurden über 5,2 Millionen Personen befördert, 3,7 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Von den beiden Großflughäfen wurden im 2. Quartal 4 634 Tonnen Fracht und 2 163 Tonnen Luftpost befördert, was einer Abnahme bei der Fracht von 14,5 Prozent und bei der Luftpost um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht.

Quartale/ prozentuale Veränderung	Flüge		Fluggäste				Fracht	Luft- post
	ins- gesamt	darunter Linienverkehr	ins- gesamt	darunter im Linienverkehr	Inland	Ausland		
	Anzahl						Tonnen	
Tegel								
2. Quartal 2008	39 992	38 970	3 815 666	3 724 290	1 880 032	1 935 634	4 207	1 244
2. Quartal 2009	38 056	36 802	3 683 344	3 593 176	1 705 074	1 978 270	3 818	1 155
prozentuale Veränderung	– 4,8	– 5,6	– 3,5	– 3,5	– 9,3	2,2	– 9,2	– 7,2
Tempelhof								
2. Quartal 2008	15 584	14 144	1 705 635	1 643 080	291 490	1 414 145	1 147	1 077
2. Quartal 2009	16 692	13 762	1 706 887	1 647 152	358 661	1 348 226	816	1 008
prozentuale Veränderung	7,1	– 2,7	0,1	0,2	23	– 4,7	– 28,9	– 6,4
Berlin-Schönefeld								
2. Quartal 2008	62 824	55 316	5 614 661	5 444 024	2 207 792	3 406 869	5 423	2 321
2. Quartal 2009	54 748	50 564	5 390 231	5 240 328	2 063 735	3 326 496	4 634	2 163
prozentuale Veränderung	– 12,9	– 8,6	– 4,0	– 3,7	– 6,5	– 2,4	– 14,5	– 6,8

**Gewerblicher
Flugverkehr
in Berlin -
Brandenburg
2009**

Quelle:
Statistisches Bundesamt

Insolvenzen

1. Halbjahr 2009: Mehr Unternehmens- insolvenzen in Berlin

Gegen 780 Berliner Unternehmen mit einem voraussichtlichen Schuldenvolumen von 2 940 Millionen EUR wurde im Berichtszeitraum ein Insolvenzverfahren beantragt. Zum Vorjahreshalbjahr stieg die Zahl der Firmenzusammenbrüche um 7,9 Prozent, die Summe der unbezahlten Rechnungen verdoppelte sich.

Über 2 800 Arbeitsplätze sind gefährdet. Gegen 530 Firmen konnte ein Verfahren eröffnet werden, das sind 67,9 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen. Für die Gläubiger von 250 Unternehmen bedeutet die gerichtliche Ablehnung des Insolvenzantrages mangels Masse einen Totalverlust ihrer noch offenen Forderungen.

Nach den Meldungen des Amtsgerichts Charlottenburg wurden in den Monaten Januar bis Juni 2009 die meisten Unternehmensinsolvenzen im Wirtschaftsbe- reich „Grundstücks- und Wohnungswesen“ gezählt. Hier wurden gegen 149 Firmen (+63,7 Prozent) mit Forde- rungen in Höhe von 2,1 Milliarden EUR (+651,4 Prozent) Verfahren eingeleitet. Bei den Unternehmen war die Rechtsform „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit 442 Verfahren am stärksten betroffen. Die Anzahl der Pleiten von Jungunternehmen – unter acht Jahre am Markt – stieg mit 466 Fällen gegenüber dem Vorjahr um fast ein Fünftel. Bei jungen Unternehmen, deren

Gründung nicht länger als drei Jahre zurücklag, erhöhte sich die Verfahrenszahl auf 242 (+28,7 Prozent).

Die meisten Unternehmensinsolvenzen des ersten Halbjahres 2009 wurden im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf mit 198 Anträgen (Anteil: 25,4 Prozent) und voraussichtlichen Forderungen in Höhe von knapp 1,9 Milliarden EUR (Anteil: 63,0 Prozent) ermittelt, gefolgt von Mitte mit 127 Insolvenzen (Anteil: 16,3 Prozent) und 567 Millionen EUR Verbindlichkeiten (Anteil: 19,3 Prozent). Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg mussten 94 Firmen (Anteil: 12,1 Prozent) mit Verbindlichkeiten in Höhe von 125,6 Millionen EUR (Anteil: 4,3 Prozent) den Weg zum Insolvenzgericht beschreiten. In Spandau wurden mit 21 Fällen die wenigsten Verfahren (Anteil: 2,7 Prozent) gezählt, die Summe der unbezahlten Rechnungen addierte sich auf 2,9 Millionen EUR (Anteil: 0,1 Prozent).

Insolvenz- verfahren — Forderungen	1. Halbjahr		Veränderung gegenüber 2008 in %
	2008	2009	
Anzahl			
Insgesamt	722	779	7,9
mangels Masse abgelehnt	227	250	10,1
eröffnet	495	529	6,9
Millionen EUR			
Angemeldete Forderungen	1 470,2	2 940,4	100,0

**Unternehmens-
insolvenzen und
deren angemeldete
Forderungen in
Berlin im 1. Halbjahr
2008 und 2009**

Insolvenzen 1. Halbjahr 2009: Weniger Unternehmens- insolvenzen im Land Brandenburg

Im 1. Halbjahr 2009 wurden insgesamt 360 Insolvenzverfahren gegen Unternehmen registriert, 3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die voraussichtlichen Forderungen lagen mit 186,4 Millionen EUR knapp über dem Vorjahresniveau (2008: 183,1 Millionen EUR).

Rund 72 Prozent der bei den vier Brandenburger Amtsgerichten beantragten Insolvenzverfahren gegen Unternehmen (258 Fälle) wurden eröffnet. In 102 Fällen reichte das Vermögen der Schuldner nicht einmal zur Deckung der Verfahrenskosten, es kam somit zur Abweisung mangels Masse.

Die Anzahl der Insolvenzanträge im Baugewerbe ging gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als ein Viertel zurück. Mit 84 insolventen Betrieben blieb das Baugewerbe auch im 1. Halbjahr 2009 der am stärksten von Insolvenzen betroffene Wirtschaftszweig (Anteil: 23,3 Prozent). Die dabei aufgelaufenen Forderungen beliefen sich auf 29,6 Millionen EUR (Anteil: 15,9 Prozent). Gegen 13 Unternehmen aus dem Grundstücks- und Wohnungswesen wurden 58,5 Millionen EUR Forderungen (2008: 49,4 Millionen EUR) angemeldet, das sind rund 31 Prozent aller Insolvenzforderungen.

Fast 54 Prozent der von der Insolvenz betroffenen Unternehmen führten im 1. Halbjahr 2009 die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Als Einzelunternehmen, Freie Berufe und Kleingewerbe hatten rund 33 Prozent gearbeitet. Von den 194 Unternehmen,

die in den ersten acht Jahren nach ihrer Gründung Pleite gingen, hatten 84 Unternehmen nicht einmal drei Jahre bestanden. 165 der in Insolvenz geratenen Unternehmen waren mindestens acht Jahre am Markt.

Im Vergleich der Landkreise wurden die meisten Unternehmenszusammenbrüche des 1. Halbjahres 2009 im Landkreis Oder-Spree mit 34 Anträgen (Anteil: 11,4 Prozent) und voraussichtlichen Forderungen in Höhe von 49,3 Millionen EUR (Anteil: 31 Prozent) registriert. In den Landkreisen Barnim und Märkisch-Oderland wurden je 33 insolvente Unternehmen (Anteil: je 11,0 Prozent) und Verbindlichkeiten von 5,9 Millionen EUR (Anteil: 3,7 Prozent) bzw. 9,3 Millionen EUR (Anteil: 5,8 Prozent) festgestellt. Im Landkreis Elbe-Elster waren nur sechs Unternehmen von der Insolvenz betroffen.

Bei den kreisfreien Städten wurden für Cottbus 21 (Anteil: 34,4 Prozent) und für die Landeshauptstadt Potsdam 18 Unternehmenspleiten (Anteil: 29,5 Prozent) gezählt.

Die Summe der unbezahlten Rechnungen belief sich für Cottbus auf 3,9 Millionen EUR (Anteil: 14,8 Prozent) und für Potsdam auf 17,2 Millionen EUR (Anteil: 63,8 Prozent).

Insolvenz- verfahren — Forderungen	1. Halbjahr		Veränderung gegenüber 2008 in %
	2008	2009	
Anzahl			
Insgesamt	371	360	-3,0
mangels Masse abgelehnt	103	102	-1,0
eröffnet	268	258	-3,7
Millionen EUR			
Angemeldete Forderungen	183,1	186,4	1,8

**Unternehmens-
insolvenzen und
deren angemeldete
Forderungen
in Brandenburg
im 1. Halbjahr 2008
und 2009**

Insolvenzen 1. Halbjahr 2009: Weniger neu überschuldete Privatpersonen im Land Brandenburg

Im 1. Halbjahr 2009 wurden in den Brandenburger Amtsgerichten insgesamt 2 599 Insolvenzverfahren gegen übrige Schuldner (Gesellschafter, Verbraucher, Nachlässe und ehemals selbstständig Tätige) beantragt, knapp ein Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die voraussichtlichen Forderungen sanken um 27,2 Prozent auf 194,2 Millionen EUR.

Eröffnet wurden 2 531 der gegen übrige Schuldner beantragten Verfahren. In 37 Fällen kam es zur Abweisung mangels Masse, da das Vermögen der Schuldner nicht ausreichte, um die Verfahrenskosten zu decken. 31 Verfahren endeten mit der Annahme eines bestätigten Schuldenbereinigungsplanes.

Die Zahl der bankrotten „ehemals selbstständig Tätigen“ sank im Berichtszeitraum um 13,7 Prozent auf 468 Personen. Ihre voraussichtlichen Forderungen verringerten sich um knapp 20 Prozent auf 94,5 Millionen EUR und lagen damit unter dem Vorjahresniveau.

Die Anzahl der überschuldeten Verbraucher erhöhte sich im 1. Halbjahr 2009 nur geringfügig. Insgesamt 2 067 Brandenburger (2008: 2 026) mussten bei den Amtsgerichten ein Verbraucherinsolvenzverfahren be-

antragen. Jedoch verringerten sich die Gläubigerforderungen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Drittel auf 86 Millionen EUR. 98,5 Prozent der von Verbrauchern beantragten Verfahren gelangten zur Eröffnung. Für 29 Personen konnte ein bestätigter Schuldenbereinigungsplan erstellt werden. Die durchschnittliche Verschuldung der Verbraucher lag im 1. Halbjahr 2009 mit fast 41 800 EUR deutlich unter dem Vorjahreswert (65 400 EUR).

Im Landkreisvergleich wurden die meisten Verbraucherinsolvenzen für die Landkreise Märkisch-Oderland mit 228 Verfahren und Schulden in Höhe von 8,7 Millionen EUR, gefolgt von Oberhavel mit 200 Verfahren und 9,4 Millionen EUR Schulden sowie Oder-Spree mit 136 Verfahren und 6,1 Millionen EUR Schulden ermittelt. Bei der durchschnittlichen Verschuldung je Verbraucher lagen die Landkreise Barnim mit 67 100 EUR und Teltow-Fläming mit 57 300 EUR deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Im Vergleich der kreisfreien Städte kamen die meisten von der Insolvenz betroffenen Verbraucher aus der Landeshauptstadt Potsdam (131 Personen mit 4,2 Millionen EUR Schulden).

Insolvenzen**1. Halbjahr 2009:
Weniger neu
überschuldete
Privatpersonen in Berlin**

In den Berliner Amtsgerichten wurden im 1. Halbjahr 2009 gegen 2 986 „Übrige Schuldner“ (Gesellschafter, ehemals selbstständig Tätige, Verbraucher und Nachlässe) Insolvenzverfahren beantragt, ihre voraussichtlichen Forderungen beliefen sich auf 357,0 Millionen EUR.

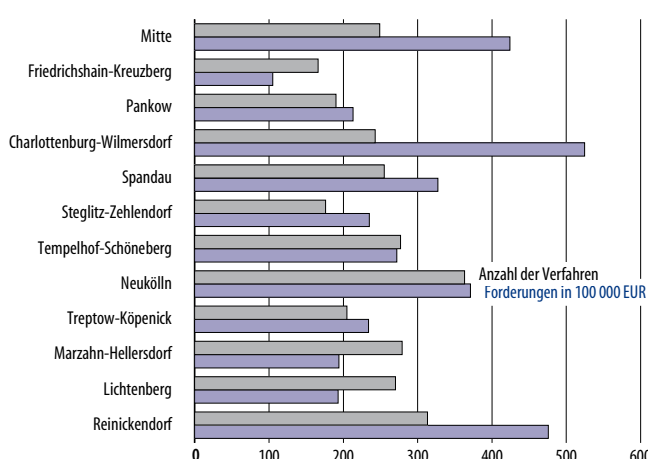
Gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnete man einen Antragsrückgang von 5,1 Prozent, die voraussichtlichen Forderungen stiegen jedoch um 6,6 Prozent. 2 857 Verfahren konnten eröffnet werden, hier hoffen die Gläubiger auf einen teilweisen Ausgleich ihrer noch offenen Rechnungen. Bei 92 Verfahren wurde der Antrag „mangels Masse abgewiesen“, das ist ein finanzieller Totalverlust für alle Gläubiger. In 37 Fällen konnten sich Gläubiger und Schuldner unter richterlicher Aufsicht auf einen Schuldenbereinigungsplan einigen.

Die Zahl der bankrotten ehemals selbstständig Tätigen stieg um 16,9 Prozent auf 837 Personen und die unbezahlten Verbindlichkeiten stiegen um fast ein Drittel auf 208,6 Millionen EUR. Das sind fast 250 000 EUR Schulden je Person. Die meisten Anträge dieser Art wurden im Bezirk Neukölln gestellt. Hier wurden 119 ehemals selbstständig Tätige gezählt (Anteil: 14,2 Prozent), ihre Verbindlichkeiten beliefen sich auf 23,7 Millionen EUR

(Anteil: 11,4 Prozent). In Charlottenburg-Wilmersdorf meldeten sich 100 ehemals selbstständig Tätige mit Verbindlichkeiten von 34,6 Millionen EUR (Anteil: 11,9 bzw. 16,6 Prozent).

2 071 Berliner mit insgesamt 101,5 Millionen EUR Verbindlichkeiten mussten im 1. Halbjahr 2009 bei den Amtsgerichten eine Verbraucherinsolvenz beantragen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind das 281 Menschen weniger und bei den voraussichtlichen Forderungen gab es einen Rückgang von 22,5 Prozent. Die durchschnittlichen Schulden je Verbraucher sanken gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 12 Prozent auf 49 000 EUR.

Die Bezirke mit den meisten Verbraucherinsolvenzen waren Marzahn-Hellersdorf mit 238 Verfahren und 12,6 Millionen EUR Schulden (Anteil: 11,5 bzw. 12,4 Prozent), Neukölln mit 234 Verfahren und 11,2 Millionen EUR Schulden (Anteil: 11,3 bzw. 11,0 Prozent) und Lichtenberg mit 227 Verfahren und 7,6 Millionen EUR Schulden (Anteil: 11,0 bzw. 7,5 Prozent). Werden die Forderungen auf die Anzahl der Verfahren bezogen, ergibt sich folgende Rangfolge: Steglitz-Zehlendorf mit 65 900 EUR, Charlottenburg-Wilmersdorf mit 64 300 EUR und Pankow mit 55 700 EUR.



**Insolvenzverfahren
und voraussichtliche
Forderungen der
übrigen Schuldner
in Berlin
im 1. Halbjahr 2009
nach Bezirken**

Landwirtschaft**2008:
Fast die Hälfte zählte zur
Landwirtschaftsfläche
in Brandenburg**

2008 war das Land Brandenburg 2 948 101 Hektar groß. Die größten Nutzungsarten im Land waren die Landwirtschaft mit 1,45 Millionen Hektar und die Waldfläche mit 1,05 Millionen Hektar.

Zum 31. Dezember 2008 umfasste die Gesamtfläche des Landes Brandenburg 2 948 101 Hektar, davon zählten 1,45 Millionen Hektar zur Landwirtschaftsfläche und 1,05 Millionen Hektar zur Waldfläche. Der Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Gesamtfläche lag damit bei 49,3 Prozent und der Anteil der Waldfläche bei 35,5 Prozent.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasste über 267 000 Hektar (9,1 Prozent). Zu dieser Summenposition gehören vor allem die Gebäude- und Freifläche, die Verkehrs- und die Erholungsfläche. Gebäude- und Freiflächen wurden auf mehr als 135 000 Hektar (4,6 Prozent der Landesfläche) nachgewiesen. Die Verkehrsfläche wurde auf über 106 000 Hektar (3,6 Prozent der Landes-

fläche) und die Erholungsfläche auf über 17 000 Hektar (0,6 Prozent der Landesfläche) beziffert.

Zu den Wasserflächen zählten knapp 101 000 Hektar (3,4 Prozent), zu den Flächen anderer Nutzung mehr als 50 000 Hektar (1,7 Prozent) und auf die Betriebsflächen entfielen knapp 40 000 Hektar (1,3 Prozent).

Im Vergleich zur Vorerhebung (31. Dezember 2004) ist bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche ein Zuwachs von fast 14 000 Hektar (+5,5 Prozent) und bei der Waldfläche ein Zuwachs von über 9 000 Hektar (+0,9 Prozent) zu verzeichnen. Die Flächen anderer Nutzung nahmen um ca. 14 000 Hektar (-21,8 Prozent) und die Landwirtschaftsflächen um über 8 000 Hektar (-0,6 Prozent) ab.

Bei den Nutzungsarten der Siedlungs- und Verkehrsfläche nahmen die Erholungsfläche um über 5 000 Hektar (+46,3 Prozent), die Gebäude- und Freifläche um ca. 5 000 Hektar (+3,5 Prozent) und die Verkehrsfläche um knapp 3 000 Hektar (+2,9 Prozent) zu.



aus Deutschland

Bevölkerung 1991 bis 2008: Wanderungssaldo von Ost- nach Westdeutschland ändert sich wenig

2008 zogen nach vorläufigen Ergebnissen 136 500 Personen aus den neuen Bundesländern in die alten Länder (2007: 138 100), während 85 500 Menschen die umgekehrte Richtung wählten (2007: 83 300). Die neuen Bundesländer verloren also per saldo rund 51 000 Personen durch Abwanderung (2007: 54 800). Damit schwächte sich die Wanderung von Ost- nach Westdeutschland wieder leicht ab, nachdem in den Jahren 2006 und 2007 ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen war. Berlin bleibt bei dieser Betrachtung unberücksichtigt, weil sich die Umzüge nicht mehr nach Berlin-West und Berlin-Ost trennen lassen.

Zu den Hauptzielländern im Westen zählten im letzten Jahr Bayern mit 30 300 Personen oder 22 Prozent der Fortzüge aus Ostdeutschland, Niedersachsen mit 22 300 (16 Prozent), Baden-Württemberg mit 21 000 (15 Prozent) und Nordrhein-Westfalen mit 20 800 (15 Prozent).

Die meisten der aus Ost- nach Westdeutschland Gezogenen kamen aus Sachsen mit 37 700 (28 Prozent der Fortzüge) und die wenigsten aus Brandenburg mit 20 100 (15 Prozent der Fortzüge). Besonders interes-

sant ist die Zahl der Fortzüge in Beziehung zu der dort lebenden Bevölkerung: Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen war die Abwanderung am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern (1,5 Prozent der dort lebenden Bevölkerung bzw. 24 900 Personen), gefolgt von Thüringen (1,2 Prozent bzw. 26 700 Personen) und Sachsen-Anhalt (1,1 Prozent bzw. 27 200 Personen).

Seit der Wiedervereinigung hat es in jedem Jahr Abwanderungsverluste der neuen Bundesländer gegenüber den alten Ländern gegeben. Von einem Höchststand im Jahr 1991 mit 165 400 Personen ging der Wanderungssaldo zunächst zurück und erreichte 1996 mit 24 900 Personen einen Tiefststand. Danach erhöhte sich der Saldo wieder bis auf 97 600 Personen im Jahr 2001 und hat sich in den letzten Jahren bei einem Wert um 50 000 Personen eingependelt.

Im Jahr 2008 war der Wanderungsverlust Ostdeutschlands bei Frauen und Männern mit je 25 500 Personen nahezu gleich. Zuvor verzeichneten die Frauen in sämtlichen Jahren seit der Wiedervereinigung einen höheren Wanderungsverlust als die Männer.

Jahr	Zuzüge aus den neuen Ländern in die alten Länder			Fortzüge aus den alten Ländern in die neuen Länder			Wanderungssaldo der neuen Länder gegenüber den alten Ländern		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	1000 Personen								
1991.....	229,2	116,1	113,1	63,8	44,6	19,2	- 165,4	- 71,5	- 93,9
1992.....	175,9	86,6	89,2	85,5	56,4	29,1	- 90,4	- 30,3	- 60,1
1993.....	143,0	69,7	73,2	87,4	54,2	33,2	- 55,6	- 15,6	- 40,0
1994.....	129,9	62,5	67,4	95,4	56,0	39,5	- 34,5	- 6,6	- 28,0
1995.....	129,9	63,5	66,5	98,1	55,9	42,2	- 31,9	- 7,6	- 24,3
1996.....	125,5	62,1	63,5	100,6	56,1	44,5	- 24,9	- 6,0	- 19,0
1997.....	124,9	62,0	62,9	96,7	52,4	44,3	- 28,2	- 9,6	- 18,6
1998.....	136,1	68,0	68,1	89,8	48,0	41,8	- 46,3	- 19,9	- 26,3
1999.....	148,6	73,9	74,8	90,5	47,6	42,9	- 58,1	- 26,2	- 31,9
2000.....	168,2	84,0	84,2	92,2	48,1	44,1	- 76,0	- 35,9	- 40,0
2001.....	192,0	96,1	95,9	94,4	49,1	45,4	- 97,6	- 47,0	- 50,5
2002.....	176,7	87,9	88,8	95,9	49,9	46,0	- 80,8	- 38,0	- 42,8
2003.....	155,4	76,8	78,6	97,0	50,8	46,2	- 58,4	- 26,0	- 32,3
2004.....	146,4	73,1	73,2	94,7	49,7	45,0	- 51,7	- 23,4	- 28,2
2005.....	137,2	68,8	68,4	88,2	46,3	41,9	- 49,0	- 22,5	- 26,5
2006.....	136,0	68,0	68,0	81,8	42,8	39,0	- 54,2	- 25,2	- 29,0
2007.....	138,1	70,0	68,2	83,3	42,9	40,5	- 54,8	- 27,1	- 27,7
2008 ² ...	136,5	69,4	67,1	85,5	43,9	41,6	- 51,0	- 25,5	- 25,5

1 alte Bundesländer ohne Berlin-West,
neue Bundesländer ohne Berlin-Ost.

2 vorläufiges Ergebnis

Wanderungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern¹ 1991 bis 2008

Quelle: DESTATIS

Bevölkerung Jahr 2008: Durchschnittlich 1,38 Kinder je Frau

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau betrug im Jahr 2008 in Deutschland 1,38. Gegenüber 2007, als sie bei 1,37 gelegen hatte, nahm sie damit geringfügig zu. Die durchschnittliche Kinderzahl fiel damit 2008 etwa so hoch aus wie zuletzt 2000. Einen höheren Wert hatte sie zuletzt 1990 erreicht (1,45). 2008 waren nach endgültigen Ergebnissen rund 683 000 Kinder geboren worden, etwa 2 000 weniger als 2007. Wie in den vergangenen Jahren ging die durchschnittliche Zahl der Geburten bei jüngeren Frauen auch 2008 zurück, während sie bei den Frauen ab etwa 30 Jahren zunahm.

Im Westen Deutschlands blieb die durchschnittliche Kinderzahl im Jahr 2008 unverändert bei 1,37. Im Osten Deutschlands hat sie dagegen zugenommen und beträgt jetzt 1,40 (jeweils ohne Berlin). Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau war zuletzt 1990 in den neuen Bundesländern höher als im früheren Bundesgebiet.

Im Westen fiel die durchschnittliche Kinderzahl 2007 und 2008 etwa so hoch aus wie 2004, nachdem sie zwischenzeitlich etwas abgenommen hatte. Sie war aber niedriger als in den Jahren 1996 bis 2001. Im Osten Deutschlands stieg diese Kennzahl 2008 auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung an. Sie hatte bereits 2007 deutlich zugenommen, nachdem sie bis 2006 auf dem Niveau, das 2004 erreicht wurde, verharrt hatte. Zuvor war die durchschnittliche Kinderzahl in den neuen Ländern nach ihrem Tief Anfang der 1990er Jahre bereits erheblich angestiegen.

Bei der Berechnung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau werden alle Kinder berücksichtigt, die im Laufe

eines Jahres geboren werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Eltern miteinander verheiratet sind oder nicht. Auch die Frage, ob es sich um das erste, zweite oder ein weiteres Kind der Frau handelt, ist bei dieser Berechnung unerheblich.

Diese durchschnittliche Kinderzahl je Frau, auch als zusammengefasste Geburtenziffer bezeichnet, wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr.

Wie viele Kinder ein Frauenjahrgang tatsächlich im Durchschnitt geboren hat, kann erst festgestellt werden, wenn die Frauen am Ende des gebärfähigen Alters sind, das zurzeit mit 49 Jahren definiert wird.

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²	Neue Länder ³
1990 ...	1,45	1,45	1,52
1995 ...	1,25	1,34	0,84
2000 ...	1,38	1,41	1,21
2001 ...	1,35	1,38	1,23
2002 ...	1,34	1,37	1,24
2003 ...	1,34	1,36	1,26
2004 ...	1,36	1,37	1,31
2005 ...	1,34	1,36	1,30
2006 ...	1,33	1,34	1,30
2007 ...	1,37	1,37	1,37
2008 ...	1,38	1,37	1,40

Zusammengefasste Geburtenziffer¹

¹ Zahl der Kinder, die eine Frau im Alter von 15 Jahren im Verlauf ihres weiteren Lebens bekommen würde, wenn sie sich hinsichtlich ihres Geburtenverhaltens so verhalten würde wie alle betrachteten Frauen von 15 bis 49 Jahren des entsprechenden Berichtsjahres.

² ab 2001 ohne Berlin-West

³ ab 2001 ohne Berlin-Ost

Quelle: DESTATIS

Bevölkerung Jahr 2008: 9 Millionen Haushalte ohne Auto

Rund 9 Millionen der insgesamt 39 Millionen privaten Haushalte in Deutschland besaßen zu Beginn des Jahres 2008 kein Auto. Dies entspricht knapp einem Viertel (23 Prozent) aller Haushalte. 1963 verfügten rund drei Viertel (73 Prozent) der Haushalte – bezogen auf das frühere Bundesgebiet – über kein Auto.

Je mehr Personen zum Haushalt gehören, umso geringer ist der Anteil der Haushalte ohne Auto: In 43 Prozent der Singlehaushalte war kein PKW vorhanden. Im Vergleich dazu besaßen nur 14 Prozent der Zweipersonenhaushalte und 9 Prozent der Dreipersonenhaushalte kein Auto. Bei vier und mehr Personen im Haushalt lag der Anteil der Haushalte ohne Auto bei 4 Prozent.

Quelle: DESTATIS

Einzelhandel August 2009: Einzelhandelsumsatz real um 2,6 Prozent gesunken

Nach vorläufigen Ergebnissen lag der Umsatz im deutschen Einzelhandel im August 2009 nominal 3,5 Prozent und real 2,6 Prozent niedriger als im August 2008. Beide Monate hatten jeweils 26 Verkaufstage. Im Vergleich zum Juli 2009 sank der Umsatz im August 2009 unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 0,7 Prozent und real um 1,5 Prozent. Das Ergebnis für August 2009 wurde aus Daten von sieben Bundesländern berechnet, in denen ca. 76 Prozent des Gesamtumsatzes im deutschen Einzelhandel getätigt werden.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im August 2009 nominal 2,4 Prozent weniger und real 1,0 Prozent weniger um als im August 2008. Dabei wurden bei Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten nominal 2,4 Prozent

und real 0,8 Prozent weniger als im Vorjahresmonat abgesetzt, beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln waren die Umsätze nominal um 2,4 Prozent und real um 2,6 Prozent niedriger.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde im August 2009 ebenfalls nominal und real weniger als im Vorjahresmonat umgesetzt (nominal –3,9 Prozent, real –3,5 Prozent). In diesem Bereich erzielte lediglich der Einzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten eine nominale und reale Umsatzsteigerung gegenüber August 2008 (um 3,9 Prozent bzw. um 2,5 Prozent).

Von Januar bis August 2009 wurden im deutschen Einzelhandel nominal 2,4 Prozent und real 2,0 Prozent weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum umgesetzt.

Quelle: DESTATIS

aus Europa

60 Prozent der Schüler lernen mindestens zwei Fremdsprachen

Bildung 2007:

In der Europäischen Union lernten 60 Prozent der Schüler der Sekundarstufe II im Jahr 2007 zwei oder mehr Fremdsprachen und ein Drittel lernte eine Fremdsprache, während 6 Prozent sich keine Fremdsprache aneigneten.

Der Selbsteinschätzung der eigenen Sprachkenntnisse zufolge sagten 28 Prozent der EU-Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren im Jahr 2007, sie hätten zwei oder mehr Fremdsprachen gelernt und 36 Prozent eine Fremdsprache, während 36 Prozent angaben, keine Fremdsprache zu sprechen. (...)

Die höchsten Anteile von Schülern, die 2007 zwei oder mehr Fremdsprachen lernten, waren in der Tschechischen Republik, in Luxemburg, den Niederlanden und in Finnland (je 100 Prozent der Schüler der Sekundarstufe II), in Slowenien und der Slowakei (je 98 Prozent) sowie in Estland (97 Prozent) zu finden.

Die höchsten Anteile von Schülern, die eine Fremdsprache lernten, wurden in Griechenland (92 Prozent im Jahr 2006), Italien (74 Prozent), Irland (73 Prozent), Spanien (68 Prozent), Malta (60 Prozent) und Ungarn (57 Prozent) beobachtet.

Mehr als die Hälfte (51 Prozent) der Schüler der Sekundarstufe II im Vereinigten Königreich lernten keine Fremdsprache, gefolgt von Irland (19 Prozent).

In allen Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, wird in der Sekundarstufe II am häufigsten Englisch gelernt. Ausnahmen bilden Luxemburg, wo Englisch, Französisch und Deutsch gleichwertig sind, sowie Irland und das Vereinigte Königreich, wo Französisch am stärksten vertreten ist.

In zwei Drittel aller Mitgliedstaaten ist Englisch die am stärksten vertretene Fremdsprache.

Im Jahr 2007 waren die höchsten Anteile der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, die nach eigener Einschätzung zwei oder mehr Fremdsprachen beherrschten, in Slowenien (72 Prozent), der Slowakei und Finnland (je 68 Prozent), in Litauen (66 Prozent), Estland (56 Prozent) und Lettland (55 Prozent) zu finden.

Das Vereinigte Königreich (65 Prozent), Zypern (59 Prozent), Österreich (50 Prozent), Griechenland und Schweden (je 45 Prozent) wiesen den höchsten Anteil derer auf, die angaben, eine Fremdsprache zu sprechen.

Die höchsten Anteile derer, die keine Fremdsprache sprechen, wiesen Ungarn (75 Prozent), Portugal (51 Prozent), Spanien (47 Prozent), Bulgarien (44 Prozent) und Griechenland (43 Prozent) auf.

In 14 der 21 Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, war Englisch die am meisten verbreitete Fremdsprache bei Erwachsenen im Alter von 25 bis 64 Jahren. In Bulgarien, den baltischen Staaten und Polen war Russisch am stärksten vertreten.

Quelle: Eurostat

Arbeitsmarkt August 2009: Arbeitslosenquote der Eurozone auf 9,6 Prozent gestiegen

Arbeitsmarkt

In der Eurozone¹ (EZ16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im August 2009 bei 9,6 Prozent, gegenüber 9,5 Prozent im Juli. Im August 2008 betrug sie 7,6 Prozent. In der EU27² lag die Arbeitslosenquote im August 2009 bei 9,1 Prozent, gegenüber 9,0 Prozent im Juli. Im August 2008 hatte sie 7,0

Prozent betragen. Für die Eurozone ist dies die höchste Quote seit März 1999 und für die EU27 seit März 2004.

Es wird geschätzt, dass im August 2009 in der EU27 insgesamt 21 872 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 15 165 Millionen in der Eurozone. Gegenüber Juli hat die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 236 000 und in der Eurozone um 165 000 zugenommen. Gegenüber August 2008 ist die Zahl der Arbeitslosen um 5 008 Millionen in der EU27 und um 3 224 Millionen in der Eurozone gestiegen.

Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (3,5 Prozent) und Österreich (4,7 Prozent) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (18,9 Prozent) und Lettland (18,3 Prozent).

Alle Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Anstieg ihrer Arbeitslosenquote. Die niedrigsten Anstiege wurden in Belgien (von 7,5 Prozent auf 7,9 Prozent) und Deutschland (von 7,2 Prozent auf 7,7 Prozent) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Lettland (von 7,4 Prozent auf 18,3 Prozent) und Estland (von 4,1 Prozent im zweiten Quartal 2008 auf 13,3 Prozent im zweiten Quartal 2009).

Vergleicht man August 2009 mit August 2008, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 7,0 Prozent auf 9,4 Prozent und in der EU27 von 6,7 Prozent auf 9,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im selben Zeitraum in der Eurozone von 8,3 Prozent auf 9,8 Prozent zu und in der EU27 von 7,5 Prozent auf 9,0 Prozent.

Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag im August 2009 in der Eurozone bei 19,7 Prozent und in der EU27 bei 19,8 Prozent. Im August 2008 hatte sie 15,6 Prozent bzw. 15,5 Prozent betragen. Die niedrigste Quote verzeichneten die Niederlande (6,3 Prozent) und die höchsten Quoten Spanien (39,2 Prozent) und Litauen (31,2 Prozent im zweiten Quartal 2009).

Quelle: Eurostat

¹ Der Eurozone (EZ16) gehören Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland an.

² Der EU27 gehören Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK) an.

Aussenhandel 2008: Handelsbilanzdefizit der EU27 mit Brasilien bei 9 Milliarden EUR im Jahr

Zwischen 2000 und 2008 ist der Wert der EU27 Ausfuhren nach Brasilien um 56 Prozent gestiegen, während die Einfuhren sich fast verdoppelten. Dies führte zu einem erhöhten Defizit der EU27 im Handel mit Brasilien von 1,8 Milliarden EUR im Jahr 2000 auf 9,5 Milliarden EUR im Jahr 2008. In der ersten Hälfte des Jahres 2009 ist der Wert der Ausfuhren der EU27 nach Brasilien auf 9,3 Milliarden EUR gesunken, gegenüber 12,0 Milliarden EUR in der ersten Hälfte des Jahres 2008, und der Wert der Einfuhren fiel von 17,5 Milliarden auf 12,6 Milliarden EUR. Infolgedessen fiel das Handelsbilanzdefizit der EU27 mit Brasilien auf 3,3 Milliarden EUR in der ersten Hälfte 2009, gegenüber 5,5 Milliarden EUR in derselben Periode 2008. Es ist anzumerken, dass der Rückgang des Wertes des EU27-Handels mit Brasilien, der zwischen der ersten Hälfte 2008 und der ersten Hälfte 2009 registriert wurde, im Einklang mit dem allgemeinen Abwärtstrend beim Gesamtaußenhandel der EU27 über den gleichen Zeitraum ist.

Der Anteil Brasiliens am gesamten Warenverkehr der EU27 mit dem Ausland blieb von 2000 bis 2008 bei ungefähr 2 Prozent. In der ersten Hälfte des Jahres 2009 entfielen auf Brasilien 1,8 Prozent der Ausfuhren am gesamten Warenverkehr der EU27. Der Anteil Brasiliens an den Einfuhren betrug 2,1 Prozent. Brasilien war der zehntgrößte Handelspartner der EU27. (...)

Von den Mitgliedstaaten der EU27 war Deutschland (3,1 Milliarden EUR oder 33 Prozent der EU-Ausfuhren) in der ersten Hälfte des Jahres 2009 bei Weitem der größte Exporteur nach Brasilien, gefolgt von Frankreich und Italien (je 1,2 Milliarden EUR oder 13 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (0,7 Milliarden EUR oder 8 Prozent). Die Niederlande¹ (2,7 Milliarden EUR oder 21 Prozent der EU-Einfuhren) waren der wichtigste Importeur, gefolgt von Deutschland (2,5 Milliarden EUR oder 20 Prozent), dem Vereinigten Königreich und Italien (je 1,3 Milliarden EUR oder 10 Prozent), Frankreich (1,2 Milliarden EUR oder 10 Prozent) und Spanien (1,1 Milliarden EUR oder 9 Prozent).

Deutschland (+0,6 Milliarden EUR) verzeichnete in der ersten Hälfte 2009 den höchsten Überschuss im Handel mit Brasilien, gefolgt von Österreich (+0,2 Milliarden EUR). Die höchsten Defizite wurden in den Niederlanden¹ (-2,1 Milliarden EUR), dem Vereinigten Königreich (-0,6 Milliarden EUR), Spanien (-0,5 Milliarden EUR) und Belgien (-0,4 Milliarden EUR) beobachtet.

In der ersten Hälfte des Jahres 2009 waren die Hälfte der EU27-Exporte nach Brasilien Maschinen und Fahrzeuge und jeweils ein Fünftel waren Chemische Erzeugnisse und Andere Erzeugnisse, während Nahrungsmittel und Rohstoffe jeweils 30 Prozent der Importe ausmachten. Auf stärker untergliederter Ebene waren die wichtigsten Ausfuhren der EU27 nach Brasilien Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile, Luftfahrzeuge und Luftfahrzeugteile und Arzneimittel, während die

wichtigsten Einfuhren Eisenerz, Sojabohnen, Ölkuchen aus Soja, Rohöl und Kaffee waren.

Im Jahr 2008 exportierte die EU27 Dienstleistungen im Gesamtwert von 9,0 Milliarden EUR nach Brasilien, während sich der Dienstleistungsimport aus Brasilien auf 6,1 Milliarden EUR belief. Damit verzeichnete die EU27 einen Überschuss in der Dienstleistungsbilanz mit Brasilien von 2,9 Milliarden EUR, gegenüber +0,6 Milliarden EUR im Jahr 2006 und +1,6 Milliarden EUR im Jahr 2007. Der Überschuss im Jahr 2008 wurde hauptsächlich durch Transportleistungen (+1,0 Milliarden EUR), Patente und Lizenzen, Bauleistungen und Reiseverkehr (je +0,4 Milliarden EUR) erzielt. Auf Brasilien entfiel etwas über 1,5 Prozent des gesamten Extra-EU27-Dienstleistungsverkehrs.

Warenhandel der EU27- Mitgliedstaaten mit Brasilien in Mill. EUR

Mitgliedstaaten	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
	Jan bis Jun 2008	Jan bis Jun 2009	Jan bis Jun 2008	Jan bis Jun 2009	Jan bis Jun 2008	Jan bis Jun 2009
EU27	11 995	9 280	17 522	12 559	-5 527	-3 279
Belgien ¹	825	581	1 374	963	- 548	- 382
Bulgarien	32	20	67	44	- 36	- 23
Tschech. Republik	113	73	75	55	38	18
Dänemark	170	133	196	104	- 27	29
Deutschland	4 059	3 083	3 199	2 466	860	617
Estland	12	6	9	5	3	1
Irland	82	103	85	47	- 3	56
Griechenland	19	13	120	91	- 101	- 78
Spanien	691	565	1 523	1 114	- 833	- 549
Frankreich	1 434	1 214	1 626	1 226	- 192	- 12
Italien	1 580	1 176	2 065	1 308	- 485	- 132
Zypern	0	0	51	7	- 51	- 7
Lettland	1	1	5	2	- 4	- 1
Litauen	25	1	13	12	13	- 11
Luxemburg	13	6	7	4	6	2
Ungarn	39	28	45	44	- 5	- 16
Malta	2	1	16	5	- 14	- 3
Niederlande ¹	577	508	3 740	2 651	-3 163	-2 143
Österreich	308	283	81	82	226	201
Polen	169	55	151	82	18	- 27
Portugal	141	102	713	422	- 572	- 319
Rumänien	42	14	173	97	- 131	- 83
Slowenien	14	10	70	61	- 56	- 50
Slowakei	28	12	15	9	13	3
Finnland	325	296	200	176	125	120
Schweden	469	274	299	154	170	120
Ver. Königreich	824	721	1 603	1 328	- 779	- 607
Brasilien/insgesamt in Prozent	1,8	1,8	2,3	2,1		

Die Direktinvestitionen (DI) der EU27 in Brasilien veränderten sich von Investitionen in Höhe von 15,3 Milliarden EUR im Jahr 2007 zu Desinvestitionen (Verkauf von Vermögensgegenständen) von 3,4 Milliarden EUR im Jahr 2008. Die Direktinvestitionen aus Brasilien in die EU27 nahmen von 1,6 Milliarden EUR im Jahr 2007 auf 6,9 Milliarden EUR im Jahr 2008 zu.

Quelle: Eurostat

¹ Die Wareneinfuhren und damit das Handelsbilanzdefizit der Niederlande werden aufgrund des „Rotterdam-Effekts“ überschätzt. (...) In geringerem Ausmaß sind die belgischen Handelszahlen ähnlich überschätzt.

Preise September 2009: Inflationsrate der Eurozone auf -0,3 Prozent geschätzt

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone für September 2009 wird auf -0,3 Prozent vorausgeschätzt. Im August lag die Rate bei -0,2 Prozent.

Quelle: Eurostat

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick



Berlin April 2009

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom April 2008 bis zum April 2009 um 0,2 Prozent, das waren 453 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 17,0 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigte die Trend-Konjunktur-Komponente seit Mitte des Jahres 2008 eine fallende Tendenz, während die gleiche Kennziffer der Beschäftigten seit Mitte 2007 stieg. Wobei ein Vergleich der 12-monatigen Zeiträume aufgrund eines Methodenwechsels zurzeit nicht möglich ist. Für das Berliner Bauhauptgewerbe zeigte sich bei den Beschäftigten eine durchgehend positive Entwicklung. Der Auftragseingang fiel jedoch im Zeitraum der letzten vier Monate um über 10 Prozent, im Ein-Jahresvergleich war er aber positiv. Beim Einzelhandel stieg der Trend der Messzahl der Beschäftigten leicht, der des nominalen Umsatzes fällt. Im

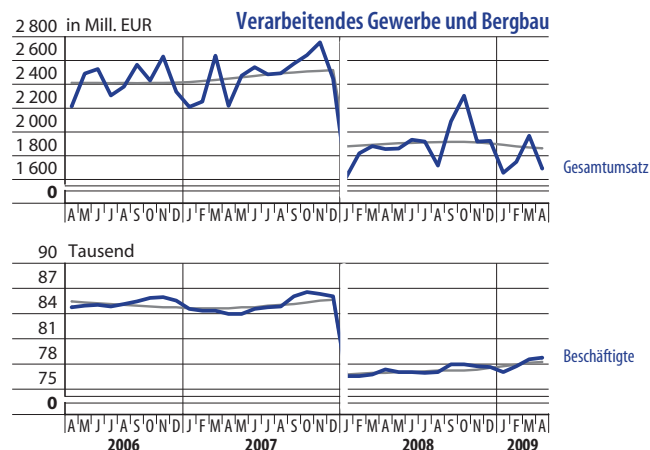
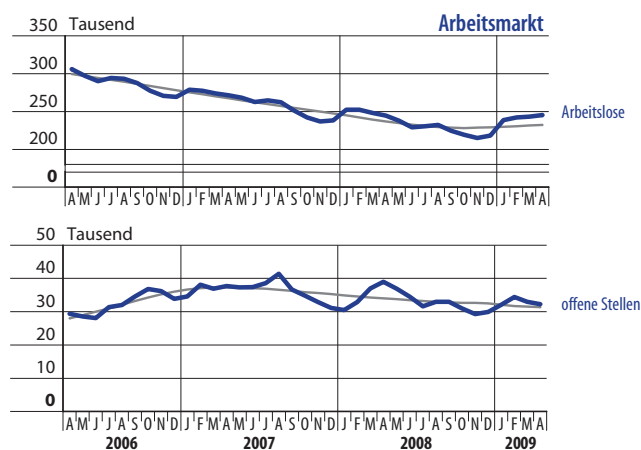
Gastgewerbe verzeichneten die Beschäftigtenzahl und der nominale Umsatz eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente. Dieselbe Komponente des Außenhandels-Exportes und des -Importes war in letzter Zeit fallend, die des Exportes stärker und langfristiger als die des Importes. Im Berlin-Tourismus steigt die Zahl der Gäste, ebenso wie die der Übernachtungen, nach wie vor leicht an. Beim Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und dem Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben war ein stärker schwankender – ab Mitte 2007 deutlich fallender Trend – erkennbar, der jedoch im letzten Halbjahr nur bei den Gewerbeanmeldungen wieder ansteigt. Die beantragten Insolvenzen und die Regelin-solvenzen der Unternehmen wiesen seit Mitte des Jahres 2007 eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente auf, die seit dem Herbst 2008 wieder ansteigt. Die Berliner Inflationsrate lag im aktuellen Monat bei +0,8 Prozent – Tendenz seit dem März des Jahres 2008 sehr stark fallend.

brandenburgischen Gemeinde Schönermark im Amt Gransee, das ist die sechst-kleinste Gemeinde des Landes Brandenburg. Die Arbeitslosenquote Berlins auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug 17,0 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,5 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 0,2 Prozentpunkte mehr beziehungsweise keine Veränderung. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen 7,5 Prozentpunkte und die auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,9 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 1,5 beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich der Berliner). Insgesamt konnte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Arbeitslosenzahl – die bisher linear-fallende Tendenz nicht weiter fortsetzen, sie steigt seit September 2008 wieder leicht an. Die gemeldeten offenen Stellen verringerten sich seit dem April des vorigen Jahres um 6 644 oder 17,0 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fällt leicht. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den gemeldeten Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,6 – Tendenz steigend.

Im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden kam es im Januar 2009 – wie auch in Brandenburg – zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Dabei wurden wesentliche Zuordnungen in den Unterteilungen der Klassifikation der einzelnen Wirtschaftszweige geändert. Die damit erforderlichen Rückrechnungen sind vorerst bis zum

Tabelle Seite 20

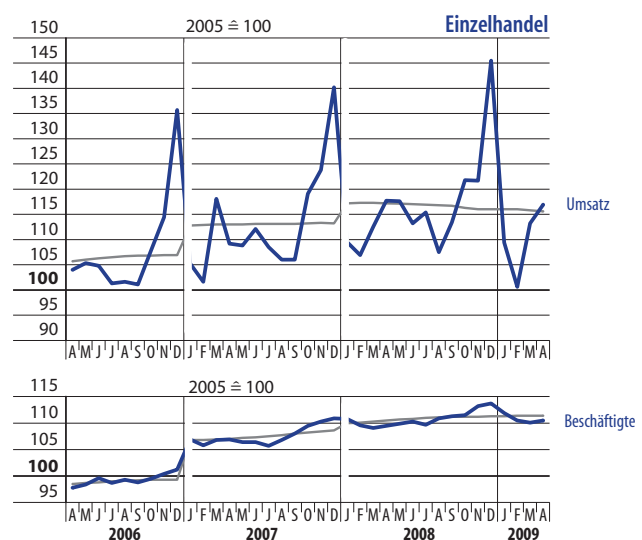
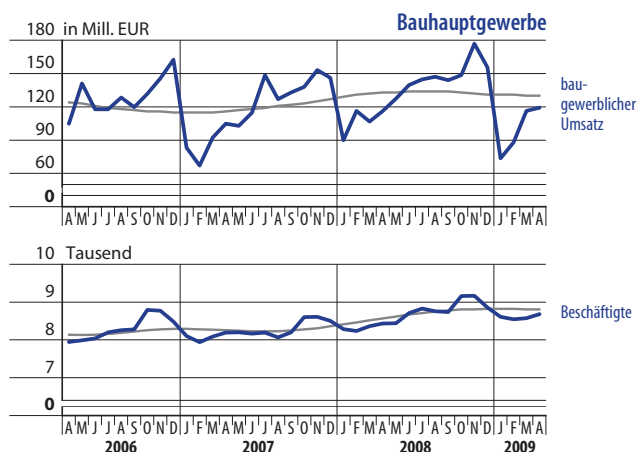
In Berlin wurden am Ende des Monats April 2009 mit 245 257 Arbeitslosen 1 973 Personen oder 0,8 Prozent mehr als im Vormonat, dem März 2009, registriert. Im Vergleich zum April 2008 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 0,2 Prozent, das sind 453 Personen, ab. Diese Personenzahl entspricht etwa der Einwohnerzahl der



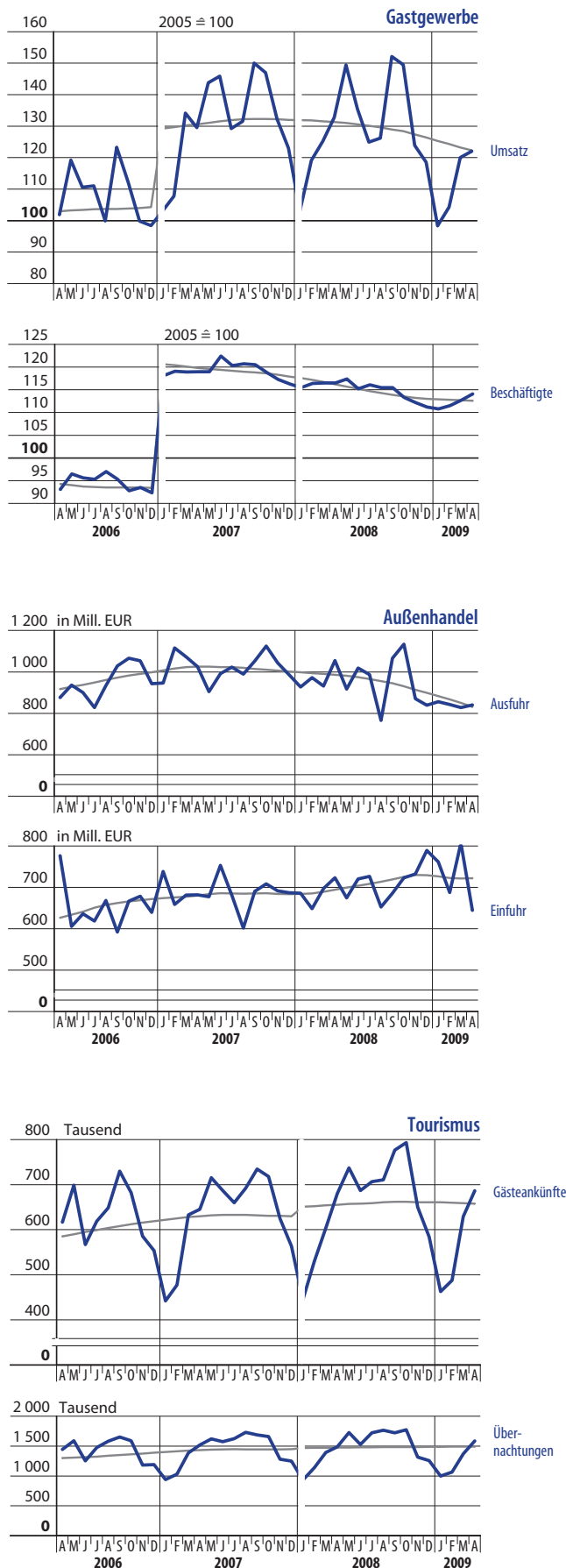
Januar 2008 erfolgt. Aus diesem Grund ist ein Vergleich der 12-monatigen Zeiträume nicht möglich. Bei der grafischen Darstellung des Trends wurde mit einer Sprungstelle zum Januar 2008 gerechnet. Daraus können auch die Veränderungen durch diesen methodischen Wechsel sichtbar gemacht werden. Die Veränderungen im Vergleich zu den monatlichen oder viermonatlichen Vorjahreszeiträumen zeigen keine einheitliche Entwicklung. Während die Beschäftigten sich durchgängig im positiven Bereich befanden, war der Gesamtumsatz negativ und der Auslandsumsatz im Vier-Monats-Vergleich positiv, im Monat April jedoch negativ. Die im Monat April 2009 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 334 Berliner Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten – gegenüber dem April 2008 waren es mit 328 Betrieben sechs oder 1,8 Prozent mehr – erwirtschafteten im gleichen Monat einen Gesamtumsatz von 1 691,3 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vormonats wurde damit um 276,2 Millionen EUR unterboten; es verminderte sich somit um 8,9 Prozent. Im laufenden Jahr – von Januar 2009 bis April 2009 – konnten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 7,1 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes von 1,6 Prozent. Im Einjahreszeitraum konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,7 Milliarden EUR absetzen. Im April 2009 wurden im Ausland durch diesen Wirtschaftszweig 793,4 Millionen EUR abgesetzt, das waren 46,9 Prozent des Gesamtumsatzes, aber auch –7,3 Prozent gegenüber dem April 2008. Im betrachteten Monat waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 78 936 Personen beschäftigt, +1,9 Prozent oder 1 422 Beschäftigte mehr als im April 2008. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, während die der Beschäftigtenzahl seit Mitte 2007 steigt. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) betrug im betrachteten Monat 21 426,2 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat –10,6 Prozent. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme betrug im aktuellen Monat 4 192,0 EUR, sie verminderte sich innerhalb eines Jahres um 1,7 Prozent.

Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei allen drei Kennziffern – Auftragseingang, Beschäftigte und baugewerblicher Umsatz – im langfristigen Ein-Jahres-Zeitraum eine positive Entwicklung. Die grafische Darstellung war weiterhin durch die fast synchron verlaufenden saisonalen Schwankungen im baugewerblichen Umsatz und bei den Beschäftigten gekennzeichnet. In letzter Zeit verharrten die Trend-Konjunktur-Komponenten des baugewerblichen Umsatzes und der Beschäftigten in ihrer Entwicklung. Der Auftragseingang von 91,0 Millionen EUR lag im April 2009 mit –14,6 Prozent unter dem Vorjahresmonat, im Ein-Jahresvergleich waren es +10,8 Prozent und im Vier-Monats-Vergleich –16,4 Prozent. Die in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten 8 681 Arbeitnehmer erzielten im April 2009 einen Gesamtumsatz von 119,9 Millionen EUR, der baugewerbliche Umsatz betrug 119,3 Millionen EUR. Dieser lag um 2,7 Prozent über dem Wert vom April 2008. Im Vergleich der Zwölf-Monats-Zeiträume ist ein Zuwachs von 5,9 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenzahl stieg im Vergleich des April 2009 zum April 2008 um 2,9 Prozent, im zwölfmonatigen Zeitraum um +5,2 Prozent.

Im Berliner **Einzelhandel** war mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung bei der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen worden. Im Januar 2009 wurde auch in diesem Wirtschaftszweig auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. In der Berechnung der Trend-Konjunktur-Komponente kann diese als Sprungstelle berücksichtigt werden. Jedoch sind Aussagen zu den Veränderungen im Ein-Jahres-Zeitraum nicht möglich. Im Vier-Monats-Vergleich betrug die Veränderung der Messzahl des nominalen Umsatzes –1,5 Prozent und die der Beschäftigten +0,9 Prozent. Bei den Vollbeschäftigten trat ein Rückgang um 2,3 Prozent auf, während sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 3,5 Prozent erhöhte. Bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen des nominalen Umsatzes war die Trend-Konjunktur-Komponente langfristig steigend, fiel aber seit Anfang des Jahres 2008 wieder. Bei der Messzahl der Beschäftigten blieb sie leicht steigend.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes.
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** wurde – wie beim Einzelhandel – die gleiche methodische Veränderung, die zu den gleichen Auswirkungen auf die Ergebnisdarstellung führte, vorgenommen. Beim nominalen Umsatz war bis zur Mitte des Jahres 2007 eine steigende, dann aber fallende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Bei den Beschäftigten fiel sie in den gesamten vergangenen drei Jahren. Die mittlere Messzahl des nominalen Umsatzes verschlechterte sich im Vergleich der letzten vier Monate zum Vorjahreszeitraum um 7,4 Prozent. Die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum auch, und zwar um 3,4 Prozent.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im April 2009 ein Volumen von 644,7 Millionen EUR und lag damit um 10,9 Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats – des April 2008. Im Vergleich der letzten zwölf Monate waren es +4,4 Prozent bei insgesamt im Wert von 8,6 Milliarden EUR importierten Waren. Im aktuellen Monat erreichte das Exportvolumen 840,1 Millionen EUR. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug –20,3 Prozent, beim Ein-Jahres-Zeitraum dann –8,6 Prozent; das sind exportierte Waren im Wert von 11,0 Milliarden EUR innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) und den Import (Generalhandel) bis zur Mitte des Jahres 2007 ein stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Seitdem fällt die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes stärker als die der Importe. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

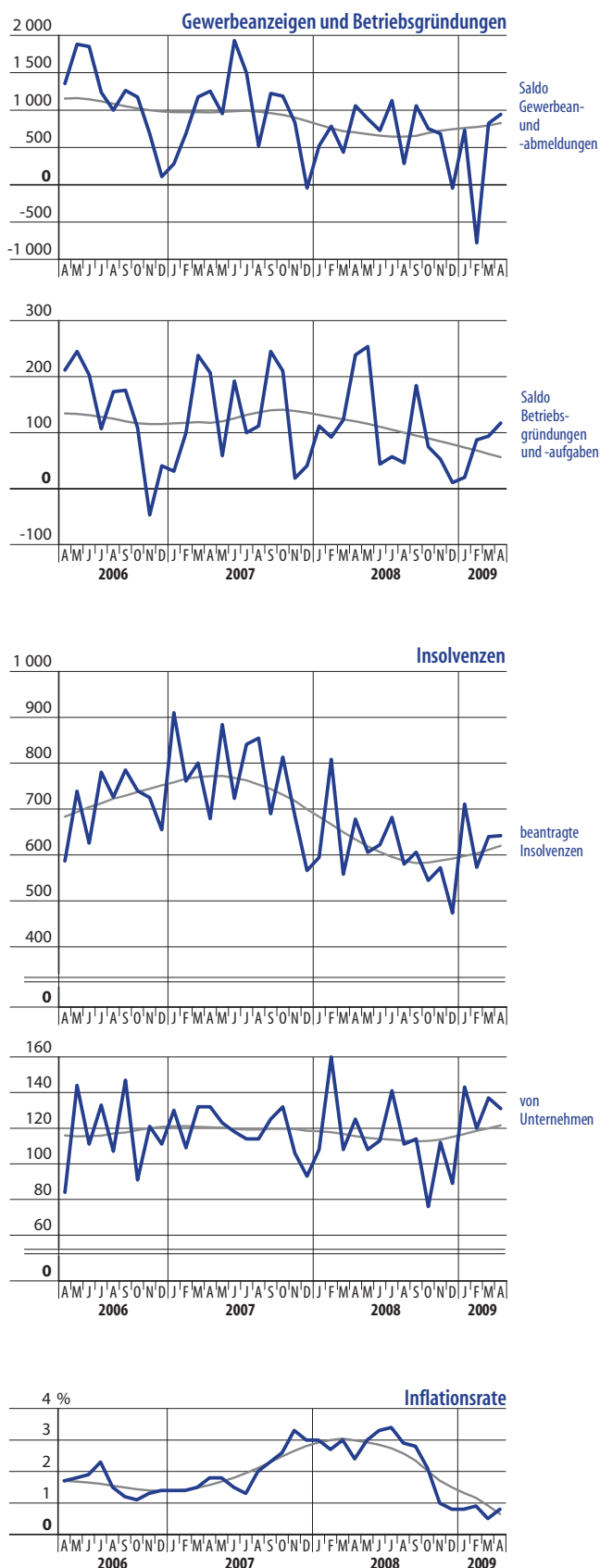
Im April 2009 betrug die Zahl der Übernachtungen in der Berliner **Tourismusbranche** 1 585,5 Tausend Personen; gegenüber dem April 2008 waren es 98 613 Übernachtungen oder 6,6 Prozent mehr. Bei insgesamt 19,3 Millionen Übernachtungen im Zeitraum eines Jahres (Mai 2008 bis April 2009) war ebenfalls eine positive Entwicklung erkennbar. Im laufenden Jahr (Januar bis April 2009) übernachteten 5,0 Millionen Besucher, das waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum +1,4 Prozent. Die Zahl der Gäste zeigte, ebenso wie die der Übernachtungen, in der Vergangenheit eine gleichmäßig steigende Trend-Konjunktur-Komponente. Im April 2009 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,3 Übernachtungen – Tendenz leicht fallend.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Der Saldo bei den Gewerbemeldungen lag bei 941 Anmeldungen, er fiel gegenüber dem April 2008 um 11,1 Prozent; im laufenden Jahr waren es –38,7 und im Ein-Jahres-

Vergleichszeitraum –34,2 Prozent. Der Saldo bei den Betriebsgründungen und -aufgaben zeigte eine ähnliche Entwicklung. Im April gab es 117 Betriebsgründungen mehr als -aufgaben, das sind jedoch –51,0 Prozent zum April 2008; vom Januar bis zum April 2009 waren es –43,8 Prozent zum Vorjahreszeitraum und im längerfristigen Ein-Jahres-Vergleich dann –32,5 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente beim Betriebs-Saldo fällt seit Mitte 2007 stark, während der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen seit Mitte des Jahres 2007 wieder ansteigt. Auffallend ist, dass vor dem Hintergrund einer sehr dynamischen Entwicklung bei beiden Kennziffern immer zum Jahreswechsel umfangreiche Abmeldungen und in der Jahresmitte verstärkt Anmeldungen auftraten.

Die beantragten **Insolvenzen** werden nach wie vor stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat April 2009 lagen die beantragten Insolvenzverfahren bei 642 Fällen, oder –5,3 Prozent zum April 2008. Im gleichen Monat waren es bei den Unternehmensinsolvenzen insgesamt 131 Regelinsolvenzfälle, oder +4,8 Prozent zum April 2008. Die gesamten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen hatten sich auch im Einjahres-Vergleich weiter verringert. Es ergab sich für die ganzjährigen Vergleichszeiträume bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen ein Minus von 2,2 Prozent; bei den beantragten Insolvenzen waren es –16,6 Prozent. Seit Mitte 2007 fallen die beiden Trend-Konjunktur-Komponenten, steigen aber seit dem Herbst des Jahres 2008 wieder an.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2009 – bezogen auf das Jahr 2005 – bei 106,4. Für die Inflationsrate, das ist die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat, ergab sich ein Wert von +0,8 Prozent. Bestimmend für die Preisentwicklung war einerseits die Senkung bei Kraftstoffen und Heizöl sowie einigen Nahrungsmitteln, andererseits die Verteuerung bei Gas und Fernwärme, einigen Nahrungsmitteln sowie bei den Pauschalreisen und Ferienwohnungen. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate war seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 steigend. Sie lag im März 2008 bei +3,0 Prozent, seit dem März 2008 fällt sie wieder sehr stark – aktuell auf Werte um +0,6 Prozent.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes.
Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Brandenburg April 2009

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des April 2009 zum Vorjahresmonat um 4,8 Prozent, das waren –8 932 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,2 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz und der Auslandsumsatz eine stark fallende Tendenz, die Beschäftigtenzahl verzeichnete hingegen einen leichten Anstieg. Für das Bauhauptgewerbe war eine langfristig negative Entwicklung vorhanden, im aktuellen Monat entwickelten sich hingegen der Auftragseingang und der baugewerbliche Umsatz positiv. Bei den Trend-Konjunktur-Komponenten im Brandenburger Einzelhandel stieg die nominale Umsatz-Messzahl und die Messzahl der Beschäftigten fiel, wobei sich der Negativ-Trend abschwächte. Im Gastgewerbe stiegen der Trend der nominalen Umsatz- und der Beschäftigten-Messzahl

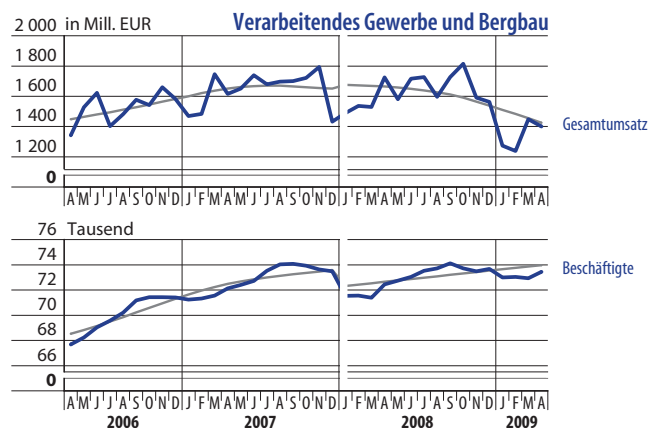
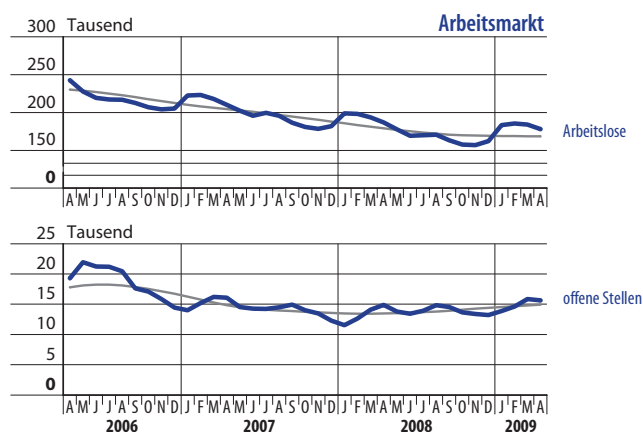
seit dem Herbst des Jahres 2008 wieder leicht an. Die gesamten Brandenburger Aus- und Einfuhren signalisierten eine Trendwende. Seit Mitte 2008 sanken die Einfuhren und die Ausfuhren stark. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen gab der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich steigende Trend ganz leicht nach. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen ist seit dem Herbst 2008 – nach einem Zwischenhoch – wieder fallend. Bei den Betrieben ist diese Komponente seit fast einem Jahr leicht steigend. Beide Kennziffern sind jedoch stark von Saisoneffekten geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen fielen. Langfristig sind beide Trends – der beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen – stark fallend, die Unternehmensinsolvenzen sinken dabei deutlich stärker. Im April 2009 betrug die Inflationsrate +0,5 Prozent – Tendenz sehr stark fallend.

am Ende des Jahres 2007. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 14,7 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,2 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,7 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 5,2 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 4,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,8 beziehungsweise 0,7 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Allerdings schwächt sich die fallende Tendenz seit dem Juni 2008 deutlich ab. Die gemeldeten 15 641 offenen Stellen hatten seit dem April des vorigen Jahres um 763 Stellen oder um 5,1 Prozent zugenommen. Von Juli 2006 bis zum Februar 2008 war die Trend-Konjunktur-Komponente fallend, seitdem steigt sie wieder an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 11,4 – die langfristige Tendenz ist fallend. Im April dieses Jahres waren 8 072 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum April 2008 ergab das ein Plus von 594 Personen oder +7,9 Prozent.

Im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden kam es im Januar 2009 zu einem methodischen Wechsel. Die gesamte Erhebung wurde auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt. Dabei wurden wesentliche Zuordnungen

Tabelle Seite 21

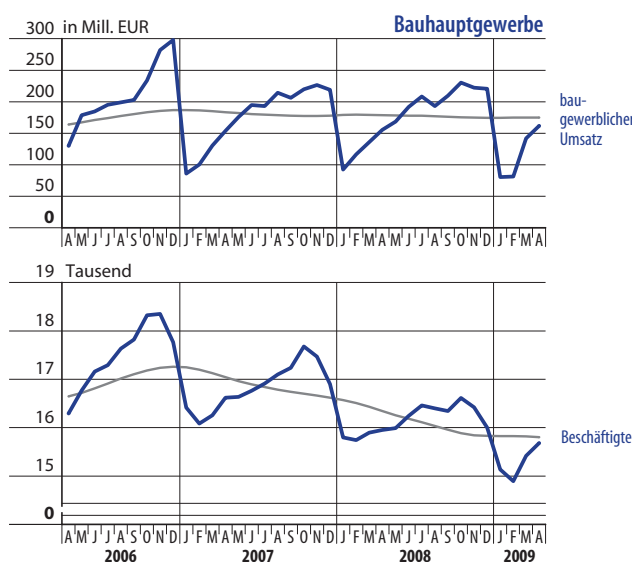
Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurden Ende April des Jahres 2009 mit 178 137 Arbeitslosen 3,3 Prozent weniger als im März 2009 registriert, das waren –6 015 Personen. Im Vergleich zum April des Jahres 2008 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,8 Prozent ab, das sind –8 932 Personen. Dieser Wert entspricht fast genau der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Calau



in den Unterteilungen der Klassifikation der einzelnen Wirtschaftszweige geändert. Die damit erforderlichen Rückrechnungen sind vorest bis zum Januar 2008 erfolgt. Aus diesem Grund ist ein Vergleich der 12-monatigen Zeiträume nicht möglich. Bei der grafischen Darstellung des Trends wurde mit einer Sprungstelle zum Januar 2008 gerechnet. Daraus können auch die Veränderungen durch diesen methodischen Wechsel sichtbar gemacht werden. Die Veränderungen im Vergleich zu den monatlichen oder viermonatlichen Vorjahreszeiträumen des Gesamtumsatzes und des Auslandsumsatzes dieses Wirtschaftsabschnittes lagen durchweg im zweistelligen negativen Bereich, der Auslandsumsatz sogar unter –20 Prozent. Die im Monat April dieses Jahres 423 berichtspflichtigen Betriebe – das sind neun Betriebe mehr als im April 2008 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 400 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 325,8 Millionen EUR oder 18,9 Prozent unterboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2009 bis April 2009 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 5,4 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes von 14,7 Prozent. Der langfristige Trend der Kennziffer dieses wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte, so auch einem „Einbruch“ jeweils im Dezember 2007 und 2008 – in letzter Zeit sehr stark fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im April ein Niveau von 338,1 Millionen EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug 24,1 Prozent. Insgesamt sind in den letzten vier Monaten für 1 247,5 Millionen EUR Waren dieses Wirtschaftsabschnitts aus dem Land Brandenburg exportiert worden. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die immer noch anhält, während die des Umsatzes etwa seit dem Januar 2003 anstieg und seit dem August 2007 fällt, zuletzt sehr stark. Im April des Jahres 2009 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 73 438

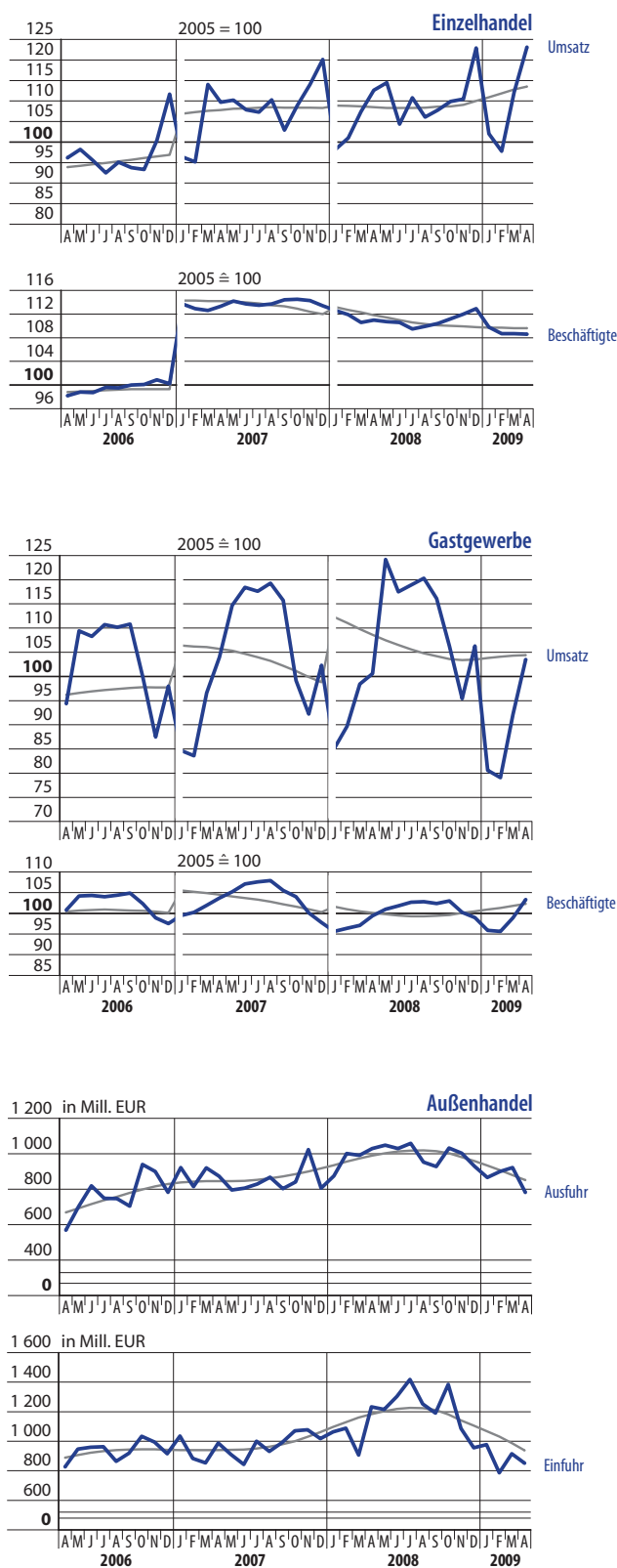
Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem März 2009 – war das eine Steigerung um 497 Personen. Zum April 2008 lag der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen bei 1,3 Prozent oder 976 Personen. Im April 2009 betrug die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 19 063 EUR, das waren –20,0 Prozent gegenüber dem April 2008. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten fiel, sie lag im gleichen Zeitraum eines Jahres um 2,6 Prozent oder 72 EUR niedriger.

In der konjunkturellen Entwicklung des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende Abwärtstrend fort, der sich allerdings beim baugewerblichen Umsatz abzuschwächen scheint. Alle drei in der Tabelle betrachteten Kennziffern lagen bei den längerfristigen Zeiträumen im Negativen. Die Entwicklung des Auftrageingangindex zeigte im April 2009 mit +0,8 Prozent zum April 2008 eine gegenüber den viermonatigen und 12-monatigen Vergleichszeiträumen positive Entwicklung. Bei der Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes herrscht eine fallende Tendenz vor, die sich, nach einem deutlichen Zwischenanstieg im Jahr 2006, nun von einem etwas höheren Niveau aus und abgeschwächt wieder fortsetzt. Bei der Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes wurde seit Januar 2007 eine leicht aber eindeutig fallende Tendenz sichtbar. Die im April 2009 berichtspflichtigen 313 Betriebe – das waren 17 weniger gegenüber dem April 2008 – erreichten mit 15 684 Beschäftigten einen baugewerblichen Umsatz von 161,8 Millionen EUR (Gesamtumsatz: 165,5 Millionen EUR); der baugewerbliche Umsatz lag damit um 4,1 Prozent über dem Wert vom April 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume (Mai 2008 bis April 2009 zu Mai 2007 bis April 2008) ergibt sich ein Wert von –1,9 Prozent. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 152,3 Millionen EUR. Die Entwicklung des Auftragseinganges in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei –5,0 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im Brandenburger Bauhauptgewerbe fiel in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum um 4,2 Prozent, bei dem Vergleich des April 2009 zum April 2008 ergaben sich –271 Beschäftigte oder –1,7 Prozent.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes.

Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im Brandenburger **Einzelhandel** wurde mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung bezüglich der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen und zum Jahreswechsel 2007 zu 2008 erfolgte die Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008). Dieses wird durch „zwei Sprungstellen“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 4-Monats-Zeitraumes (Januar 2009 bis April 2009 zum Vorjahreszeitraum) ergab ein Plus von 3,8 Prozent. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 2,3 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes stieg innerhalb der letzten drei Jahre langsam und kontinuierlich in letzter Zeit stärker, die der Beschäftigten fiel seit zwei Jahren – dieser Negativ-Trend verlangsamte sich jedoch in letzter Zeit.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzelhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten-Messzahlen uneinheitliche Entwicklungen auf. Im Vergleich der 4-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 4,9 Prozent ab, die Messzahl der Beschäftigten nahm im gleichen Zeitraum um 1,3 Prozent zu. Die Trend-Konjunktur-Komponenten der nominalen Umsatz- und der Beschäftigten-Messzahl stiegen seit dem Herbst 2008 leicht an.

Im Brandenburger **Außenhandel** wurde in den letzten Monaten eine durchgängig negative Entwicklung erreicht; auf den längerfristigen Vergleichs-Zeitraum eines Jahres hatte diese Entwicklung allerdings noch nicht durchschlagen können. Die Veränderungen zu den beiden kurzfristigen Vorjahreszeiträumen (viermonatlich und laufendes Jahr) sind alle im Bereich von zwei-stelligen negativen Werten. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im April dieses Jahres 782,3 Millionen EUR und lag damit um 23,9 Prozent unter dem Ergebnis des April 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich demgegenüber ein Plus von 7,3 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von Mai 2008 bis April 2009 – Waren im Wert von 11,5 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 851,4 Millionen EUR, bei einem Minus von 30,9 Prozent gegenüber dem Wert des April 2008. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 13,3 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert, das sind gegenüber dem Vorjahr 9,9 Prozent mehr. In der Grafik war sowohl beim Import als auch beim Export in der Mitte des Jahres 2008 eine Trendwende erkennbar. Seitdem fielen beide Trend-Konjunktur-Komponenten stark. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

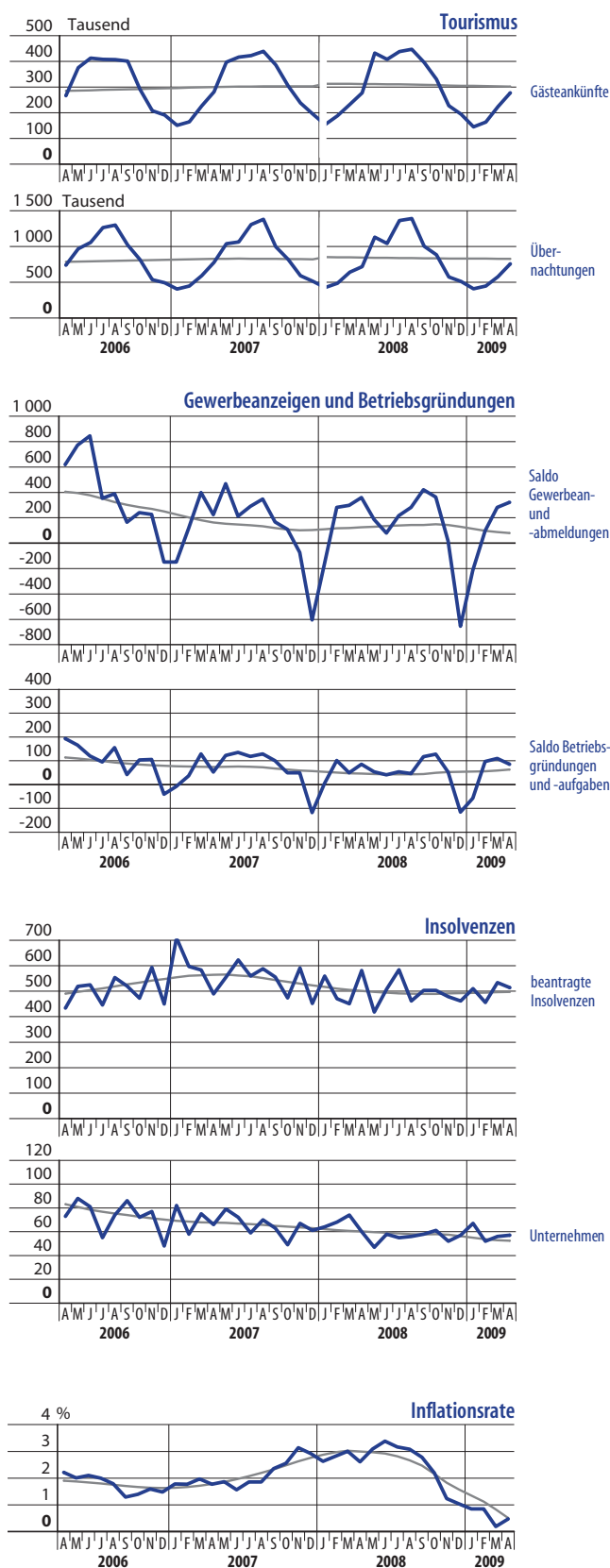
Beim **Tourismus** betrug im April 2009 die Zahl der Gästeankünfte 277,8 Tausend; gegenüber dem April 2008 waren es 300 Personen oder 0,1 Prozent mehr. Beim Vergleich des viermonatigen Zeitraumes ergab sich ein Minus von 4,9 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (April 2009 zu April 2008) ebenfalls, aber wesentlich stärker um 5,6 Prozent. Im Vier-Monats-Vergleich setzte sich mit -3,6 Prozent bei den Übernachtungen die langfristig negative Entwick-

lung fort. Im Durchschnitt entfielen im April 2009 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und -übernachtungen eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die allerdings in den letzten Monaten leicht abfällt.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im April 2009 wurden 321 Gewerbe mehr an- als abgemeldet, gegenüber dem April 2008 waren das –10,6 Prozent, im Ein-Jahres-Vergleichs-Zeitraum dann aber –17,4 Prozent. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben lag der April 2009 mit +85 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit bei einem Minus von „nur“ 1,2 Prozent zum April 2008. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark fallende Trend mit –26,0 Prozent erhalten. Insgesamt sind für die beiden Kennziffern in den betrachteten drei Zeiträumen die Veränderungsraten negativ. Die Trend-Konjunktur-Komponente zeigte bei dem Saldo der Gewerbeanzeigen eine seit dem Jahresbeginn 2008 steigende Tendenz, die etwa ab Herbst des gleichen Jahres wieder fiel. Bei dem Saldo der Betriebe stieg diese Komponente – erst seit Mitte des Jahres 2008 und dann auch sehr gering. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass sich jeweils im Dezember die Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben häufen.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen durchgängig negative Veränderungsrate – also eine positive Entwicklung. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil bei knapp unter 60 Insolvenzen pro Monat angelangt. Der Trend ist fallend. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten, die allerdings ab Mitte des Jahres 2007 wieder fällt und seit Mitte 2008 bei etwa 500 Verfahren verweilt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Im Monat April 2009 fielen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,5 Prozent auf 514 Fälle. Im gleichen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 57 Fälle, das entspricht –5,0 Prozent zum April 2008. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 8,2 Prozent weniger Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es –14,0 Prozent.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2009 bei 106,7. Der Index wurde rückwirkend auf das neue Preisbasisjahr 2005 \pm 100 umgestellt, dabei auch der Warenkorb und das Wägungsschema verändert. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2009 und dem April 2008, ergab sich damit ein Wert von +0,5 Prozent. Während die Preise für Pauschalreisen und Energie deutlich stiegen, fielen sie bei den Mineralölprodukten und einigen Nahrungsmitteln. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fällt seit dem März des Jahres 2008 sehr stark.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Methodischer Wechsel Januar 2007 bzw. Januar 2008
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick

Entwicklung der konjunkturellen Lage

Berlin April 2009

(Basis: Originalwerte, Stand vom 15. September 2009)

Merkmal	Einheit	April 2009		Januar 2009 bis April 2009		Mai 2008 bis April 2009	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	245 257	0,2	242 311	- 2,8	231 369	- 8,2
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangindex ²	2000 ± 100	...	x	...	x	...	x
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	1 691,3	- 8,9	1 765,6	- 1,6	1 893,7	x
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	793,4	- 7,3	829,5	4,2	882,0	x
Beschäftigte.....	1 000	78,9	1,9	78,2	1,6	77,8	x
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	91,0	- 14,6	80,6	- 16,4	118,0	10,8
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	119,3	2,7	99,3	- 7,4	131,8	5,9
Beschäftigte.....	1 000	8,7	2,9	8,6	3,3	8,8	5,2
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal.....	2005 ± 100	116,9	- 0,7	110,0	- 1,5	116,4	x
Beschäftigte.....	2005 ± 100	110,5	0,9	110,8	0,9	111,1	x
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2005 ± 100	122,0	- 8,1	111,2	- 7,4	127,1	x
Beschäftigte.....	2005 ± 100	114,1	- 2,1	112,3	- 3,4	113,8	x
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	840,1	- 20,3	841,6	- 13,4	913,8	- 8,6
Einfuhr.....	Mill. EUR	644,7	- 10,9	725,0	5,3	717,1	4,4
Tourismus							
Gästeankünfte.....	1 000	686,4	0,9	566,5	0,3	659,3	x
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 585,5	6,6	1 255,4	1,4	1 486,2	x
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen	Anzahl	941	- 11,1	429,8	- 38,7	598,7	- 34,2
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	117	- 51,0	79,5	- 43,8	86,8	- 32,5
Beantragte Insolvenzverfahren.....	Anzahl	642	- 5,3	641,5	- 2,8	604,4	- 16,6
darunter Regelinsolvenzen der Unternehmen.....	Anzahl	131	4,8	132,8	6,0	116,3	- 2,2
Verbraucherpreisindex.....	2005 ± 100	106,4	0,8	106,3	0,7	106,5	1,8

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen
mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Brandenburg April 2009

(Basis: Originalwerte, Stand vom 10. September 2009)

Merkmal	Einheit	April 2009		Januar 2009 bis April 2009		Mai 2008 bis April 2009	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	178 137	– 4,8	182 779	– 6,0	171 558	– 10,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsisindex ²	2000 ± 100	...	x	...	x	...	x
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 399,9	– 18,9	1 339,9	– 14,7	1 556,5	x
Auslandsumsatz	Mill. EUR	338,1	– 27,3	311,9	– 24,5	389,8	x
Beschäftigte	1 000	73,4	1,3	73,1	1,9	73,4	x
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang	Mill. EUR	152,3	0,8	131,5	– 8,1	154,3	– 5,0
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	161,8	4,1	116,4	– 7,0	175,8	– 1,9
Beschäftigte	1 000	15,7	– 1,7	15,3	– 3,6	16,0	– 4,2
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal	2005 ± 100	123,1	9,4	108,8	3,8	110,2	x
Beschäftigte	2005 ± 100	108,6	– 2,2	109,0	– 2,3	110,3	x
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal	2005 ± 100	103,5	2,9	88,8	– 4,9	105,0	x
Beschäftigte	2005 ± 100	103,3	3,8	98,4	1,3	100,5	x
Außenhandel							
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	782,3	– 23,9	867,6	– 10,9	954,3	7,3
Einfuhr (Generalhandel)	Mill. EUR	851,4	– 30,9	882,4	– 17,8	1 111,3	9,9
Tourismus							
Gästeankünfte	1 000	277,8	0,1	202,9	– 4,9	307,2	x
Gästeübernachtungen	1 000	758,1	5,6	547,3	– 3,6	840,9	x
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	321,0	– 10,6	121,8	– 37,2	116,8	– 17,4
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	85,0	– 1,2	58,8	– 2,5	51,0	– 26,0
darunter Regelinsolvenzen der Unternehmen	Anzahl	514,0	– 11,5	503,5	– 2,3	494,3	– 8,2
Verbraucherpreisindex	2005 ± 100	57,0	– 5,0	58,0	– 12,8	56,3	– 14,0
		106,7	0,5	106,6	0,6	106,8	1,9

¹ Betriebe ab 50 Beschäftigte² für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)³ Betriebe von Unternehmen
mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten⁴ vorläufig

Katrin Baumert, Ming Liu

Zeitreihenanalyse



Einführung

Die Zeitreihenanalyse ist die mathematisch-statistische Untersuchung von Beobachtungswerten in zeitlicher Reihenfolge. Zeitreihen werden bereits seit Jahrtausenden beobachtet und registriert; ihre statistische Theorie gewann jedoch erst im 20. Jahrhundert an Bedeutung. Mit zunehmender Verbreitung der Marktwirtschaft und dem Aufkommen neuer Möglichkeiten zur Datenverwaltung steigert sich das Verlangen nach aussagekräftigen Analysen der beobachteten Werte.

Gegenwärtig werden die Zeitreihen der wichtigsten Konjunkturindikatoren der Bundesrepublik Deutschland nach zwei Verfahren – Census X-12-ARIMA des U.S. Bureau of the Census und dem Berliner Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes – analysiert. Bisher wurde im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg das Berliner Verfahren BV4.1 ausschließlich bei der Untersuchung der wichtigsten konjunkturellen Kennziffern verwendet. Aufgrund der international sehr verbreiteten Anwendung des ARIMA-X-12-Verfahrens erschien ein Test und der Vergleich mit dem BV4.1 angebracht. Die Vor- und Nachteile beider Methoden der Zeitreihenanalyse wurden unter den Bedingungen der Berlin-Brandenburger Konjunkturdaten ermittelt. Beispielhaft wird die Untersuchung anhand der brandenburgischen Arbeitslosenzahl erläutert.

Anwendungsmöglichkeiten der Zeitreihenanalyse finden sich in den unterschiedlichsten Bereichen wieder. So nutzt die Ökonomie die Ergebnisse zur Beurteilung wichtiger Konjunkturindikatoren (zum Beispiel: Zahl der Arbeitslosen, Anteil der Exporte). In naturwissenschaftlichen Bereichen, wie der Physik, werden Zeitreihen genutzt, um Aufschluss beispielsweise über Luft-Temperatur-Verhältnisse zu geben. Auch in der Demografie oder der Marktforschung wird die Zeitreihenanalyse zur Gewinnung von Erkenntnissen eingesetzt.

Das Feststellen von charakteristischen Strukturen ist eines der Ziele der Zeitreihenanalyse. Auftretende Periodizität oder zyklische Schwankungen können Auskunft über den weiteren Verlauf der Reihe geben. Weiterhin liefert sie Informationen über die Entwicklungslinie in der Vergangenheit und den Zustand am Reihenende. Die Ergebnisse der Analyse bieten ein Hilfsmittel zur aktuellen Konjunktüreinschätzung und können – mit Einschränkungen – zur Vorhersage der Entwicklung genutzt werden.

Das Zeitreihenmodell

Beobachtungswerte sind kontinuierlich aufeinanderfolgende Daten oder eine Menge von Werten, die zu diskreten Zeitpunkten beobachtet werden. Eine Zeitreihe – deren Werte von Irregularitäten überlagert sind – ist die mögliche Realisation eines stochastischen Prozesses. In der Theorie der Zeitrei-

hen wird davon ausgegangen, dass sich historische Beobachtungswerte aus dem Zusammenwirken verschiedener Komponenten ergeben, die in Abhängigkeit zur Zeit (t) stehen. Zur Erleichterung der Analysen wird die Zeitreihe daher in diese Komponenten zerlegt. Beim klassischen Komponentenmodell wird zwischen folgenden imaginären Komponenten unterschieden:

- Trendkomponente: T_t
- Konjunkturkomponente: K_t
- Saisonkomponente: S_t
- Restkomponente: R_t

Die Trendkomponente umfasst langfristig wirkende Ursachen, wie die Veränderung des Lebensstandards aufgrund von technischem Fortschritt. Entsprechen die Beobachtungswerte einem Analysezeitraum, der nicht mehrere Jahrzehnte umfasst, verläuft die Trendkomponente in der Regel linear. Zyklische Schwankungen werden in der Konjunkturkomponente erfasst. Sie verläuft wellenförmig und zeigt beispielsweise den Wandel von Konsumgewohnheiten durch politische Maßnahmen. Aufgrund definitorischer Abgrenzungsprobleme werden Trend- und Konjunkturkomponente zusammengefasst. Die Trend-Konjunktur-Komponente oder auch glatte Komponente gibt die mittel- bis langfristige Grundtendenz einer Reihe wieder. Sie verläuft glatt und ohne unterjährige Schwankungen. Die glatte Komponente spielt eine wichtige Rolle bei Analysen der konjunkturellen Entwicklungen zum Beispiel zu den Arbeitslosen, im Tourismus oder im Baugewerbe. Der jahreszeitliche Wechsel wird durch die Saisonkomponente abgebildet. Sie zeigt eine jährliche Periodizität mit ungefähr gleichbleibendem wellenförmigem Muster auf, welches den Temperaturverhältnissen der Luft entspricht. Die Restkomponente oder auch irreguläre Komponente ist bedingt durch irreguläre Schwankungen. Diese umfassen alle anderen Schwankungen, die die Zeitreihe kurzfristig beeinflussen. Es wird angenommen, dass die Werte der Restkomponente vergleichsweise klein sind und um Null schwanken. Die Komponente unterliegt keiner fassbaren kausalen Gesetzmäßigkeit. In ihr äußern sich zum Beispiel Streiks, Methodenwechsel und Anderes. Bei zeitraumbezogenen Daten ist das Auftreten von kalenderbedingten Schwankungen möglich. Je nach Art der Zeitreihe beeinflussen verschiedene Wochen- und Feiertagskonstellationen die Beobachtungswerte. Die Kalenderkomponente kann zur verbesserten Trennung der Einflüsse von der Restkomponente abgegrenzt werden.

Die Komponenten einer Zeitreihe können unterschiedlich miteinander verknüpft sein.

- Additiv: $O_t = T_t + K_t + S_t + R_t$
- Multiplikativ: $O_t = T_t * K_t * S_t * R_t$

Die häufigste Modellannahme, die auch vom Berliner Verfahren (BV4.1) eingesetzt wird, ist das additive Komponentenmodell. Hierbei sind die einzelnen Komponenten der Originalreihe (O_t) weitgehend stochastisch unabhängig voneinander, das heißt es werden keine systematischen Zusammenhänge – wie beispielsweise Proportionalität – formuliert. Bei der additiven Verknüpfung werden diese Zusammenhänge nicht ausgeschlossen. Das Analyseverfahren Census X-12-ARIMA bietet darüber hinaus die Möglichkeit, eine multiplikative Verknüpfung zu wählen. Der Ausschlag der Saisonkomponente und die Streuung der Werte nehmen bei wachsendem Trend zu, eine additive Verknüpfung genügt dann der Beschreibung nicht mehr.

Methoden der Zeitreihenanalyse

Zur Begutachtung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung werden wichtige Konjunkturindikatoren mithilfe der Zeitreihenanalyse bewertet. Es gibt vielfältige Analysemethoden, die sich sowohl in der Verwendbarkeit der Ergebnisse als auch im Verfahrensaufbau unterscheiden. Im Folgenden wird für die Darstellung der einzelnen Verfahren die monatliche Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg vom Januar 1994 bis zum Dezember 2008 verwendet.

Gleitende Durchschnitte

Eine einfache Methode der Zeitreihenanalyse ist die Methode der gleitenden Durchschnitte. Es handelt sich hierbei um ein Glättungsverfahren zur näherungsweisen Ermittlung der Trend-Konjunktur-Komponente. Unter der Voraussetzung, dass die Beobachtungswerte äquidistant sind und periodischen Schwankungen unterliegen, wird die Originalreihe geglättet. Irreguläre Schwankungen werden ausgeschaltet. Bei Monatsreihen wird üblicherweise die Gradzahl entsprechend der Monatsanzahl eines Jahres gewählt. Nichtbeachten der Periodenlänge führt gegebenenfalls bei zu hoher Stützweite zur Ausschaltung der Periodizität, das heißt zu einer zu starken Glättung oder bei zu geringer Stützweite zu einer Anpassung der Trend-Konjunktur-Komponente an die Originalwerte. Der zentrierte gleitende Durchschnitt liefert keine Berechnungen für Werte

am Anfang und Ende der Zeitreihe. Entsprechend der Gradzahl können an diesen Stellen keine Aussagen über die Entwicklung des Trends getroffen werden, der am aktuellen Ende besonders interessant bei der Beurteilung der Konjunkturindikatoren wäre. Verfahren zur gesonderten Berechnung der Randwerte sind eine Möglichkeit, um weitere Erkenntnisse zu erlangen. Eine Alternative sind Methoden der Zeitreihenanalyse mit integrierter Prozedur zur Bestimmung der fehlenden Werte.

Das Berliner Verfahren

Das Berliner Verfahren (BV) ist ein Komponentenzerlegungsverfahren zur Analyse ökonomischer Monats- und Quartalsdaten. Die Grundlagen wurden Ende der 60er Jahre gemeinsam von der TU Berlin und dem DIW entwickelt. Eine eigenständige Weiterentwicklung BV4.1 wird vom Statistischen Bundesamt zur Analyse der Konjunkturindikatoren eingesetzt. Die Erweiterung enthält vor allem methodische Verbesserungen zur Behandlung von Ausreißern und Kalendereinflüssen. Die Software zum Berliner Verfahren steht als kostenloser Download auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung.

Die Ermittlung der Trend-Konjunktur-Komponente erfolgt unter der Annahme, dass es sich um einen nichtdeterministischen Prozess handelt, der mit Hilfe von Polynomen geringer Ordnung hinreichend genau approximiert werden kann. Während es sich bei der Saisonkomponente um einen schwach stationären Prozess handelt, der durch eine endliche Fourierreihe abgebildet werden kann. BV4.1 besteht aus drei wesentlichen Verfahrensteilen. Der erste Teil befasst sich mit der Identifikation von potenziellen Ausreißern. Darunter werden Beobachtungswerte verstanden, die einzeln und unzusammenhängend auftreten und stark von der restlichen Struktur der Zeitreihe abweichen. Im Allgemeinen sind die Gründe für das Auftreten von diesen Extremwerten unbekannt. Genauere Betrachtungen und Recherchen sind hier nötig. Ein Extremwert kann ein Hinweis auf eine Sprungstelle sein, die beispielsweise mit einem Methodenwechsel einhergeht. Eine Extremwertbereinigung war in den ersten Grundlagen des Verfahrens nicht vorgesehen. Nun erfolgt die Identifikation von potenziellen Ausreißern jedoch mittels der gleitenden Berechnung bedingter Erwartungswerte – für den jeweiligen Folgemonat – und dem Vergleich mit den tatsächlich beobachteten Werten. Überschreitet

Abb. 1 **Monatliche Anzahl der Arbeitslosen und gleitender Durchschnitt 12. Ordnung im Land Brandenburg von 1994 bis 2008**

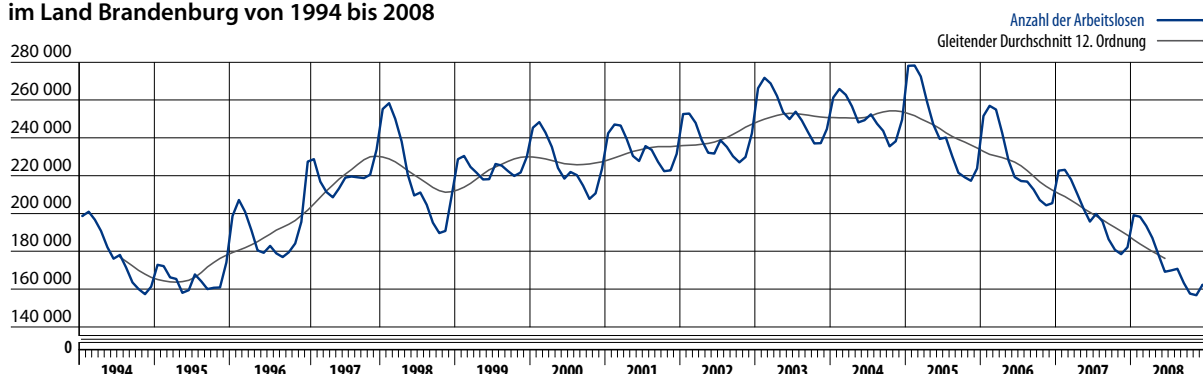


Abb. 2 **Monatliche Anzahl der Arbeitslosen und BV4.1 Trend-Konjunktur-Komponente im Land Brandenburg von 1994 bis 2008**

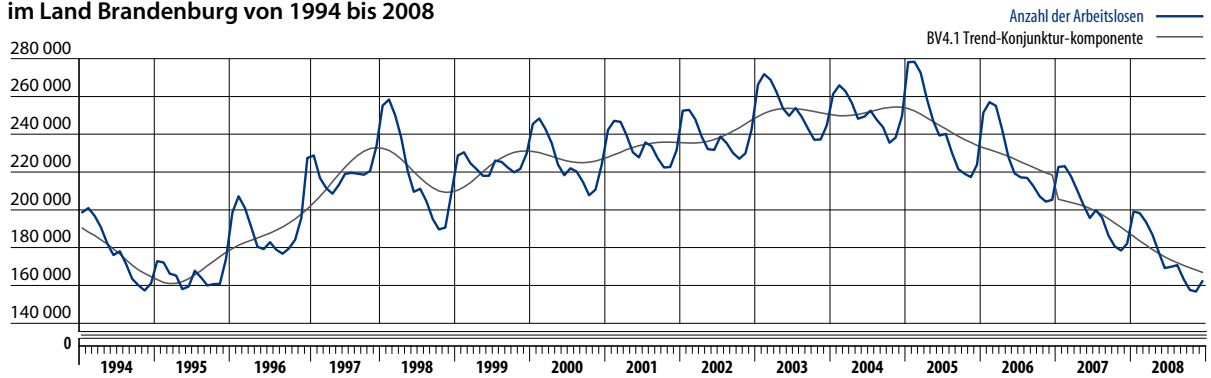
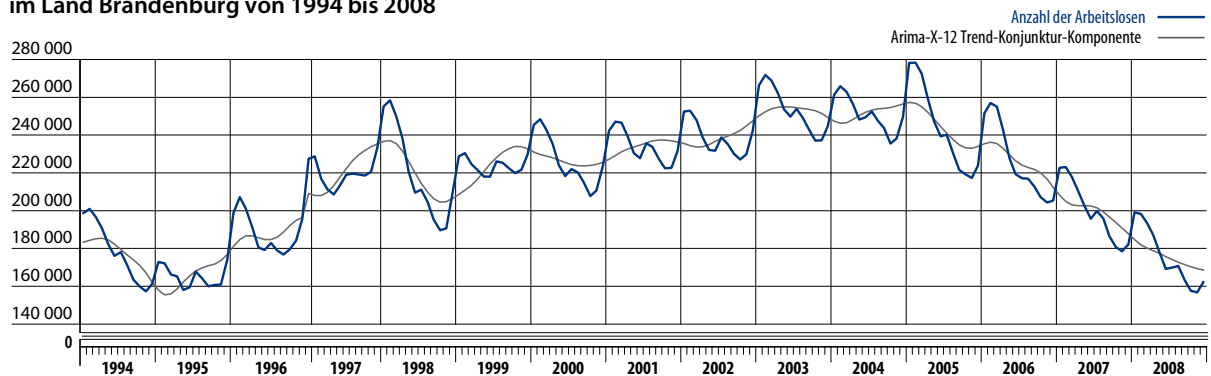


Abb. 3 **Monatliche Anzahl der Arbeitslosen und ARIMA-X-12 Trend-Konjunktur-Komponente im Land Brandenburg von 1994 bis 2008**



der Konfidenzfaktor eine anwenderspezifische Grenze, handelt es sich um einen Ausreißer. Im folgenden Verfahrensteil erfolgt die integrierte Schätzung von Ausreißern, Kalendereinflüssen und gegebenenfalls anwenderbestimmten Einflussgrößen, wie beispielsweise bekannte Sprungstellen. Hierbei wird von einem erweiterten additiven Modell ausgegangen, welches neben Trend-Konjunktur-Komponente, Saison- und Restkomponente auch noch eine Kalender-, eine Ausreißer- und eine anwenderbestimmte Komponente enthält. Die Parameter, die für die eingesetzte Filterprozedur benötigt werden, werden mittels der Methode der kleinsten Quadrate geschätzt. Im dritten Teil des Verfahrens findet die Schätzung der Trend-Konjunktur-Komponente und der Saisonkomponente anhand der zuvor bereinigten Reihe statt.

Census X-12-ARIMA

Das Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA bietet eine weitere Möglichkeit zur Zeitreihenanalyse. Die Grundlagen wurden vom U.S. Bureau of the Census entwickelt. Es handelt es sich um ein international bekanntes und weitverbreitetes Verfahren, welches unter anderem eingesetzt wird von: der Europäischen Zentralbank, der Deutschen Bundesbank und dem Statistischen Bundesamt. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seine Analyseergebnisse teilweise mit beiden Verfahren. Ähnlich wie BV4.1 gliedert sich auch dieses Saisonbereinigungsverfahren in drei Teile. Im ersten erfolgt die Extremwert- und Kalenderbereinigung durch die Modellierung der Originalreihe mit Hilfe von Regressionsmodellen mit ARIMA-Resten (AutoRegressiv-Integrated-Moving-Average). Im Anschluss wird die Saisonbereinigung

auf Basis einer iterativen Anwendung verschiedener gleitender Durchschnitte durchgeführt. Der letzte Teil dieses Verfahrens enthält diagnostische Instrumente zur Überprüfung der Güte der Saison- und Kalenderbereinigung. X-12-ARIMA ermöglicht die Wahl zwischen einer additiven oder multiplikativen Verknüpfung der Komponenten, um auf Besonderheiten der Zeitreihe einzugehen. Außerdem können die Randwerte des Analysezeitraums mithilfe der Berechnung von Prognosewerten stabilisiert werden.

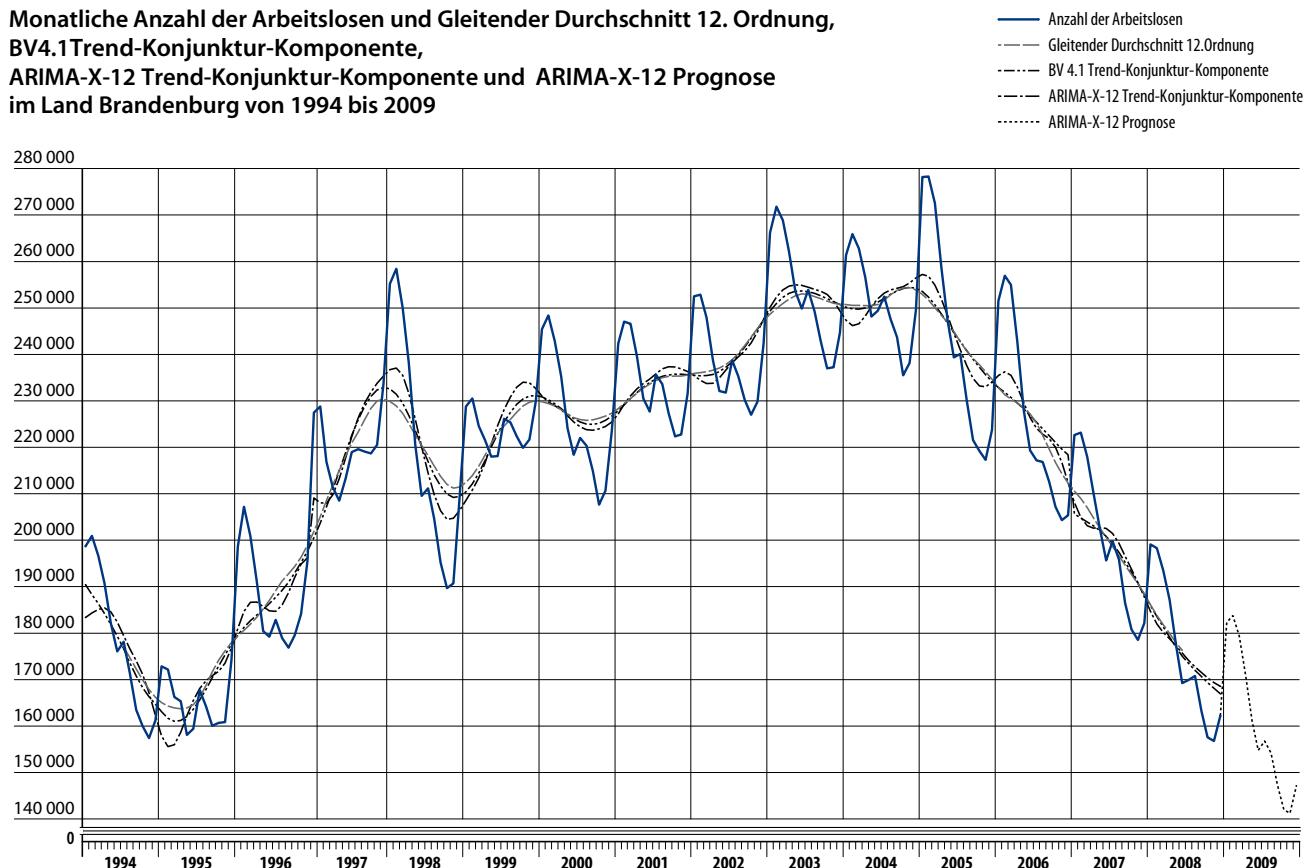
Vergleich Census X-12-ARIMA und BV4.1

Ein Vergleich der monatlichen Berliner und Brandenburger Wirtschaftsdaten vom Januar 2000 bis zum Dezember 2008 wurde mit den folgenden Werten durchgeführt:

- Anzahl der Gästeübernachtungen,
- Einfuhr und Ausfuhr in Mill. EUR,
- Preisindex (2005 \pm 100) sowie
- Inflationsrate.

Dabei zeigte sich, dass es keine großen Unterschiede zwischen beiden Verfahren bei der Trend-Konjunktur-Komponente gibt. Der lineare Korrelationskoeffizient zwischen den beiden Komponenten lag bei den auf zwei Nachkommastellen gerundeten Werten zwischen 1,00 und 0,98. Selbst wenn man die als problematisch bekannten drei Werte am Ende und Beginn der Trend-Konjunktur-Komponente betrachtet, ergeben sich – mit Ausnahme der brandenburgischen Inflationsrate (bei einem Wert von 0,89) – keine anderen Verhältnisse. Aus mathematischer Sicht sind demzufolge beide Verfahren fast gleichwertig. Bei der praktischen Anwendung ergeben sich jedoch große Unterschiede bei der sicheren

Abb. 4 **Monatliche Anzahl der Arbeitslosen und Gleitender Durchschnitt 12. Ordnung, BV4.1 Trend-Konjunktur-Komponente, ARIMA-X-12 Trend-Konjunktur-Komponente und ARIMA-X-12 Prognose im Land Brandenburg von 1994 bis 2009**



Handhabung, den technischen und personellen Voraussetzungen, den mathematischen Kenntnissen und den Fähigkeiten des Anwenders.

Fazit

Der durchgeführte Vergleich der Verfahren zur Zeitreihenanalyse liefert Vor- und Nachteile der verschiedenen Methoden. Zentrierte gleitende Durchschnitte bilden das Fundament der Trendbestimmung und können eingesetzt werden, um die Grundtendenz einer Zeitreihe zu ermitteln. Die fehlenden Werte am Rand des Datenbereichs verringern jedoch die Einsatzmöglichkeiten dieses Verfahrens zur aktuellen Konjunktureinschätzung.

BV4.1 ermöglicht eine einfache und schnelle Analyse für eine Vielzahl von Zeitreihen. So können in der amtlichen Statistik verschiedene Reihen von Beobachtungswerten auch parallel untersucht werden. Die anwenderfreundliche Benutzeroberfläche gibt verschiedene Wahlmöglichkeiten zur Nutzung von BV4.1, zum Beispiel zum Eingabeformat oder um Angaben zur Kalendereinigung festzulegen. Anwenderbestimmte Regressoren sind hier jedoch nicht notwendig, wodurch weniger subjektive Einflüsse bei der Datenanalyse entstehen. Mithilfe des Verfahrens X-12-ARIMA können Störfaktoren ausgeschaltet und aktuelle Konjunkturbeobachtungen und auch -prognosen erstellt werden. Wobei X-12-ARIMA bei der Erstellung der Analyseergebnisse wesentlich mehr anwenderspezifischen Input als BV4.1 erfordert. Einstellungen zum verwendeten ARIMA-Modell und den Filtern für die Saisonbereinigung müssen hier für jede Zeitreihe neu bestimmt und festgelegt

werden. Das Verfahren Census X-12-ARIMA benötigt für qualitativ hochwertige Ergebnisse eine gut-durchdachte Setzung einer Vielzahl von Parametern, die vom Anwender durchzuführen ist. Dadurch sind die Analyseergebnisse häufig subjektiv und damit schwer vergleichbar, während bei BV4.1 die methodische Suche nach Optimierung bereits in die Filterkonstruktion integriert ist und nicht für jede Zeitreihe wiederholt werden muss. Ein weiterer Vorteil von BV4.1 – im Vergleich zu anderen Verfahren – ist die effiziente Saisonbereinigung, die auch bei rasch veränderlichen Einflüssen eingesetzt werden kann. Durch den klaren Verfahrensaufbau – keine gegenseitige Beeinflussung der Komponenten durch eine eindeutige Trennung – und der Vermeidung freier Parameter liefert BV4.1 eindeutige und übereinstimmende Ergebnisse, die dennoch flexibel und zuverlässig sind. Weiterhin sind bei BV4.1 die Revisionen vorläufiger Analyseergebnisse wesentlich geringer als bei anderen angewandten Verfahren, da für die Analyse sukzessive Berechnungen durchgeführt werden. Die hier vorgestellten Verfahren BV4.1 und X-12-ARIMA beruhen auf unterschiedlichen mathematisch statistischen Verfahren und liefern daher unterschiedliche Ergebnisse. Besonders im Einsatz bei der Zeitreihenanalyse der Berliner und Brandenburger Wirtschaftsdaten und deren Darstellung im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist das Berliner Verfahren (BV4.1) vorzuziehen.

Frau Katrin Baumert und Herr Ming Liu absolvierten im Rahmen ihrer Ausbildung zum Diplom-Wirtschaftsmathematiker im Jahr 2009 ein Praktikum im Referat Redaktion der Veröffentlichung, Wahlstatistik.

Cornelia Schulz, Thomas Troegel

Landwirtschaftszählung 2010



Allgemeines

Landwirtschaftszählungen sind die Basis für umfassende und aktuelle Situationsaufnahmen in der Agrarwirtschaft. Diese erfolgen sowohl auf der Kreisebene als auch für die Länder und das gesamte Bundesgebiet.

Landwirtschaftszählungen werden in etwa zehnjährigen Abständen durchgeführt. Nach den Zählungen 1991 und 1999 ist dies die dritte Landwirtschaftszählung in Berlin und Brandenburg. Die Landwirtschaftszählung 2010 gehört zu dem in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführten Agrarsensus sowie zum weltweiten Agrarsensus, welcher für 2010 von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) vorgesehen wurde. Im Agrarsensus werden alle landwirtschaftlichen Betriebe in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union befragt, um vergleichbare Daten über die Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Außerdem werden Aussagen über die Wirkung zurückliegender agrarpolitischer Maßnahmen ermöglicht.

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union dienen Landwirtschaftszählungen der Betrachtung sowie der Analyse der landwirtschaftlichen Produktion und der Betriebsstrukturen. Weiterhin gewinnen Aspekte, welche die ländliche Entwicklung sowie den Umwelt- und Klimaschutz betreffen, immer mehr an Bedeutung. Die sogenannten „klassischen Ziele“, zu der beispielsweise die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit erschwinglichen und sicheren Lebensmitteln gehört, bleiben auch weiterhin im Brennpunkt der europäischen Agrarpolitik.

Die traditionelle Agrarstatistik, die auch weiterhin von zentraler Bedeutung für die Gemeinsame Agrarpolitik ist, wird Schritt für Schritt weiter konsolidiert und vereinfacht. Neue politische Anliegen, wie die Entwicklung des ländlichen Raums, die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften und die Auswirkungen auf die Umwelt, sowie die Lebensmittelsicherheit erfordern

zukünftig aktuelle Strukturstatistiken, die mit geringerer Häufigkeit erstellt werden könnten. Diese sollen jedoch dem Bedarf an detaillierten und zuweilen spezifischen geografischen Untergliederungen mit einem Abgleich beispielsweise mit räumlichen Daten über Böden, Wassereinzugsgebiete und Biodiversität entsprechen. Die Landwirtschaftszählung 2010 wird in dieser Hinsicht eine äußerst wertvolle Datenquelle darstellen, da diese auch darauf ausgerichtet ist, dem geänderten Datenbedarf auf europäischer und nationaler Ebene Rechnung zu tragen. Hierzu gehören die Entwicklung des ländlichen Raumes, Fragen zur Nachhaltigkeit sowie die weiter wachsende Bedeutung des Klimaschutzes. Aus diesem Grund wurden bestimmte Merkmale neu aufgenommen, die Informationsverbesserungen:

- zur Multifunktionalität der Landwirtschaft,
- zu den Bewirtschaftungs- und Produktionsmethoden,
- zu landwirtschaftlichen Emissionsquellen und
- zu wichtigen Agrarumweltindikatoren ermöglichen. Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht gleichzeitig auch die traditionellen Daten (zum Beispiel zur pflanzlichen und tierischen Produktion) benötigt werden.

Die Landwirtschaftszählung bewegt sich wie andere Agrarstatistiken stets im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit der Dateninformationen für politische Planungen und Entscheidungen (beispielsweise Sektormodelle im Agrarbereich), dem Datenbedarf von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sowie der entgegengesetzten Forderung des Bürokratieabbaus bei den Befragten wie auch bei den durchführenden Stellen. Eine so große Erhebung wie die Landwirtschaftszählung erleichtert das Erreichen des Ziels der Bundesregierung der Bürokratiekostensenkung für die Wirtschaft um 25 Prozent nicht. Trotzdem ist die Agrarstatistik im Großen und Ganzen auf einem kontinuierlichen Weg der Verringerung der Belastung für die Auskunftsgibenden.

Seit 1994 wurden die Agrarstatistiken teils deutlich eingeschränkt, wie

- Verringerung der Zahl der Befragten in mehreren Erhebungen insbesondere durch:
 1. Einführung oder Anhebung unterer Erfassungsgrenzen,
 2. Übergang von allgemeinen Erhebungen auf Stichprobenerhebungen.
- Streichung mehrerer Erhebungen (zum Beispiel Gartenbauerhebung, Binnenfischereierhebung),
- Straffung der Merkmale von Erhebungen,
- Verlängerung der Periodizität von Erhebungen,
- Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Nutzung von Verwaltungsdaten (Berufsgenossenschaften der Landwirtschaft und des Gartenbaus, Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVe-KoS), Daten aus dem Herkunfts- und Informationssystem für Tiere (HIT)).

Insgesamt gesehen steht die gesamte Agrarstatistik vor bedeutenden thematischen Herausforderungen. Neben der weiteren Entwicklung des Datenbedarfs in den sogenannten traditionellen Bereichen geht es um die Forcierung der neuen Themen. Zu diesen zählen vor allem:

- Landwirtschaft und Umwelt (zum Beispiel Emissionsberichterstattung zu Klimagasen, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den Agrarbetrieben,

- Bildung von Agrarumweltindikatoren),
- Politik der ländlichen Entwicklung sowie
- verbraucherpolitisch relevante Themen.

Rechtsgrundlagen

Die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaftszählung sind im Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union als Erhebung der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe [1] verankert.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Durchführung der Landwirtschaftszählung 2010 im Agrarstatistikgesetz [2] geregelt.

Mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes vom 6. März 2009 wurden gegenüber den Erhebungen der Vorjahre untere Erfassungsgrenzen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) sowie der Viehbestände deutlich angehoben, sodass eine Vielzahl von Landwirten mit wenigen Flächen und Viehhalter mit nur geringen Beständen zukünftig nicht mehr befragt werden. Damit wird der Forderung der Bundesregierung entsprochen, Statistiken auf das absolut Notwendige zu beschränken, Kosten einzusparen sowie Auskunftspflichtige dauerhaft zu entlasten, allerdings unter der Voraussetzung, dass der Informationsverlust bei den Ergebnissen so gering wie möglich zu halten ist.

Auskunftspflichtig sind ab 2010 demnach nur noch Betriebe mit mindestens 5 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (1991: 1 Hektar, 1999: 2 Hektar LF). Einheiten unter diesen Flächengrenzen werden nur dann erfasst, wenn sie eine tierische Produktion einer festgelegten Größenordnung betreiben, wie zum Beispiel 10 Rinder beziehungsweise 50 Schweine (1999: 8 Rinder und 8 Schweine) oder wenn sie bei Sonderkulturen, wie zum Beispiel Gartenbau, bestimmte Flächengrenzen überschreiten. Damit können die erhobenen Daten durch die geänderten Erfassungsgrenzen mit den Vorjahren nur eingeschränkt miteinander verglichen werden.

Allein durch die Anhebung der Erfassungsgrenzen wird sich die Zahl der Betriebe in Brandenburg zur Landwirtschaftszählung 2010 um etwa 1 000 reduzieren (2009: rund 6 800 Betriebe).

Eine weitere rechtliche Grundlage ist das Bundesstatistikgesetz [3], in dem unter anderem geregelt ist, dass Daten über Massenerscheinungen erhoben werden, die Ergebnisse für Bund, Länder und Gemeinden, Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung nutzbar sind und dass diese eine Voraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik darstellen.

Fragenkatalog

Die Landwirtschaftszählung stellt auch aufgrund von neuen Anforderungen durch die Europäische Union noch größere organisatorische und konzeptionelle Herausforderungen als ihre Vorgänger an die Statistischen Landesämter. Der anstehende Merkmalskatalog übersteigt den der Landwirtschaftszählung von 1999 deutlich. Gleichzeitig wurden die Qualitätsanforderungen durch Eurostat erhöht.

Die Landwirtschaftszählung umfasst neben der Haupterhebung auch eine einmalige Erhebung über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden

(ELPM), wobei die Haupterhebung als totale und die ELPM als Stichprobenerhebung durchgeführt werden. Die Festlegung und Abstimmung der in allen Mitgliedstaaten zu erhebenden Merkmale erfolgte durch die Europäische Kommission und Eurostat gemeinsam mit den Mitgliedstaaten.

Für folgende „EU-Merkmale“ der Haupterhebung sind alle landwirtschaftlichen Betriebe gleichermaßen auskunftspflichtig:

- Betriebssitz, Rechtsform,
- Bodennutzung sowie Viehbestände,
- ökologischer Landbau,
- Arbeitskräfte, Berufsbildung,
- Einkommenskombinationen,
- Erzeugung erneuerbarer Energien und
- Förderprogramme für ländlichen Raum.

Aus der Gesamtheit aller landwirtschaftlichen Betriebe werden mittels einer Zufallsstichprobe Stichprobenbetriebe ermittelt, die zusätzlich zu dem Merkmalskatalog der Haupterhebung auch die Fragen zur ELPM beantworten müssen. Diese umfassen:

- Bodenverarbeitungsverfahren,
- Fruchtfolge,
- Erosionsschutz,
- Landschaftselemente,
- Stallhaltungsplätze und Haltungsverfahren,
- Weidehaltung,
- Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft sowie
- Bewässerung.

Mit dem Abschnitt Bewässerung wird etwas anders verfahren als bei den anderen Merkmalen zur Erhebung über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden. Es werden alle landwirtschaftlichen Betriebe, die Freilandflächen im Jahr 2009 bewässern können, in einer Nacherhebung (3. bzw. 4. Quartal 2010) zu detaillierten Angaben hinsichtlich der Bewässerung befragt. Diese gesonderte Vorgehensweise dient auch dazu, die Belastungen für die Auskunftgebenden zu minimieren.

Des Weiteren gab es das Festlegen und Abstimmen des nationalen Datenbedarfs durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der für die Landwirtschaft zuständigen Landesministerien mit den Statistischen Ämtern. Darauf basierend werden 2010 auf nationaler Ebene folgende Merkmale in allen Landwirtschaftsbetrieben erhoben:

- Eigentums- und Pachtverhältnisse,
- Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung,
- Hofnachfolge und
- Nutzung der Zwischenfrüchte.

Nutzung von Verwaltungsdaten

Um die auskunftspflichtigen Landwirte zu entlasten, werden einzelne Teile des Fragenkataloges aus vorhandenen Verwaltungsdaten befüllt. Diese Möglichkeit besteht durch den § 97 des Agrarstatistikgesetzes seit 1998. So werden die Angaben zur Bodennutzung aus dem „Gemeinsamen Antrag auf Agrarförderung“ übernommen. Diesen Antrag auf staatliche Ausgleichs- und Prämienzahlungen können die Landwirte beim jeweiligen Landwirtschaftsamt stellen. Für die Landwirtschaftszählung 2010 sollen zusätzliche Daten über Förderprogramme für den ländlichen Raum aus den vorhandenen Verwaltungsdaten über-

Auszug aus dem Erhebungsbogen „Landwirtschaftszählung und Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden 2010 (S)“

Abschnitt 5: Bewässerung im Freiland im Kalenderjahr 2009

Hat der Betrieb die Möglichkeit, landwirtschaftlich genutzte Fläche im Freiland zu bewässern (ohne Frostschutzberegnung und ohne Bewässerung in Haus- und Nutzgärten)? 1		Code 0291	ja <input type="checkbox"/> 1 Bitte weiter mit Code 0292.
			nein <input type="checkbox"/> 2 Bitte weiter mit Abschnitt 6.

		Code	ha	a
Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Freiland	die 2009 hätte bewässert werden können 2	0292		
	die 2009 tatsächlich bewässert wurde 3	0293		

Abschnitt 6: Bodenbearbeitungsverfahren, Fruchtfolge und Erosionsschutz im Freiland **1**

Bewirtschaften Sie Ackerland?	ja <input type="checkbox"/> Bitte weiter mit Code 2001.
	nein <input type="checkbox"/> Bitte weiter mit Abschnitt 7, Seite 17.

Abschnitt 6.1: Bodenbearbeitungsverfahren in den letzten 12 Monaten
 Bitte beachten Sie: Bei mehreren Bodenbearbeitungsverfahren auf der gleichen Fläche geben Sie nur die Fläche mit dem intensivsten Verfahren an.

		Code	ha	a
Ackerland mit	konventioneller wendender Bodenbearbeitung (Pflügen)	2001		
	konservierender nicht wendender Bodenbearbeitung (z. B. durch Grubbern, Eggen)	2 2002		
	Direktsaatverfahren (ohne Bodenbearbeitung)	3 2003		

nommen werden (ELER). Die Angaben hinsichtlich der Rinderbestände werden aus den Datenbeständen des Herkunfts- und Informationssystems für Tiere (HIT) genommen.

Während die Nutzung der HIT-Daten im Rahmen der Landwirtschaftszählung bundesweit einheitlich erfolgen soll, werden die Daten zur Bodennutzung oder zur Teilnahme an Agrarförderprogrammen aus landesspezifischen Quellen befüllt.

Eine weitere Verwaltungsdatenquelle ist das Standortregister über die Freisetzung und den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen.

Die Zusammenführung dieser verschiedenen Verwaltungsquellen mit den übrigen Merkmalen der Landwirtschaftszählung sowie die aufwändige betriebsweise Zusammenführung der einzelnen Daten stellt außerordentlich hohe Ansprüche an die Ablauforganisation der Erhebung in den Statistischen Landesämtern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Einheiten in den Verwaltungsdaten sich oft von den Einheiten in der Agrarstatistik unterscheiden. Um solche Probleme lösen zu können und um den Auskunftspflichtigen bestimmte Datenangaben zu „ersparen“, werden die Registriernummern für die Agrarförderung erfasst und Umsteigerdateien zur Nutzung von Verwaltungsdaten in der Agrarstatistik aufgebaut.

Die Nutzung von Verwaltungsdaten birgt aber auch ein gewisses Risiko in sich. Bestimmte Verwaltungsdaten, die in den Ländern derzeit existieren, stehen wenigstens in gewisser Weise auch für bestimmte politische Ziele. Sind diese erreicht, kann es

vorkommen, dass derartige Daten auch schnell wieder in der sogenannten „Versenkung“ verschwinden. Perspektivisch gesehen kann heute noch niemand genau voraussagen, ob es nach dem Jahr 2013 den „Gemeinsamen Antrag“ weiterhin in der vollen Tiefe geben wird.

Datengewinnung und -aufbereitung

Um die Landwirtschaftszählung in der erforderlichen Qualität durchführen zu können, sind eine intensive Abgrenzung der Grundgesamtheit und die Ermittlung des Berichtskreises erforderlich. Auf der Basis der Feststellung der Grundgesamtheit im Jahr 2009 mit relevanten Daten (Primärerhebung und Verwaltungsdatennutzung) erfolgt eine Aktualisierung des Betriebsregisters Landwirtschaft als das zentrale Instrument zur Vorbereitung und Durchführung der Erhebungen im Jahr 2010. Gleichzeitig muss 2009 das Betriebsregister um die Geokoordinaten ergänzt werden.

Die Datengewinnung unter Verwendung eines standardisierten Fragebogens findet in Berlin durch postalische Befragung und in Brandenburg durch die beteiligten Erhebungsstellen statt.

Für die Landwirtschaftszählung ist darüber hinaus ein Internetfragebogen in der Entwicklung. Damit sind im äußersten Fall für einen Betrieb Daten aus vier oder fünf unterschiedlichen Quellen zusammenzuführen und wechselseitig abzustimmen.

Der direkte Start der Landwirtschaftszählung in Verbindung mit der Erhebung über die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden erfolgt im 1. Halbjahr

2010 in den Agrarbetrieben. Bei den forstwirtschaftlichen Betrieben erfolgt parallel eine stark verkürzte Strukturhebung (Daten zum Betriebssitz, zur Rechtsform und zur Gesamtfläche nach Hauptnutzungsarten).

Aufgrund des umfangreicheren Merkmalkataloges (zirka 10 neue Komplexe mit etwa 200 neuen Einzelmerkmalen) wird für die Durchführung der Landwirtschaftszählung 2010 sowie weiterer landwirtschaftlicher Erhebungen ein neues Aufbereitungs-, Plausibilisierungs- und Auswertungsprogramm „AGRA2010“ als zentrale Produktion entwickelt, dass das „alte“ Programm AGRA2000 ablösen soll.

Eine Eingangsdatenbank, ein Produkt aus dem Prozess zur Standardisierung von Arbeitsprozessen, wird dem Verfahren AGRA2010 vorgeschaltet. Die Eingangsdatenbank kann für alle Erhebungsdaten (Datenerfassung, Beleglesung, IDEV, Fax oder diverse Verwaltungsdaten) genutzt werden.

Veröffentlichung

Um nach Abschluss der Landwirtschaftszählung 2010 die aufbereiteten und anonymisierten Daten den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung sowie einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, werden mit AGRA2010 thematisch und nach verschiedenen regionalen Ebenen Ergebnistabellen erstellt. Diese werden dann in Pressemitteilungen und statistischen Berichten zu den Themen Bodennutzung, Viehbestände und Struktur der Landwirtschaft zusammengestellt und veröffentlicht. Die vielfältigen Anfragen zu Daten der Landwirtschaft in Berlin und Brandenburg von Ministerien, Wissenschaftlern, Verbänden oder Privatpersonen können dann auch vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit aktuellen Daten beantwortet werden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse im Forschungsdatenzentrum Kiel, als wichtigster Anlaufstelle für relevante Forschung im Bereich der Politikberatung für den Agrarsektor, einer vertieften wissenschaftlichen Analyse zugänglich gemacht.

Ziel des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg wird es sein, noch im Jahr 2010 erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung veröffentlichen zu können.

Das Statistische Bundesamt ist bestrebt, erste zentrale Daten für Deutschland auf der Grünen Woche im Januar 2011 in Berlin zu präsentieren. Voraussichtlich im Herbst 2011 wird eine Gemeinschaftsveröffentlichung des Bundes und der Länder mit Regionalergebnissen zu ausgewählten Schwerpunkten erscheinen.

Themenspezifische Fachpublikationen werden in Berlin und Brandenburg voraussichtlich ab dem 1. Quartal 2011 schrittweise angeboten.

Hinsichtlich der Veröffentlichungen und der Datennutzung durch die verschiedensten Interessenten ist zu beachten, dass die Vergleichbarkeit zu den Vorerhebungen nicht immer in vollem Umfang gewährleistet werden kann.

Unter den Gesichtspunkten Kosteneinsparung und Entlastung der Auskunftspflichtigen im Zusammenhang mit der Harmonisierung des agrarstatistischen Systems in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union kam es immer wieder zu Änderungen in der Erhebungsmethodik. Dabei wurden Erhebungsmerkmale modifiziert, gestrichen oder auch neu aufgenommen. Zudem wurde die Zahl der mit der Landwirtschaftszählung zu befragenden Betriebe durch das Anheben der unteren Erfassungsgrenzen (1999, 2010) weiter verringert.

Außerdem gibt die Landwirtschaftszählung 2010 Auskunft zu einer Reihe von neuen Fragestellungen, für die noch keine Vorerhebungswerte vorliegen, wie gerade die zu erfragenden Daten aus der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden.

Für eine Vielzahl von Merkmalen besteht durchaus weiterhin die Möglichkeit von Zeitreihenanalysen, wobei hier immer die veränderten unteren Erfassungsgrenzen zu berücksichtigen sind.

Quellennachweis

- [1] Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstruktur-erhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates (ABl. L 321 vom 1. Dezember 2008, S. 14).
- [2] Gesetz über Agrarstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1662), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 6. März 2009 (BGBl. I S. 438).
- [3] Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).

Monika Kühn, Klaus Voy

Grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Raum und Zeit. Staaten, Gebiete und die ‚Eckjahre‘ 1950, 1960 und 1991

Der Wirtschaftsraum, auf den die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Bezug nehmen, wird von einem Geflecht von Akteuren begründet, die

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) werden ‚idealtypisch‘ für Nationalstaaten und für Kalenderjahre berechnet. Die ganze Breite und Tiefe des Darstellungsprogramms gibt es nur für Volkswirtschaften (national economies) im Sinne von nationalstaatlich begrenzten binnenwirtschaftlichen Räumen, die in der Regel eine eigene Währung haben. Regionale Untergliederungen und unterjährige Nachweisungen sind nur für Teile des Darstellungsprogramms und mit eingeschränkter Sinnhaftigkeit möglich. In diesem Beitrag werden einige wirtschaftliche und rechtliche Charakteristika von Volkswirtschaften/Nationalstaaten und die Bedeutung der Grenzen dieser Räume für die Aufstellung von nationalen (und auch regionalen) VGR beschrieben. Neben dieser grundsätzlichen Bedeutung politökonomischer Abgrenzungen werden am konkreten Fall der westdeutschen und dann gesamtdeutschen VGR gezeigt, dass es im letzten Jahrhundert in Deutschland oft Grenzveränderungen, politische Teilungen und Vereinigungen gegeben hat, die besondere Herausforderungen für die VGR darstellten. Dieser Beitrag ist in Band 4 der „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ veröffentlicht, der unter dem Titel „Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach 1945“ 2009 (Metropolis Verlag Berlin) erschien.

wirtschaftlich in Beziehungen treten, die zwar ‚grenzenlos‘ sein könnten, aber auch im Zeitalter der „Globalisierung“ sich in der Regel in nationalen rechtlich determinierten und damit abgegrenzten Räumen darstellen, weil Recht und Geld nationale Konstrukte sind und bleiben.

„Die politisch geschaffenen beziehungsweise garantierten einzel- und gesamtwirtschaftlich wirksamen rechtlichen Institutionen (...) spannen einen Wirtschaftsraum auf, der in der Regel das Territorium des modernen Staates umfasst.“ (Voy 1996, S. 51)

Bedingt durch die Staaten und ihre Grenzen, existieren National- oder Volkswirtschaften, für welche in wirtschaftlicher Hinsicht Inland und Ausland voneinander unterschieden werden.

In der mittel- und längerfristigen zeitlichen Darstellung gesamtwirtschaftlicher Größen ist die Bestimmung von Ausgangspunkten – Ausgangsjahre, Basisjahre, Eckjahre – von großer Bedeutung für den Nachweis der historischen Entwicklung und die vergleichende Analyse, so für die Historie der deutschen Wirtschaft nach Gebietsständen, den Vergleich verschiedener historischer Zeiträume (zum Beispiel Nach- und Vorkriegszeitraum) und als Basis für Entwicklungsreihen. Da Jahreswerte im Zentrum der historischen Darstellung in Form von Zeitreihen stehen, die Umbruch- und Übergangsprozesse sich aber zeitlich länger andauernd und in räumlicher sowie inhaltlicher Hinsicht komplex gestalteten, wurden die Übergangsprozesse für statisti-

sche Zwecke zuletzt meist auf die Darstellung von Eckjahren gebündelt.

Der Wirtschaftsraum als nationale Gesamtwirtschaft ist charakterisiert als Rechtsraum und durch an besondere Währungen gebundene Geld- und Kreditsysteme¹, die auf der Makroebene wesentlich den Einkommenskreislauf bestimmen. Dadurch sind die Gesamtgrößen einer Geldwirtschaft von vorneherein konstituierend und regulierend gegeben. Eine nationale Gesamtwirtschaft ist keine einfache Summe einzelner Einheiten, sondern ist immer auch komplex verwobene Gesamtheit, System von Mikro- und Makrostrukturen. Den wirtschaftlichen Gesamtgrößen kommt eine reale Existenz und besondere Bedeutung zu, auch wenn die Grundlage der Betrachtung individuell oder einzelwirtschaftlich bezogen auf die Existenz einzelner Individuen beziehungsweise Haushalte, Wirtschaftseinheiten und anderer Institutionen bleibt, denn die Gesamtgrößen sind nur im System, im Kontext der Gesamtheit der einzelnen Einheiten existent; nur als ‚Struktur‘, welche diese bilden und die doch umgekehrt ihr einzelnes Handeln entscheidend mit bestimmt.

Territorial- und Nationalstaaten haben einerseits ganz materiell-örtliche Grundlagen, sind aber andererseits im Hinblick auf die VGR wesentlich auch charakterisiert als Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaften. Produktion als Erwerbstätigkeit hat notwendigerweise einen Ort und findet in der Zeit statt. Das gilt selbstverständlich auch für Tätigkeiten, die in einer Dienstleistung, aber auch für solche, die in einem immateriellen Produkt resultieren. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Erwerbstätigen und damit das jeweilige Produkt ist notwendigerweise raum- und ortsbezogen, aber die Produkte und weitere damit verbundene Transaktionen müssen nicht mehr nur an einzelnen Orten beziehungsweise Märkten existieren oder stattfinden, sondern können sich im Falle ‚immaterieller Vorgänge‘ auf mehrere Orte in dem Sinne beziehen, dass ihr tatsächlicher konkreter Ort in mancher wirtschaftlicher Hinsicht nachrangig, sekundär ist. Eine derartige ‚Entgegenständlichung‘ gilt besonders für Institutionen, die überwiegend finanzielle Transaktionen ausführen – wie Versicherungen, Banken, Staatshaushalte –, die zwar Arbeits-

¹ Die Europäische Union beziehungsweise die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sind komplexer strukturierte Gebilde, die den Übergang zu einer neuen Einheit darstellen oder sich wieder auflösen werden.

orte haben, deren Wirtschaftseinheiten es aber wesentlich auch mit rein finanziellen Transaktionen zu tun haben, daher nicht örtlich gebunden, sondern durch die Zugehörigkeit zu einem Rechts- und Wirtschaftsraum definiert sind, der politisch und rechtlich begrenzt ist. Es bleibt aber notwendigerweise wegen der Bindung der Produktion an die Erwerbstätigkeit dabei, dass Produktion beziehungsweise Aufkommen und Verwendung von Waren und Dienstleistungen als physisch-realwirtschaftliche Vorgänge ortsbezogen sind, wohingegen institutionell-rechtliche Transaktionen und Gegebenheiten staatlichen Wirtschaftsräumen zugeordnet werden – oder auch nicht².

Basiskonzepte, regulative Grenzen und Berechnungsmethoden der VGR

In den VGR gibt es ein eigentümliches Spannungsverhältnis zwischen den theoretisch-konzeptionellen Grundlagen einerseits und den praktischen Berechnungsmethoden andererseits, das im Zusammenhang mit der Art und Weise steht, wie Raum und Grenzen in den VGR als grundlegende Kategorien enthalten sind.

In der Theorie wird Bezug genommen auf den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf, konzeptionelle Grundlagen sind Volkseinkommen und Inlandsprodukt als die zentralen *gesamtwirtschaftlichen Größen*. Die grundlegenden Dokumente und Methodenbeschreibungen der VGR beschäftigen sich zwar auch mit diesen Aggregaten, Gesamtgrößen und Salden. Sie tun dies aber erst nach den Festlegungen über genau definierte Abgrenzungen und Bewertungen, die sich auf die Transaktionen *einzelner Wirtschaftseinheiten* beziehen. Die Aggregate ergeben sich dann nach einfachen Rechenregeln, wenn die Einzelgrößen klar sind.

Die praktischen Berechnungen – die nichts als bloßer Nachvollzug der einzelwirtschaftlich fundierten Konzepte wären, wenn es die entsprechenden Daten gäbe – stützen sich weithin auf statistisch erfasste Teilsummen von Gesamtgrößen, überhaupt oft nicht auf Einzeldaten, sondern auf Aggregatdaten, die aus ‚Sekundärstatistiken‘ stammen: Sie sind nicht bei den einzelnen Wirtschaftseinheiten erhoben worden, sondern fallen im Verwaltungsvollzug und in der Geschäftstätigkeit von Organisationen an (zum Beispiel Außenhandel, Steuerstatistiken, öffentliche Haushalte und viele andere mehr). Diese Datensammlungen existieren nur, weil es *administrative und regulative Grenzen* gibt. Ohne die Grenzen gäbe es nicht nur keine sekundären Daten, sondern andere wirtschaftliche Realitäten, die auch die Erhebung primärer Daten selbst unmöglich machen können. Nicht nur konzeptionell, sondern auch in der praktischen Berechnung besteht ein enger Zusammenhang zwischen den VGR und den politökonomischen Regulierungen, welche den nationalen Rechts- und Wirtschaftsraum konstituieren.

Innerhalb der Grenzen der nationalstaatlichen Gesamtwirtschaften gibt es Binnenmärkte und materielle, soziale und politische Infrastrukturen, die für die Gesamtwirtschaft funktionieren, auch wenn sie regional mehr oder minder stark konzentriert sind: politisch-administrative Zentren, Verkehrszentren, Unternehmenszentralen, Bankenmetropolen und viele andere mehr, welche Teile einer integrierten Gesamtwirtschaft bilden, also von einzelnen Orten oder Regionen für die Gesamtheit tätig sind. Im Hinblick auf die Produktion ist der Ort entscheidend, an welchem die Erwerbstätigkeit stattfindet. Wenn die Produktion für örtliche Einheiten erfasst wird, ist die ‚Regionalisierung‘ möglich. Wenn statt Betrieben überregional tätige rechtliche Einheiten (Unternehmen) zugrunde gelegt werden, ist eine regionale Zuordnung höchstens hilfsweise geschätzt möglich. Derartige infrastrukturelle Gegebenheiten sind ‚idealtypisch‘ ein sich nur wenig verändernder Untergrund der wirtschaftlichen Tätigkeiten. Im Falle von Gebietsstandsänderungen jeder Art oder der Betrachtung von Teilen integrierter Gesamträume ergeben sich komplexe konzeptionelle Fragen ihrer regionalen Zuordnung.

Bestimmung von Zeiträumen

Die eingangs dieses Beitrags dargelegten Konstitutionsbedingungen der VGR in räumlicher und zeitlicher Hinsicht sind in Deutschland (Mitteleuropa) im vergangenen Jahrhundert und auch noch nach 1945 immer wieder missachtet worden, denn es wurde

- 1918 das Kaiserreich zur Weimarer Republik verkleinert,
- ab 1938 das Deutsche Reich schrittweise vergrößert
- und 1945 auf die vier Besatzungszonen und vier Berliner Sektoren reduziert,
- 1949 BRD und DDR gegründet und mit der Frage des Status der vier Zonen beziehungsweise der beiden Teile von Berlin konfrontiert,
- 1957/1958 das Saarland integriert,
- 1989/1990/1991 die wirtschaftliche und politisch-rechtliche Vereinigung zwar rasch, aber doch in einem Prozess vollzogen, der sich über mehr als zwei Jahre erstreckte und in dem wichtige institutionelle Umstellungen mitten im Kalenderjahr (1990) stattfanden.

Die meisten dieser historischen Umbrüche und schrittweisen Wandlungen nahmen wenig Rücksicht auf Jahreszeiträume und die statistisch sinnvolle Übereinstimmung von wirtschaftlichen und politischen Räumen, sodass die Statistik nur die Übergangsprozesse abbilden und nachträglich (in den VGR) in das Schema von vergleichbaren Gebieten und Jahren bringen konnte. Möglich war dies durch die Konstruktion von ‚Eckjahren‘, in welchen Raum und Zeit statistisch synchronisiert und umgeschaltet werden.

Vom Reich zu den Besatzungszonen (Grünig 1947)

Der erste Versuch der Berechnung von Sozialprodukt und Volkseinkommen nach dem Zweiten Weltkrieg im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hatte es mit gravierenden Veränderungen oder besser radikalen Umbrüchen zu tun.

2 Wenn – wie aktuell bei Zweckgesellschaften und ‚Steuerparadiesen‘ – mittels rechtlicher Konstruktionen von wirtschaftlich adäquaten Zuordnungen abgewichen wird, können die VGR-Konzepte und die Sta-

tistiken kaum mehr tun, als diese Konstrukte abzubilden. Daher die pragmatischen Festlegungen des SNA im Hinblick auf international tätige Unternehmen.

„Gebietsveränderungen, Krieg und Zusammenbruch haben die kontinuierliche statistische Berichterstattung unterbrochen. Die Bemühungen der letzten Jahre, einen über ganz Deutschland sich erstreckenden einheitlichen statistischen Dienst wieder aufzubauen, sind bis heute in den ersten Anfängen stecken geblieben.“ (Grünig 1947, S. 49)

Grünig hat alle vorhandenen Daten ausgewertet und konnte „den Anschluß an die Berichterstattung der Vorkriegszeit her(...)stellen.“ (Grünig 1947, S. 49) „Die beigefügten Schaubilder zeigen in der Hauptdarstellung die Entwicklung seit 1929 in Jahresmitteln. Die Daten beziehen sich für die Vorkriegs- und Kriegszeit auf Deutschland in den Grenzen von 1937, ab 1945 auf die vier Besatzungszonen und Berlin; das Saargebiet ist in den Daten erst ab 1935 enthalten. Geschätzte Entwicklungen, die nur mit allen Vorbehalten wiedergegeben werden, sind in der üblichen Weise – durch Strichelung – gekennzeichnet. Der Anschluss der Ergebnisse für 1946, die nur das Gebiet westlich Oder/Neiße umfassen, an die letztbekannten Daten für das sogenannte Altreich erfolgte grundsätzlich durch dünne gerissene Verbindungslinien, die selbstverständlich über die Entwicklung innerhalb der übersprungenen Jahre keinen Aufschluß geben können.“

Die Nebendarstellungen beziehen sich auf die Gebiete östlich Oder/Neiße, auf die vier Besatzungszonen und auf Berlin. Dabei wurde jeweils nur der Stand von 1946 mit dem von 1936 verglichen, da dieses Jahr als letztes normales Vorkriegsjahr bei allen Erörterungen über die künftige deutsche Wirtschaft eine besonders wichtige Rolle spielt. Auch hier soll die Verbindung der Vergleichspunkte nichts über den genaueren Verlauf der Entwicklung zwischen 1936 und 1946 aussagen. Die allgemeine Tendenz dieser Entwicklung geht vielmehr aus der Hauptdarstellung hervor.“ (Grünig 1947, S. 49)

Die von Grünig aufgeführten Probleme beziehen sich auf die Verschlechterung der Datenbasis von Sozialprodukt und Volkseinkommen durch Krieg und Nachkriegszeit generell. In seinem ‚pragmatischen Ansatz‘, der Raum und Zeit über 10 Jahre verbindet, in denen gravierende Veränderungen stattfanden, bleibt insbesondere der qualitative Unterschied von Nationalem und Regionalem unberücksichtigt.

Zeit der Besatzungszonen in Deutschland und Berlin

Auch die 1949 vorgelegten ersten Darstellungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, des späteren Statistischen Bundesamtes, (Schörry 1949/50) waren Fortschreibungen von Vorkriegsdaten (wie Grünig). Aber sie repräsentieren ein wesentlich differenziertes Problembewusstsein in Bezug auf nationale und regionale VGR-Darstellungen – in diesem Fall bezogen auf die damaligen Besatzungszonen. Die nachfolgend diskutierten Methoden I–III³ unterscheiden sich wie folgt:

„Bei dem Versuch, das für das gesamte Reich berechnete Volkseinkommen und Sozialprodukt auf das Gebiet der heutigen Besatzungszonen umzurechnen, spielt das Problem der ‚räumlichen‘ Abgrenzung eine besondere Rolle. Die Methode II ist gewissermaßen ‚von Hause aus‘ räumlich richtig abgegrenzt. Die Einkommen, die aus dem Ausland stammen, sind beim Empfänger gezahlt; die Einkommen, die ins Ausland fließen, sind nicht er-

faßt, weil im Inland kein Empfänger dafür vorhanden ist. Bei der Methode I wird die räumliche Abgrenzung nachträglich dadurch vorgenommen, daß der Wertschöpfungsanteil des Auslandes eingesetzt wird, das heißt die ins Ausland gezahlten Löhne, Zinsen und Gewinne werden gegen die aus dem Ausland fließenden Löhne, Zinsen und Gewinne aufgerechnet und der Saldo in die Rechnung eingesetzt.“

Bei der Umrechnung des Volkseinkommens und Sozialprodukts auf die heutigen Besatzungszonen könnte man die Zonen als geschlossene Wirtschaftsgebiete ansehen und sie räumlich nicht nur gegen das Ausland, sondern auch gegen das ‚Zonenausland‘ abgrenzen. Praktisch würde das bedeuten, dass man die Umrechnungsergebnisse der Methode II, die ja nach dem Wohnsitz des Einkommensempfängers gegliedert ist, als räumlich richtig abgegrenzt ansehen würde, und die Differenz zwischen den Ergebnissen der Methode II und der Methode I als ‚Wertschöpfungsanteil der fremden Zonen‘ von den Ergebnissen der Methode I absetzen oder ihnen zusetzen müsste.

Dieses Verfahren ist jedoch problematisch, weil die heutigen Besatzungszonen 1936 eben keine geschlossenen Wirtschaftsgebiete waren. Es würde zum Beispiel dazu führen, dass man das Kapital der Reichsbahn, der Reichspost, der Großbanken usw. von der Bizone aus gesehen nur deshalb als ‚Auslandskapital‘ ansehen müsste, weil die Überschüsse dieser Unternehmungen in Berlin abgerechnet und versteuert und bei der Methode II in Berlin gezählt wurden. Die im Vereinigten Wirtschaftsgebiet entstandenen Überschüsse der angeführten Unternehmungen müsste man somit als Anteil Berlins an der Wertschöpfung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes betrachten. Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hat deshalb von dieser Rechnung abgesehen und gibt in der folgenden Übersicht die Berechnung des Volkseinkommens und Sozialprodukts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, für die französisch besetzte Zone und für Berlin

nach Methode I

als Volkseinkommen und Sozialprodukt, das in den Zonen erzeugt wurde;

nach Methode II

als Volkseinkommen und Sozialprodukt, das den in den Zonen ansässigen natürlichen und juristischen Personen zugeflossen ist;

nach Methode III

als Volkseinkommen und Sozialprodukt, das in den Zonen verbraucht oder investiert wurde.

Die Ergebnisse der Methode II unterscheiden sich deshalb in ihrer Höhe von den Ergebnissen der beiden anderen Methoden. Eine Umrechnung der Ergebnisse für Berlin auf die Sektoren wäre für die ERP-Planung erwünscht. Es fehlen dafür aber alle Unterlagen. Auch wäre die Umrechnung aus den oben dargelegten Gründen noch problematischer als die Umrechnung auf die Besatzungszonen. Man wird sich deshalb für diese Fragen mit rohen Schätzungen begnügen müssen.

Die weite Aufgliederung der Methode I ermöglicht es, bei der Umrechnung auf die Zonen für jeden wirtschaftlichen Bereich einen besonderen Schlüssel für

³ Vgl. dazu auch den Beitrag von Hauf, Voy in diesem Band.

die Berechnung des Anteils der Zone anzuwenden (Einheitswert, Nettoproduktionswert, Umsatz usw.), und so zu einer fundierten Schätzung des Anteils der Zonen am deutschen Volkseinkommen und Sozialprodukt zu kommen.“ (Schörry 1949/50, S. 96-97)

Der formale Aufbau der Darstellung impliziert, dass alle drei Methoden für zonale beziehungsweise regionale Darstellungen angewendet werden können. Dies ist jedoch in materiell fachlicher Hinsicht nicht der Fall. Die Ausführungen lassen durchaus ein tiefes Verständnis der nationalen VGR in ihrem grundlegenden Unterschied zu regionalen Teilrechnungen erkennen; aber es gab keine Alternative dazu, die Vorkriegsdaten auf die Zonen aufzuteilen.

Die direkten Ergebnisse für die Nachkriegszeit bezogen sich in zeitlicher Hinsicht zunächst – in der Berichterstattung für OECD und ERP – auf das 2. Halbjahr 1948 (nach der Währungsumstellung) und dann auf die Jahre 1949, 1950 und so weiter.

Mit der Neuberechnung 1957 (Bartels, Raabe, Schörry 1957) wurde auf den Nachweis ab 1950 übergegangen. Dieses Jahr war nunmehr das Eckjahr, für das erstmals nach dem Krieg aus der Volks- und Arbeitsstättenzählung und vielen anderen Statistiken hinreichend Daten zur Verfügung standen. Die komplexe, dezentrale und sich über die Jahre 1948 bis 1950 erstreckende Entstehung des politischen Gebildes Bundesrepublik und des Währungsraumes der DM wurde in den VGR zuletzt auf das Anfangsjahr 1950 verdichtet. Das macht den Überblick über längere Fristen in Zeitreihenform einfacher, bedeutet aber einen beträchtlichen Informationsverlust im Hinblick auf die polit-ökonomischen Transformationsprozesse. Ob allerdings die standardisierten Konzepte und Methoden der VGR überhaupt geeignet sind, systemische Transformationsprozesse dieser Art abzubilden – diese Frage kann und soll hier nicht beantwortet werden.

1960 – Integration des Saarlandes, besonderer Status von Berlin-West (Eigenberechnung für Berlin)

In den VGR wird mit Berichtsjahr 1960 der Einbezug des Saarlandes und von Berlin (West) vollzogen, obwohl Berlin bereits seit Langem zum Währungsgebiet der DM gehörte und binnenmarktliche Beziehungen existierten; das Saarland ist allerdings erst ab 1957 schrittweise integriert worden.

„Am 1. Januar 1957 wird das Saarland staatsrechtlich in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert. Mit dem Inkrafttreten des zwischen Frankreich und der Bundesrepublik abgeschlossenen Vertrages zur Regelung der Saarfrage (Saarvertrag) erstreckt sich der Anwendungsbereich des Grundgesetzes jetzt auch auf das Saarland. Für eine auf höchstens drei Jahre befristete Übergangszeit behält das Saarland allerdings noch einen Sonderstatus in Anlehnung an den französischen Rechts- und Wirtschaftsraum; vor allem gehört es vorläufig weiterhin zum französischen Währungs- und Zollbereich. Eine gewisse Sonderstellung nimmt das Saarland auch zunächst auf einigen weiteren rechtlichen und wirtschaftlichen Gebieten ein.“ (Raapke, Grallert 1956, S. 615)

„Mit der ab 6. Juli 1959 vollzogenen wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes ist dieses Gebiet ein voll-

ständig integrierter Teil der Volkswirtschaft der Bundesrepublik geworden, selbst wenn – insbesondere für den Warenaustausch mit Frankreich – auch in Zukunft noch gewisse Sonderregelungen für diesen Teil des deutschen Wirtschaftsgebietes gelten. Mit dem Tage der Eingliederung hat die gesamte deutsche Rechtsordnung auch für das Saarland Gültigkeit erlangt. Für die Bundesstatistik, deren Aufgabengebiet durch Gesetze und Rechtsverordnungen geregelt ist, bedeutet dies, daß nunmehr alle rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, um die Bundesstatistik in sachlicher und methodischer Hinsicht uneingeschränkt auch im Saarland durchzuführen.“ (Fürst 1959, S. 343)

Das Amt machte zu diesem Anlass einige grundlegende Ausführungen über die verschiedenen Varianten der Darstellung dieser Veränderung des Gebietsstandes, die noch heute lesenswert sind.

„Die wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes bedeutet eine Vergrößerung des Gebietes der bisherigen bundesdeutschen Volkswirtschaft, die – wie jede Veränderung des Gebietes einer Volkswirtschaft – einige grundsätzliche Probleme für die wirtschaftsstatistischen Nachweisungen aufwirft. Das Hauptproblem ist, ob in Zukunft die wirtschaftsstatistischen Daten für den jeweiligen Gebietsstand – also das ‚neue‘ (vergrößerte) Gebiet mit dem ‚alten‘ (kleineren) Gebiet – verglichen werden sollen und ob darüber hinaus der Vergleich für einen gleichen Gebietsstand angestrebt werden soll. Der deutschen Volkswirtschaft sind im Zuge der Ereignisse des letzten halben Jahrhunderts Veränderungen des Gebietsstandes nicht erspart geblieben. Auf die Dauer gesehen haben diese Vorgänge das Wirtschaftsgebiet verkleinert. Bei solchen Gebietsveränderungen ist ein Vergleich der Leistungskraft der Volkswirtschaften nach ihrem jeweiligen Gebietsstand eine wichtige statistische Aussage. Aus Gründen, die mit der Teilung der verbliebenen deutschen Gebiete nach dem 2. Weltkrieg zusammenhängen, konnte dieser Grundsatz in der Nachkriegszeit nicht angewendet werden. So wurde stets von der Auffassung ausgegangen, daß erst ein wiedervereinigtes Deutschland mit dem Reichsgebiet von 1937 verglichen werden darf, weil die Volkswirtschaft der jetzigen Bundesrepublik nicht allein die Nachfolgerin der reichsdeutschen Volkswirtschaft ist. Alle Vergleiche der Nachkriegszeit wurden daher auf einen Vergleich mit den Produktionsgrundlagen und den – vielfach nur konstruierten – Produktions-, Einkommens-, Verbrauchs- und Finanzierungsvorgängen abgestellt, die vor dem Kriege auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik vorhanden waren oder vor sich gegangen sind. Hierbei sind also stets nur geographisch gleiche Gebiete miteinander verglichen worden, wobei für die Vorkriegszeit für dieses Gebiet eine ‚Volkswirtschaft‘ unterstellt wurde, die es in Wirklichkeit nicht gab.“

Mit der Eingliederung des Saarlandes in das bisherige Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik kann jedoch dieses durch die Teilung Deutschlands bedingte Verfahren verlassen werden. Der Vergleich der wirtschaftsstatistischen Daten für das neue größere Wirtschaftsgebiet (...) mit dem bisherigen, kleineren Wirtschaftsgebiet hat durchaus einen Sinn, da bei den statistischen Nachweisungen dafür Sorge getragen werden muss, dass die Vergrößerung der deutschen Wirtschaftskraft im Zeitpunkt der Eingliederung sichtbar gemacht wird.“ (Fürst 1959, S. 343)

Letztlich hat sich das Amt aber dagegen entschieden, den direkten Vergleich des erweiterten mit dem vorherigen Gebiet im Übergang darzustellen, sondern die Verkettung durch das doppelt dargestellte Jahr 1960 gewählt – mit beziehungsweise ohne Einbeziehung des Saarlandes und Berlins.

„Aus sachlichen und statistischen-technischen Gründen wurde vom Jahre 1960 ab, in dem sich durch das Saarland ohnehin der Gebietsstand verändert hat, auch Berlin (West) in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einbezogen. Die Tabellen enthalten für die Jahre 1950 bis 1960 Zahlen für das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), für die Jahre 1960 bis 1962 Zahlen für das Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West). Durch die doppelten Angaben für 1960 werden die Auswirkungen der Gebietsänderungen auf die Ergebnisse der Sozialproduktberechnungen erkennbar. Aus Platzgründen sollen in Zukunft in dieser Zeitschrift nur noch die Reihen ab 1960 für den größeren Gebietsstand veröffentlicht werden.“ (Bartels, Hamer, Hanisch u. Mitarbeiter 1963, S. 575)

Damit stand die zeitliche und räumliche Abgrenzung der westdeutschen VGR für längere Zeit fest – bis 1990/1991. Es wurden Angaben für das Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland für die Jahre 1950 bis 1960 und Angaben für das Bundesgebiet einschließlich der beiden Gebiete für 1960 und die folgenden Jahre erstellt. Wiederum gab es – wie für die Gründungszeit der Bundesrepublik – die Entscheidung der statistischen Verdichtung der mittelfristigen Prozesse auf ein Eckjahr, nämlich 1960.

Exkurs zur Eigenrechnung Berlin (West)

Die Berechnung vergleichbarer Ergebnisse für das Saarland und Berlin (West) im Zuge der Einbeziehung in die Ergebnisse für das Bundesgebiet mit dem Jahr 1960 gestaltete sich schwierig, da komplette Einzelnachweise der VGR sowohl für das Saarland als auch für Berlin (West) nicht existierten. Deshalb blieb die Nachweisung auch nur auf die wichtigsten Sozialproduktgrößen beschränkt.

„Insbesondere die Schätzungen für das Saarland sind wegen zum Teil fehlender statistischer Unterlagen relativ unsicher. Außerdem wirken sich hier die erforderlichen Auf- und Abrundungen der Zahlen verhältnismäßig stark aus. Auch für Berlin ergaben sich bei einigen Größen erhebliche Schwierigkeiten, vor allem in der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens und bei der Darstellung des Einkommens der privaten Haushalte und seiner Verwendung.“ (Bartels, Hamer, Hanisch u. Mitarbeiter 1963, S. 578)

Diese Schwierigkeiten der VGR für Berlin (West) stehen im Zusammenhang damit, dass bisher ein einheitlicher, kompletter Nachweis fehlte. Für Berlin (West) wurden zuvor VGR-Ergebnisse vom Statistischen Landesamt Berlin, beschränkt auf Sozialproduktzahlen, veröffentlicht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) steuerte dagegen den Staatssektor und Teile der Verteilungsrechnung bei. Des Weiteren konnten aufgrund einer gesonderten Untersuchung des Statistischen Landesamtes Berlin zum Warenverkehr von Berlin (West) mit dem Bundesgebiet und dem Ausland die VGR für das Bundesgebiet, insbesondere die Berechnung des Außenbeitrags, fundiert werden. Wegen dieser vielseitigen

Berechnungswege und Abhängigkeiten gründete sich die Einbeziehung von Berlin (West) in das Bundesgebiet im Zuge der Neuberechnung der VGR des Jahres 1960 mit dem Doppelnachweis des Gebietsstandes auf weitgehende Abstimmungen zwischen Statistischem Bundesamt, Deutscher Bundesbank, Statistischem Landesamt Berlin und DIW.

Die VGR für Berlin stand immer im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen Verhältnisse. In den fünfziger Jahren hat das DIW die VGR in der Bundesrepublik Deutschland für die verschiedenen politischen Gebiete und Zonen etabliert und auch für Berlin forciert. Nach F. Kürbs (Statistisches Landesamt Berlin) zeichnen sich vier Phasen dieser frühen Entwicklung der VGR für Berlin ab (Kürbs 1954, S. 35).

In einer ersten Phase veröffentlichte das DIW 1950 *„einige erste Schätzungen über die Größe des Sozialprodukts in den verschiedenen Zonen Deutschlands und in Berlin für die Jahre 1946 bis 1949“* (Grünig 1950a, S. 98)

Eine erste ausführliche Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in West-Berlin (Grünig 1950b, S. 106ff.) von Mitte 1948 bis Mitte 1950 wurde für Maßnahmen zum längerfristigen Wiederaufbau der Wirtschaft in Berlin (West) herangezogen.

In einer zweiten Phase widmete sich das DIW in einer umfassenden Darstellung der West-Berliner Wirtschaft in den Jahren 1949 bis 1951 (Grünig, Krenzel, 1952) hauptsächlich den Wachstumsproblemen. In erster Linie wurde infolge der hohen Abhängigkeit der West-Berliner Wirtschaft von westlichen Absatzmärkten die Notwendigkeit staatlicher Förderung deutlich, um der Sondersituation der Stadt zu entsprechen.

In der dritten Phase erlangen die VGR ein Niveau, angepasst an internationale Standards (Standard-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der OEEC 1952), auf dem der Wirtschaftsablauf in seiner Gesamtverflechtung beobachtet werden kann (Krenzel 1953). Auf dieser Grundlage standen Ergebnisse für den Zeitraum 1949 bis 1952/53 für Vergleichszwecke der Wirtschaftsentwicklung von West-Berlin mit Westdeutschland und anderen Gebieten zur Vorkriegszeit zur Verfügung.

Die vierte Phase der VGR für Berlin trägt der zunehmenden Konsolidierung der amtlichen Statistik in Deutschland Rechnung und begründet den Übergang der VGR für Berlin vom DIW zum Statistischen Landesamt Berlin in einem Übergangsprozess, beginnend im Jahr 1955.

„Für Berlin ergab sich das Bedürfnis nach einer Arbeitsteilung zwischen dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Statistischen Landesamt Berlin. Ersteres wird die laufenden Berechnungen einstellen, wenn das Statistische Landesamt seine eigenen Berechnungen vorlegen kann.“ *„Das Statistische Landesamt Berlin, das die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgrund amtlichen Materials fortsetzen soll, (...) wird sich bemühen, in einer vierten Entwicklungsphase das (...) hohe Niveau zu halten und gleichzeitig die Berechnungen noch mehr als bisher auf feste statistische Unterlagen zu stellen.“* (Kürbs 1954)

Erstmals wurden amtlich berechnete jährliche und vierteljährliche Sozialproduktzahlen für die

Jahre 1950 bis 1954 durch das Statistische Landesamt Berlin im Jahr 1955 veröffentlicht (Kürbs 1955, S. 90ff.). Die besonderen Verhältnisse der Berechnung der VGR für Berlin (West) waren nicht einfacher geworden. Zu den methodischen Anpassungen an die Berechnungen des DIW kamen noch Abstimmungen mit dem 1953 gegründeten Arbeitskreis „Sozialproduktsberechnungen der Bundesländer“ – der spätere Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – hinzu, welche die Sicherung einer einheitlichen regionalen VGR für alle Bundesländer in Deutschland, abgestimmt auf die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für Westdeutschland, zum Ziel hatten. Die weitgehenden Anpassungen der Berechnungen des Statistischen Landesamtes Berlin mit dem DIW, dem Arbeitskreis und dem Statistischen Bundesamt bewirkten, dass die Ergebnisse für Berlin (West) *„mit denen des Bundesgebietes vergleichbar sind, wenn sie auch nicht Teil der Bundeszahlen, vielmehr Ergänzungen dazu sind und zum Teil nach anderen Methoden ermittelt werden.“* (Kürbs 1955, S. 92)

Ermöglicht wurde die Berliner Eigenberechnung durch die besondere Situation von Berlin (West) als in wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Hinsicht zur Bundesrepublik zu zählendes Bundesland, aber besser beobachtbar als andere Regionen durch die Insellage und seine kontrollierten Grenzen. Berlin (West) war eine relativ isolierte Region ohne Verflechtung zum Umland, deren Entwicklung besonderer staatlicher Steuerung und Förderung bedurfte. Dem staatlichen Interesse am Werdegang dieser Stadt sind auch zahlreiche statistische Informationsquellen zu verdanken. Damit boten sich mit der Berliner Eigenberechnung deutlich bessere Chancen für detaillierte, zeitnahe originär erstellte vierteljährliche und jährliche VGR als in den regionalen VGR des Arbeitskreises, die mangels länderspezifischer Informationen in Umfang und Tiefe nicht an die auf nationaler Ebene vom Statistischen Bundesamt erstellten Konten und Standardtabellen heranreichen konnten.

Die VGR für Berlin (West) wurden durch das Statistische Landesamt Berlin in den sechziger bis achtziger Jahren unter der Bezeichnung „Berliner Eigenrechnung“ in Abgrenzung von der Entwicklung einer auf einheitlichen statistischen Ausgangsdaten und Verfahren beruhenden und auf Bundesergebnisse abgestimmten VGR für Bundesländer durch den Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fortgeführt. Das bedeutete für die VGR für Berlin (West) einen schwierigen Parcours, denn einerseits verhinderte der besondere politische Status von Berlin (West) mit seinen spezifischen Verhältnissen die Anwendung der Methoden einer einheitlichen Länderrechnung und verlangte nach einer Sonderrechnung/ „Eigenberechnung“, aber andererseits erforderte die Vergleichbarkeit mit anderen regionalen und Bundesergebnissen die Anpassung der VGR für Berlin (West) an die einheitliche Länderrechnung des Arbeitskreises.

Exkurs über die VGR für die Bundesländer

Die regionalen VGR haben seit den Anfängen in den fünfziger Jahren durch den Arbeitskreis „Sozialproduktsberechnungen der Länder“ bis zum heutigen

Spektrum der Berechnungen, Methoden und Verfahren des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ eine große Entwicklung zurückgelegt (Schuh 1994). In den Anfangsjahren konzentrierten sich die Arbeiten im Arbeitskreis „Sozialproduktsberechnungen der Länder“ zunächst auf die Entstehungsrechnung des Sozialprodukts, bald folgte die Erweiterung der Berechnungen um die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit, die Berechnung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die Durchführung kurzfristiger Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts und die Berechnung des Volkseinkommens. Im Jahr 1957 konnten die ersten Ergebnisse der Entstehungsrechnung für die Länder des Bundesgebiets vorgelegt werden.

„Zum ersten Mal, seit in der Bundesrepublik Sozialproduktsberechnungen durchgeführt werden, können jetzt einheitlich erstellte und vergleichbare Zahlen für alle Bundesländer mit Ausnahme von Berlin (West) vorgelegt werden. Sie sind das Ergebnis einer mehrjährigen Tätigkeit des für diesen Zweck von den Leitern der Statistischen Landesämter eingesetzten Arbeitskreises, in dem Vertreter aller Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes zusammengearbeitet haben.“ (Hüfner, Raabe 1957, S. 595)

Die sechziger Jahre brachten weitere Erweiterungen in den regionalen VGR, so die ersten Ergebnisse der Entstehungsrechnung auf Kreisebene, die Nettorechnung mit den Zwischenposten Abschreibungen und indirekte Steuern und Subventionen, erste Zahlen zur Erwerbstätigkeit und Beschäftigung sowie zur Umverteilungs- und Verwendungsrechnung. Mit der ersten großen Revision durch das Statistische Bundesamt 1960 wurde die Notwendigkeit begründet, solche Revisionen wegen der Sicherung der Übereinstimmung von Länder- und Bundesberechnung auch in den regionalen VGR nachzuvollziehen. Zahlreiche Revisionen folgten der ersten von 1960 in kurzer Zeit aufeinander und entwickelten sich immer mehr zu einem turnusmäßigen Instrument der grundsätzlichen Bereinigung der Berechnungen, insbesondere der anwachsenden Zeitreihen.

Das erreichte Entwicklungsstadium der regionalen VGR wurde letztlich zum Anlass genommen, im Jahr 1970 den Arbeitskreis „Sozialproduktsberechnungen der Länder“ in Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ umzubenennen, um auch nach außen das erweiterte Aufgabenspektrum zum Ausdruck zu bringen. Schwerpunkt in den siebziger und achtziger Jahren bildete die Herausbildung und Weiterentwicklung der regionalen VGR als „Drei-Seiten-Rechnung“ (Entstehungs- und Verwendungsrechnung sowie Verteilungs- und Umverteilungsrechnung). Die Konsolidierung der drei Seiten der Berechnung der VGR, die Erhöhung der Aktualität durch Ausweitung von Schnellberechnungen und der Häufigkeit der Ergebnisbereitstellung sowie methodische Verbesserungen kennzeichneten die VGR insbesondere in den achtziger Jahren.

Neue Herausforderungen an die VGR im Laufe der achtziger Jahre zeichneten sich vor allem durch Bestrebungen eines gemeinsamen Europäischen Marktes und der damit verbundenen Einführung des gemeinschaftlichen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ab. Allerdings wurde diese Ent-

wicklung radikal vom Zusammenbruch der DDR, der Wende und Vereinigung in Deutschland überlagert.

„Die Anpassung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an die Gegebenheiten des Europäischen Binnenmarktes hatte bis zum 3. Oktober 1990 die erste Priorität. Mit dem Eintritt (...) der Wiedervereinigung nach dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 bekam die Integration der neuen Bundesländer in das marktwirtschaftliche System der Bundesstatistik die ‚allererste Priorität‘ (im Übrigen auch auf Wunsch der EU). Nachdem die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion für Gesamtdeutschland Realität geworden war, musste das gesamte Statistikprogramm schrittweise auf die neuen Länder übertragen werden. Den Weg dazu wies die Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1990. (...) Auch die Entwicklung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen in dem ehemaligen Gebiet der DDR beziehungsweise in den neuen Bundesländern nach dem westlichen Muster erhielt höchste Priorität.“ (Schuh 1994, S. 24)

Zwischenzeitlich wurden die VGR des Bundes faktisch zu Regionalberechnungen, denn zu den bisherigen VGR für Westdeutschland einschließlich Berlin-West kamen die für Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost hinzu. Somit erstellte das Statistische Bundesamt Ergebnisse der VGR getrennt für das frühere Bundesgebiet und das Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost, die zunächst wie nationale VGR konzipiert und erstellt wurden. Die Gesamtergebnisse für Deutschland waren zunächst nicht mehr als Summen zweier nationaler Ergebnisse.

In organisatorischer Hinsicht wurden die neuen Bundesländer umgehend in den Arbeitskreis integriert und das Statistische Landesamt Berlin übernahm die Interessenvertretung für Berlin-Ost (in der Nachfolge des Bezirksamtes Berlin-Ost). Dies geschah auf Initiative des Arbeitskreises auf einer Sondersitzung zur Gründung des ‚neuen‘, erweiterten Arbeitskreises am 10./12. Dezember 1990 in Berlin. Dem Arbeitskreis gehörten nunmehr alle Statistischen Ämter der Länder, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag, vertreten durch das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main, an.

Die zunächst noch besondere Ermittlung der VGR der neuen Bundesländer und von Berlin-Ost aufgrund noch nicht vollständiger und einheitlicher Datenquellen wurde schrittweise an die Berechnungsverfahren der früheren Bundesländer herangeführt. Erste Ergebnisse für alle Bundesländer legte der Arbeitskreis in seiner Gemeinschaftsveröffentlichung „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Heft 20, im Jahr 1992 vor.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und der anschließenden Vereinigung in Deutschland und Berlin hat Berlin (West) seinen besonderen Status verloren. Damit wurde auch die Fortführung der jahrzehntelang bewährten Berliner Eigenberechnung infrage gestellt. Einerseits wurden ihr wesentliche statistische Grundlagen entzogen. Andererseits verlangten politische Erfordernisse, die statistische Nachweisung der bisher politisch getrennten Gebiete im vereinten Deutschland über einen gewissen Zeitraum fortzuführen, um die Anpassungsprozesse beobachten zu können.

Letztmalig wurden für Berlin (West) vom Statistischen Landesamt Berlin Ergebnisse der Berliner Eigenberechnung im Rahmen der großen Revision der VGR 1970 bis 1990 dokumentiert und vorgelegt (Kühn, Voy 1997, S. 126ff.).

Erst mit der großen Revision in den VGR 1970 bis 2000 zur rechtsverbindlichen Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) in Deutschland und der Einstellung getrennter Berechnungen für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-West und die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost war die Integration der VGR für Berlin-West in die einheitliche Länderrechnung des Arbeitskreises für ganz Deutschland vollständig.

Die Vereinigung war aber im Hinblick auf die VGR nicht nur ein regionales Problem, sondern auch eine besondere Herausforderung für die nationalen VGR, denn auch hier kamen Gebietsstandsänderungen und politökonomische Transformationsprozesse zusammen.

1989–1991

Die deutsche Vereinigung

Die politische Vereinigung am 3. Oktober 1990 ist ein historisches Ereignis, durch das die Frage der statistischen Darstellung einer Gebietsänderung in den VGR erneut aufgeworfen wurde. Für die Statistik und VGR ist nicht allein dieses staatsrechtliche Datum von Bedeutung. Der gesamte historische Prozess seit dem Wegfall der Grenzen 1989 und mit der Umstellung der Währung am 1. Juli 1990 im Beitrittsgebiet sowie den dadurch ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozessen in den ganz verschiedenen Teilgebieten im vereinten Deutschland ist in wirtschaftsstatistischer Hinsicht von außerordentlichem Interesse. Diese Übergänge von 1989 bis 1991 unterscheiden sich grundlegend von der tatsächlichen Integration des Saarlandes und von der nur in den VGR nachgeholten Integration von Berlin (West) Ende der fünfziger Jahre. Berlin (West) gehörte bereits seit Langem zum westdeutschen Wirtschafts- und Währungsraum, auch wenn politische Gründe eine Zurechnung nicht zuließen und einen besonderen Status deklarierten. Auch die Integration des Saarlandes stellte letztlich nur die Einbeziehung eines systemkonformen Gebietes dar, wenn auch eine Währungsumstellung notwendig war. Im Vereinigungsprozess ab 1989 aber unterlagen alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens im Beitrittsgebiet einem großen Umbruch und Wandel.

In der Übergangszeit bis zum Nachweis des ersten gemeinsamen Wirtschaftsjahres im vereinten Deutschland 1991 konnte zumindest mit der Währungsumstellung in der DDR von Mark der DDR auf DM am 1. Juli 1990 eine erste Berechnung des Sozialprodukts der DDR nach dem Vorbild der VGR der Bundesrepublik vorgenommen werden. Die Ergebnisse für das 2. Halbjahr 1990 wurden vom Statistischen Bundesamt im Frühjahr 1991 veröffentlicht (Horstmann, Hein, Hoeppe 1991). Die für die VGR charakteristische Form von Ergebnissen eines ganzen Jahres (1990) erwies sich wegen der Schwierigkeit, VGR-Größen eines marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftssystems für die Abbildung des gänzlich

anders funktionierenden Wirtschaftsgebildes der DDR anzuwenden und vergleichbar zu machen, als nicht realisierbar. An Versuchen, die VGR der DDR gemäß der VGR in der Bundesrepublik umzubauen – mit dem Schwerpunkt der Umbewertung von Wertgrößen von Mark der DDR in DM – hat es nicht gemangelt, doch blieben diese wegen grundsätzlich ungelöster Fragestellungen der Vergleichbarkeit von begrenztem Erklärungswert. Vergleichbare VGR-Jahresergebnisse für Deutschland in den Grenzen vom 3. Oktober 1990 für die Zeit vor 1991 existieren nicht.

Auch die VGR für die Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), insbesondere die unterjährigen Ergebnisse, blieben damals nicht unbeeinträchtigt von den historischen Ereignissen. Sie reagierten stark auf die aktuellen Änderungen im Wirtschaftsgeschehen, beginnend mit dem 4. Quartal 1989, in dem die Grenzen fielen. Dabei wurden aber nicht alle Wirkungen der rasant zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen und Transfers zwischen West- und Ostdeutschland berücksichtigt, weil sie von komplexer Natur waren und nicht kurzfristig erfasst und abgebildet werden konnten.

Erst mit 1991 ist daher nicht nur das Eckjahr für die Beobachtung der Volkswirtschaft im neu vereinten Deutschland gegeben, sondern ebenso für die neu hinzugekommenen administrativen Gebietseinheiten – die Bundesländer, Regierungsbezirke, kreisfreien Städte und Landkreise des Beitrittsgebietes. Davor waren die Grundlagen und Voraussetzungen in rechtsstaatlicher, währungspolitischer, rechtlicher, organisatorischer und statistischer Hinsicht noch nicht beziehungsweise unvollständig gegeben. Jedoch blieb die getrennte Darstellung von Beitrittsgebiet und Früherem Bundesgebiet in Deutschland über das Eckjahr 1991 hinaus viele Jahre von besonderer Bedeutung. Die Gründe liegen nicht in der Gebietsstandsänderung, der regionalen Abgrenzung von Gebietseinheiten, sondern in den Entwicklungsbedingungen des Transformationsprozesses des Ostens, den veränderten Wirtschaftsbedingungen im Westen und schließlich der zunehmenden Verflechtung zweier bisher sehr unterschiedlicher Volkswirtschaften. Faktisch brach die DDR-Wirtschaft zusammen und es fand eine große Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Osten gen Westen statt. Im Gegenzug stellte der Osten für die westdeutsche Wirtschaft eine Erweiterung des Binnenmarktes mit enormer Nachfrage dar. Transferleistungen des Staates strömten von West nach Ost. Die beiden Teile Deutschlands West und Ost stellten volkswirtschaftlich aber weiterhin noch sehr verschiedene Gesamtheiten dar.

Zunächst blieb im Übergangszeitraum seit Öffnung der Grenzen die Darstellung der VGR für Westdeutschland einschl. Berlin (West) bis einschließlich der turnusmäßigen Revision 1990 weitgehend unverändert.

„Die Revision der Jahre 1970 bis 1990 ist durch die deutsche Vereinigung kaum berührt, da für das Gebiet der damaligen DDR (einschließlich Berlin-Ost) keine ausreichend vergleichbaren statistischen Unterlagen für 1990 vorlagen und für die Bewertung zu vergleichbaren DM-Preisen das neue Basisjahr 1985 nicht für die neuen Länder und Berlin-Ost übertragbar war. Die Ergebnisse

dieser Revision beziehen sich daher ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland und die damaligen Länder nach altem Gebietsstand, sie schließen Berlin (West) mit ein.“ (Kühn, Voy 1997 S. 126)

Das hatte „jedoch den Nachteil, dass die neue Preisbasis 1985 nicht die Vergleichbarkeit – und vor allem Addierbarkeit – der Ergebnisse in konstanten Preisen mit den parallel aufgebauten Rechnungen für die neuen Länder und Berlin-Ost (...) zuließ. Denn die Inlandsproduktsrechnungen für das erste vollständige Wirtschaftsjahr 1991 der neuen Länder und Berlin-Ost nach Einführung der DM zum 1. Juli 1990 konnten nur auf den Preisen des Jahres nach der Wirtschafts- und Währungsunion (2. Halbjahr 1990 und 1. Halbjahr 1991) basieren. Eine erneute Umstellung des Preisbasisjahres für beide Teile des Bundesgebietes auf das erste mögliche gemeinsame Basisjahr (das Jahr 1991) wurde unumgänglich, um gesamtdeutsch beziehungsweise auch für Berlin insgesamt rechnen und die Entwicklung der alten und neuen Bundesländer vergleichen zu können.“ (Kühn, Voy 1997 S. 140)

Deshalb wurde 1991 außerhalb der Reihe als neues Basisjahr bestimmt, obwohl turnusmäßig in den VGR 1990 nach 1985 das nächste Basisjahr zur Preisbereinigung gewesen wäre. Mit dem Vorliegen der Preisindizes für 1991 wurden die VGR für den Westen 1992 erneut revidiert und erstmals VGR für Deutschland insgesamt sowie vergleichbar für das Frühere Bundesgebiet und das Beitrittsgebiet im Jahr 1993 veröffentlicht. Damit standen lange Zeitreihen der VGR weiterhin für das Frühere Bundesgebiet zur Verfügung, während die Beobachtung der Entwicklung des Beitrittsgebietes und Deutschlands insgesamt erst ab 1991 möglich war. Außerdem war diese nur auf ausgewählte Ergebnisse der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite der VGR beschränkt, weil wichtige statistische Informationen noch fehlten.

Die VGR der Bundesrepublik Deutschland blieben deshalb noch weiterhin geprägt von historischen Übergangssituationen.

„Aufgrund der noch unzureichenden Voraussetzungen für einen vollständigen und detaillierten statistischen Nachweis des Wirtschaftskreislaufs für Gesamtdeutschland gab es keine Alternative dazu, nur die VGR für das frühere Bundesgebiet fortzuführen und eine entsprechende VGR für das Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost schrittweise aufzubauen. Die erforderliche statistische Datenbasis für die neuen Länder musste nach der Einstellung der Wirtschaftsstatistiken der DDR durch zunächst befristete Sondererhebungen auf der Grundlage des Einigungsvertrages vom 31.08.1990 und der Statistikanpassungsverordnung vom 26.03.1991 sowie durch die Einführung von Erhebungen nach den bundesdeutschen Statistikgesetzen erst nach und nach geschaffen werden.“ (Kühn, Voy 1997 S. 140)

Mit der Vervollständigung der statistischen Grundlagen im Beitrittsgebiet konnten zwar hier die Rechnungen vergleichbar denen für den Westen und für Deutschland erweitert werden. Mit dem Vortreiben des Übergangs zu einer gesamtdeutschen Rechnung verschlechterten sich allerdings auch die Möglichkeiten einer weiterhin getrennten Darstellung für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost. Die statistischen Voraus-

setzungen für eine getrennte Nachweisführung der volkswirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands brachen schneller weg als sich die tatsächliche wirtschaftliche Anpassung vollzogen hat.

Schließlich wurde mit dem in der Revision 1999 vollzogenen Übergang der deutschen VGR auf Konzept, Definitionen und Klassifikationen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 auf eine getrennte Darstellung für die beiden Teile Deutschlands bis auf geringe Ausnahmen gänzlich verzichtet. Seitdem werden VGR in Deutschland scharf getrennt für die Staatsebene einerseits und die regionale Ebene für die einzelnen Bundesländer, Regierungsbezirke und Kreise andererseits erstellt.

In dieser Revision wurde also auch der nach West und Ost unterschiedene Kern der VGR, die Entstehungsrechnung, nicht nur nicht mehr fortgeführt – die anderen Teile waren bereits früher eingestellt worden –, sondern auch rückwirkend bis 1991 nicht mehr revidiert und aus dem Programm gestrichen. Die nationalen VGR wurden damit nach altem Gebietsstand auf die Ergebnisse bis 1991 und nach neuem Gebietsstand seit 1991 beschränkt. Dadurch ist der ganze komplexe Prozess von Öffnung, Wende und systemischen Brüchen und Transformationen auf den Doppelnachweis für das Jahr 1991 reduziert wor-

den. Das entspricht zwar den üblichen Darstellungen der VGR in Zeitreihenform, zumindest für die Zwecke der Konjunkturbeobachtung, birgt aber Fallen bei der Interpretation der Ergebnisse, insbesondere der ‚abgeleiteten‘ Kennziffern wie Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) oder Bruttoinlandsprodukt/Volkseinkommen je Erwerbstätigen, weil dadurch Brüche ausgewiesen werden, die nicht durch das Schaltjahr aufgelöst werden können, wie es für Veränderungsraten für bestimmte Zwecke sinnvoll ist. Die Brüche stellen sich als tatsächliche Niveauveränderungen aus dem Zusammenschluss zweier ganz verschiedener Gebiete dar. Hinzu kommt, dass durch die Wahl des Schaltjahres 1991 die ganzen Transformationen im Osten von Ende 1989 bis zu diesem Jahr ausgeblendet sind.

Die Konstruktion des Eckjahres 1960 hatte kleine Auswirkungen, weil das Saarland und Berlin einen nur kleinen Anteil am Bundesergebnis hatten. Die DDR beziehungsweise Ostdeutschland hatten ein wesentlich größeres Gewicht, sodass der Informationsverlust über den Transformationsprozess durch die Verdichtung auf das Schaltjahr 1991 wesentlich größer war als im Fall 1960. Es ist und bleibt eine durchaus lohnende Aufgabe, alternative Darstellungsweisen der Transformation 1989 bis 1991 und weiter empirisch nachzuvollziehen.

Literatur

- Bartels, H., Hamer, G., Hanisch, G. und Mitarbeiter 1963: Das Sozialprodukt in den Jahren 1950 bis 1962. In: *Wirtschaft und Statistik*, S. 575-589.
- Bartels, H., Raabe, K.-H., Schörry, O. und Mitarbeiter 1957: Die Neuberechnung des Sozialprodukts für die Bundesrepublik Deutschland. In: *Wirtschaft und Statistik*, S. 123-149.
- Fürst, G. 1959: Der Nachweis des Saarlands in der Wirtschaftsstatistik. In: *Wirtschaft und Statistik*, S. 343-345.
- Grünig, F. 1947: Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit. In: *Die Deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch*, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, S. 49-71.
- Grünig, F. 1950a: Die Anfänge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Deutschland. In: *Beiträge zur empirischen Konjunkturforschung*, Berlin, S. 71ff.
- Grünig, F. 1950b: Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in West-Berlin an Hand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, S. 106ff.
- Grünig, F., Krengel, R. 1952: Die Westberliner Wirtschaft 1949 bis 1951, Sonderhefte des DIW Berlin, Neue Folge Nr. 15, Reihe A: Forschungen, S. 5-8, S. 48-53.
- Horstmann, H., Hein, R., Höppner, D. 1991: Sozialprodukt im Gebiet der ehemaligen DDR im 2. Halbjahr 1990. In: *Wirtschaft und Statistik* Heft 5, S. 305-S. 313.
- Hüfner, W., Raabe, K.-H. 1957: Das Sozialprodukt der Länder der Bundesrepublik 1950 bis 1955. In: *Wirtschaft und Statistik*, S. 595-600.
- Krengel, R. 1953: Volkswirtschaftliche In- und Output-Rechnung, Sozialprodukt, Beschäftigung und Produktivität, Einkommensverteilung und Einkommenschichtung in West-Berlin, DIW, Sonderhefte, Neue Folge, Nr. 24, S. 45-61, S. 81-122.
- Kühn, M., Voy, K. 1997: Revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Berlin (West) 1970 bis 1990. In: *Berliner Statistik*, Heft 8, S. 126-136.
- Kürbs, F. 1954: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Berlin. In: *Berliner Statistik*, Heft 2, S. 33-40.
- Kürbs, F. 1955: Die amtliche Berechnung des West-Berliner Sozialprodukts. In: *Berliner Statistik*, Heft 4, S. 90-95.
- Raapke, W., Grallert, E. 1956: Zur Rückkehr des Saarlandes. In: *Wirtschaft und Statistik*, S. 616f.
- Reich, U.-P. 1996: Der Raumbegriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen: Folgerungen aus dem Transaktionsprinzip. In: Reich, Stahmer, Voy, K. (Hrsg.) 1996: *Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*, Band 1: Raum und Grenzen, Marburg.
- Schörry, O. 1949/1950: Volkseinkommen und Sozialprodukt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahre 1936 und im zweiten Halbjahr 1948. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4, S. 94-99.
- Schuh, E. 1994: 40 Jahre Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. In: *Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“*, Heft 23, S. 19-29.
- Voy, K. 1996: Konzepte über Raum und Grenzen in Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und einigen Nachbardisziplinen. In: Reich, U.-P., Stahmer, C., Voy, K., S. 17-71.
- Voy, K., Kühn, M. 2003: Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) aus regionaler Sicht. In: *Berliner Statistik* Heft 12, S. 480-493.



Klaus Voy

Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Band 4: Zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach 1945

570 Seiten 48,00 EUR

Metropolis, ISBN 978-3-89518-730-8

(August 2009)

Historisches Jubiläum und persönliche Widmung

Dieser Band erscheint zu einem runden Jubiläum: Vor sechzig Jahren – 1949 – hat das damalige Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Vorläufer des heutigen Statistischen Bundesamtes, die ersten Beiträge mit Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bzw. zu Sozialprodukt und Volkseinkommen in der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* veröffentlicht. In diese sechzig Jahre eingeschlossen ist die Zeit der besonderen bundesrepublikanischen VGR, die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre begründet wurde, charakterisiert durch die zentrale Stellung des Unternehmenssektors und den im internationalen Vergleich frühen Nachweis von Verteilung und Umverteilung der Einkommen im sektoralen Kontensystem. Diese wurde im Jahr 1999 mit der Einführung des ESVG 1995 weitgehend Geschichte.

Dieser Band ist Frau Dr. Hildegard Bartels gewidmet, die im Dezember dieses Jahres 95 Jahre alt geworden wäre. Sie hat diese Geschichte wesentlich mit geprägt. Zusammen mit Dr. Gerhard Fürst, dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, war sie als Abteilungsleiterin für die Entwicklung eines möglich konsistenten Systems von Wirtschaftsstatistiken und den Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich. Zum Abschluss ihres Lebenswerkes für die deutsche Statistik war sie von 1972 bis 1980 Präsidentin des Statistischen Bundesamtes.

Jürgen Hübner

Untersuchungen zu den Energiepreisen



Vorbemerkung

Eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung¹ ist eine zentrale wirtschaftliche Aufgabe, ganz besonders für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das über sehr wenige eigene Rohstoffe verfügt. Aufgrund der hohen Investitionskosten und der damit verbundenen langen Amortisationszeiträume sind langfristige und zuverlässige Rahmenbedingungen unablässig. Der Preis für Rohöl auf den internationalen Märkten hat sich in der Vergangenheit mehrfach sprunghaft verändert – nach oben, wie nach unten. Das „Allzeithoch“ der Sorte Brent am 11. Juli 2008 betrug 147,50 US\$/Barrel. Unter Beachtung der Wechselkurse, der jährlichen Mittelwerte und der Inflationsrate relativiert sich allerdings diese Aussage stark. Der Rohölpreis bildet sich überwiegend und langfristig auf der Basis von Angebot und Nachfrage. Auch dass er die Leitgröße für die Preise aller anderen Energieträger ist, hält einer genaueren Prüfung nicht stand.

Der Welt-Energiemarkt ist seit dem Beginn der 70er Jahre in starke Bewegungen geraten. Besonders der Ölpreis, der traditionell in US\$/Barrel Erdöl² angegeben wird, tat sich in den letzten 40 Jahren durch eine sehr sprunghafte Entwicklung hervor. In seinem Gefolge befinden sich die Preise fast aller anderen Rohstoffe und besonders die Energieträger Steinkohle und Erdgas. Die Entwicklung der wichtigsten Energiepreise darzustellen und die unterschiedlichen Tendenzen bei den verschiedenen Energieträgern in den letzten 30 bis 40 Jahren zu analysieren, ist der Inhalt dieses Beitrages. Dabei werden die Daten (das sind die internationalen Energiepreise von 1965 bis 1997 bzw. die deutschen Erzeugerpreise von 1973 bis 1997) aus einer vorliegenden Veröffentlichung des Jahres 2000³ fortgeschrieben und geprüft, ob die damals gefundenen Zusammenhänge aus heutiger Sicht bestätigt werden können. Aufgrund der seit dieser Zeit erfolgten politischen Veränderungen sind besonders die Fragen nach der Stabilität der Preisbildungsmechanismen bei den Energieträgern interessant. Einschränkung war, dass einige Zeiträume während des betrachteten großen Zeitraumes methodischen Veränderungen unterworfen waren, die zu Beeinträchtigungen im zeitlichen Vergleich führten.

Energieträgerpreisentwicklungen

Preise des Energieträgers Rohöl

Betrachtet man die Geschichte des Rohölpreises, fällt auf, dass es neben der technischen Entwicklung

und dem Auftreten neuer Erdölproduzenten und damit auch erdölexportierender Länder dort, wo es nach Petroleum riecht, meist auch nach Pulver riecht⁴. Die Geschichte des Erdöls ist mindestens seit Mitte des vorigen Jahrhunderts mit Kriegen sehr eng verbunden. Seit dem 2. Weltkrieg waren zwei Preissprünge beim jährlichen Mittelwert des Erdölpreises – die „Ölkrisen“ – erkennbar:

1974 bis 1978 mit einem sprunghaften Anstieg des Ölpreises auf das 3,5- bis 4,3-fache gegenüber 1973 und 1979 bis 1985 mit einer Verdopplung bis zum 2,6-fachen des Ölpreises gegenüber dem Jahr 1978.

Insgesamt stieg der nominale Preis des Rohöls in US\$/Barrel damit innerhalb von sieben Jahren (1973 bis 1980) auf das bis zu 11-fache, der reale Preis demgegenüber auf das 6-fache an.

Im Jahr 2008 mussten am 11. Juli für das Barrel über 147,50 US-Dollar gezahlt werden. Auf dem Höhepunkt der zweiten Ölkrise 1980 waren es im Jahresmittel 93,08 US-Dollar. Das sind reale Preise – also unter Beachtung der Inflationsrate in Preisen des Jahres 2007. Ein ganz anderes Bild bietet sich, wenn man die nominalen – im englischen money of the day – Ölpreise betrachtet. Danach lag der mittlere nominale Preis im Jahr 2007 ebenfalls wie der reale bei 72,39 US-Dollar/Barrel. Aber im Jahr 1980, dem Höhepunkt der zweiten Ölkrise, bei nominal 36,83 US-Dollar/Barrel, also bei +96,5 Prozent oder real bei –22,2 Prozent zum Jahr 1980.

Wird nun noch die Entwicklung der Währungspartit durch eine Umrechnung des Ölpreises in EUR pro Barrel berücksichtigt, ergibt sich ein weiter differenzierteres Bild. Im Jahr 2007 kostete das Barrel Erdöl der Marke Brent 55,84 EUR, im Jahr 1980 waren es nominal 34,19 EUR bzw. real 86,42 EUR pro Barrel. Der US\$ hatte sich in diesem Zeitraum von 38 Jahren (1970 bis 2008) gegenüber der DM bzw. dem Euro um 27,2 Prozent, das sind etwa 0,9 Prozent pro Jahr, verbilligt.

Der Euro-Wechselkurs kompensierte, genau, wie die D-Mark es in der Vergangenheit tat, die Preissteigerungen beim Rohöl nicht unwesentlich – ebenso wie die Inflationsrate der Weltwirtschaft einen ähnlichen Effekt hervorruft.

Für die Ursachen der jüngeren Preisentwicklung beim Erdöl werden in der Öffentlichkeit einige Ursachen benannt, die sicherlich im Zusammenhang betrachtet der Wahrheit recht nahe kommen, aber keinesfalls nach der Einzelwirkung exakt beziffert werden können:

1 Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451).

2 Zur Umrechnung: 1 Barrel (b) Öl = 159 l Öl; 7,3 b = 1 t Öl oder 1 Mill. b/d (Barrel pro Tag = 50 Mill. t/a (Tonnen/ Jahr).

3 Hübner, H.-J.: Schlussfolgerungen aus einer stochastischen Analyse der Energiepreisentwicklungen. Dissertation, BTU Forschungshefte Energie, Solar Promotion GmbH Verlag, München 2000.

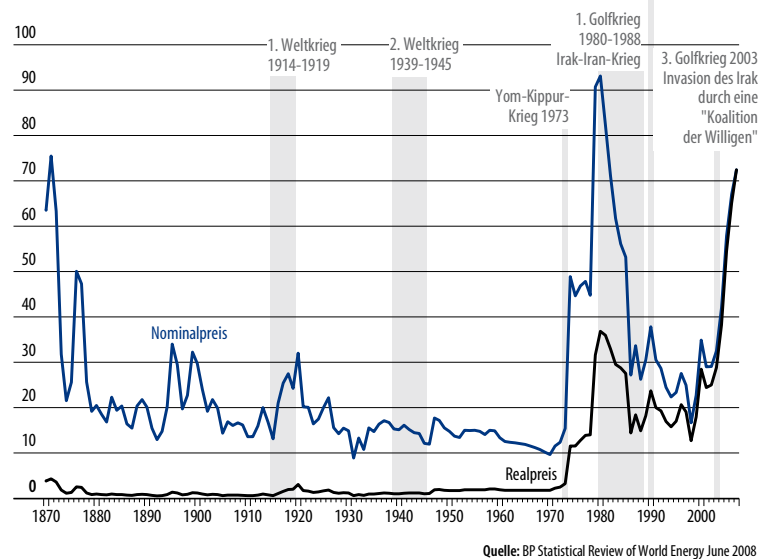
4 Kurt Tucholsky: „Ist etwas auf Erden schief und krumm, dann riecht es bestimmt nach Petroleum.“ Auszug aus dem Gedicht „Rußland“ von Theobald Tiger 1919.

- Der Energiebedarf der bevölkerungsreichen Länder, wie China, Indien, Pakistan, aber auch der anderen Entwicklungsländer, wächst sehr stark.
- Die Erschöpfung der Lagerstätten wird besonders von den Vertretern der „Peak-Theorie“ als die eigentliche Ursache der Preisentwicklung angesehen.
- Auch werden Börsenspekulationen auf steigende oder sinkende Energiepreise genannt.
- Immer wieder neu wird auch der von Kartellen – namentlich der OPEC, aber auch Russlands, verantwortlich gemacht.

Da keine zeitnahen und verlässlichen Rohöl-Fördermengen vorliegen, ist es gegenwärtig nicht möglich, eine fundierte Schätzung zur weiteren Preisentwicklung, die aktuell um etwa 75 US\$/Barrel liegt, abzugeben. erinnert sei aber in diesem Zusammenhang daran, dass sich in den Jahren 1986 und 1998 der Ölpreis gegenüber dem Vorjahr um 48 bzw. 33 Prozent verminderte. Auch dauern Investitionen in neue Förderanlagen vom Beginn der Planung bis zur Wirksamkeit 5 bis 7 Jahre. Wird die Erkundungsphase eines neuen Lagers noch hinzugerechnet, gehen mindestens 20 Jahre ins Land. Für die Entwicklung einer ausgereiften Treibstoffproduktion ohne Erdöl dürfte ein ähnlicher Zeitraum veranschlagt werden. Auch scheint der Tageswert des Rohölpreises sehr stark von Schwankungen betroffen zu sein, was die „spekulative Theorie“ stützen dürfte.

Die Untersuchung auf der Basis des jährlichen Rohölpreises liefert indes die Vermutung, dass es sich langfristig um eine normale Mengen-Preis-Relation handelt. Im Zeitraum von 1965 bis 2007 ist – bis auf die Jahre 1988 bis 1999 – eine exponentielle Korrelation zwischen der weltweit verbrauchten Rohölmengen und dem nominalen Preis in US\$ pro Barrel vorhanden.

Abb. 1 Entwicklung des Rohölpreises in US\$ pro Barrel real und nominal von 1870 bis 2007



Ersichtlich ist, dass im betrachteten Zeitraum von 1965 bis 2007 ein recht guter exponentieller Zusammenhang zwischen dem weltweiten Erdölverbrauch und dem Preis in US\$ pro Barrel besteht. Ein Bestimmtheitsmaß von 0,70 bedeutet, dass sich im Beobachtungszeitraum 70 Prozent des Erdölpreises aus der verbrauchten Menge erklären lassen und 30 Prozent „sonstige Ursachen“ haben. Die nachgefragte (verbrauchte) Rohölmengen bestimmt also langfristig den Preis, wobei große, aber zeitlich relativ eng begrenzte, Schwankungen möglich sind. Bei einem Mittelwert von 65 US\$/Barrel wurde bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent ein Konfidenzbereich von 15 bis 200 US\$/Barrel ermittelt. Aufgrund der Untersuchungen kann davon ausgegangen werden, dass gegenwärtig eine um 1 Million Tonnen jährlich gesteigerte Nachfrage den Preis um 0,09 bis 0,10 US\$ pro Barrel Erdöl erhöht – 1980 lag dieser Wert noch bei 0,008 US\$ pro Barrel Erdöl, Tendenz steigend.

Abhängigkeiten der Energieträgerpreise

Der zurückliegenden Untersuchung (siehe Fußnote 3) zufolge sind zwei deutlich voneinander abzugrenzende Preisgruppen bei den Energieträgern erkennbar:

Tab. 1 Veränderung der realen und nominalen Erdölpreise in US\$/barrel und in EUR/barrel

	absolute Werte					Veränderung in %				Jährl. Veränderung in %/ Jahr			
	1970	1980	1990	2000	2007	2007/1970	2007/1980	2007/1990	2007/2000	2007/1970	2007/1980	2007/1990	2007/2000
in US\$/Barrel													
nominal.....	1,8	36,8	23,7	28,5	72,4	3 921,6	96,5	205,1	154,0	10,5	2,5	6,8	14,2
real (Basis 2000)....	9,7	93,1	37,8	34,9	72,4	650,1	-22,2	91,4	107,3	5,6	-0,9	3,9	11,0
in EUR/Barrel													
nominal.....	3,4	34,2	19,6	30,9	52,8	1 474,6	54,5	169,5	71,3	7,7	1,6	6,0	8,0
real (Basis 2000)....	18,0	86,4	31,3	37,8	52,8	193,7	-38,9	69,1	39,8	3,0	-1,8	3,1	4,9

- 1. die importierbaren Energieträger: Erdöl und seine Produkte leichtes und schweres Heizöl, Erdgas, Importsteinkohle,
- 2. die eigenen Energieträger: Braunkohle und seine Produkte Braunkohlenbrennstaub und -briketts, eigene Steinkohle, Strom im Haushalt und Sondertarif, Fernwärme.

Während die Preise in der ersten Gruppe sehr stark vom Erdölpreis in US\$/Barrel beeinflusst waren, ist diese Abhängigkeit in der zweiten Gruppe nicht feststellbar. Innerhalb der Gruppe der eigenen Energieträger kann weiterhin nach den hochveredelten Energieträgern wie Strom und Fernwärme unterschieden werden, die in ihrem Preis deutlich über den Primärenergieträgern liegen, aber keinen grundsätzlich anderen Trend in ihrer Preisentwicklung aufweisen.

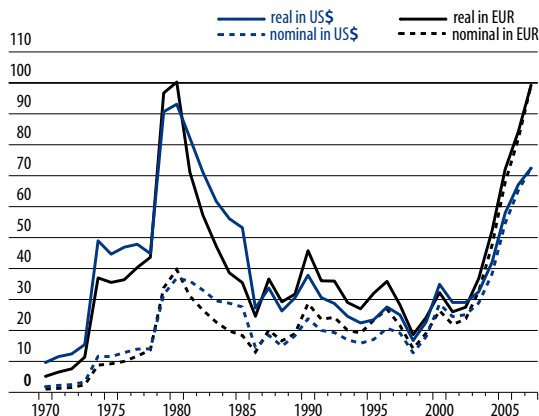
Bei den Importenergieträgern ist bei den Jahresmittelwerten eine zeitliche Staffelung erkennbar: Rohöl – Erdgas – Heizöl – Steinkohle, wobei in den 70er und 80er Jahren bei den damaligen Preisschüben nach oben der zeitliche Verzug größer als bei den dann folgenden Preiseinbrüchen war.

Eine derartige Staffelung ist bei den eigenen Energieträgern und deren Produkten nicht erkennbar. Der Tiefpunkt beim Sondertarif-Strom im Jahr 2000 ist auf das 1998 erlassene Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts⁵ und die damit verbundene Liberalisierung des Energiemarktes zurückzuführen. Der Rückgang des Preises bei den Kleinverbrauchern ist demgegenüber wesentlich geringer ausgeprägt, weil die erreichbaren Preisnachlässe durch die neu eingeführte Stromsteuer, die Förderung der Kraft-

Tab. 2 Preise unterschiedlicher Energieträger in Cent/kWh und Verbraucherpreisindex sowie Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe (1991 = 100) von 1973 bis 2007

Jahr	Erdöl	Leichtes Heizöl	Schweres Heizöl	Importsteinkohle	Erdgas frei Grenze	Braunkohlenbrennstaub	Braunkohlenbrikett	Strom Kleinverbraucher	Strom Sondertarif	Fernwärme	Erdgas für Industrie	Verbraucherpreisindex	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer
1970.....	0,26	0,52	0,36		0,28	0,31	0,39					45,5	32,54
1971.....	0,33	0,55	0,48		0,26	0,31	0,42					48,0	36,12
1972.....	0,31	0,48	0,38		0,26	0,33	0,45					50,6	39,36
1973.....	0,36	0,84	0,41	0,38	0,25	0,34	0,46	6,77	3,86		0,50	54,1	43,70
1974.....	0,97	1,18	0,85	0,52	0,30	0,37	0,50	7,31	4,16		0,63	57,9	48,35
1975.....	0,96	1,17	0,84	0,52	0,48	0,46	0,56	8,14	4,81	2,61	0,88	61,3	51,30
1976.....	1,06	1,28	0,92	0,57	0,57	0,51	0,60	8,33	4,88	2,67	0,97	64,0	54,89
1977.....	1,06	1,29	0,95	0,54	0,66	0,54	0,60	8,34	4,95	2,77	1,02	66,3	58,54
1978.....	0,91	1,24	0,87	0,54	0,77	0,56	0,67	8,51	5,16	2,81	1,05	68,1	61,52
1979.....	1,21	2,12	1,14	0,57	0,78	0,61	0,72	8,53	5,19	3,21	1,08	70,9	64,87
1980.....	1,97	2,60	1,54	0,69	1,14	0,72	0,78	8,92	5,66	3,90	1,39	74,8	69,06
1981.....	2,68	3,13	2,13	1,03	1,63	0,85	0,94	9,97	6,35	4,42	1,80	79,5	72,24
1982.....	2,66	3,30	2,00	1,06	1,90	0,99	1,10	10,82	6,93	4,71	2,46	83,6	74,82
1983.....	2,50	3,00	2,02	0,92	1,83	0,99	1,17	11,21	7,17	4,72	2,35	86,4	76,87
1984.....	2,69	3,18	2,42	0,88	1,92	0,99	1,19	11,46	7,34	4,83	2,51	88,5	78,83
1985.....	2,68	3,30	2,31	1,00	2,12	1,03	1,24	11,61	7,59	4,83	2,66	90,3	80,73
1986.....	1,11	1,66	1,01	0,74	1,51	1,07	1,28	11,89	7,73	4,29	2,09	90,2	83,29
1987.....	1,08	1,45	0,97	0,56	0,83	1,07	1,34	11,85	7,79	4,09	1,34	90,4	85,65
1988.....	0,89	1,20	0,75	0,52	0,71	1,07	1,34	12,06	7,73	4,00	1,22	91,6	87,88
1989.....	1,11	1,73	0,97	0,60	0,69	1,07	1,34	12,09	7,71	4,16	1,32	94,1	90,28
1990.....	1,21	1,92	0,97	0,60	0,83	1,07	1,34	12,07	7,65	4,27	1,48	96,7	94,44
1991.....	1,09	2,02	0,92	0,56	0,97	1,07	1,34	11,84	6,91	4,28	1,63	100,0	100,00
1992.....	0,98	1,73	0,82	0,52	0,79	1,07	1,32	14,80	6,96	4,42	1,53	105,1	99,63
1993.....	0,90	1,72	0,77	0,45	0,81	1,07	1,32	15,51	7,03	4,42	1,51	109,7	103,91
1994.....	0,84	1,56	0,77	0,44	0,76	1,07	1,32	15,89	6,82	4,44	1,47	112,7	105,90
1995.....	0,80	1,49	0,79	0,48	0,75	1,07	1,32	16,20	6,74	4,36	1,45	114,7	109,22
1996.....	1,00	1,84	0,86	0,47	0,73	1,07	1,32	16,36	6,62	4,45	1,48	116,3	110,76
1997.....	1,08	1,87	0,89	0,52	0,86	1,07	1,32	15,21	6,37	4,50	1,61	118,5	110,96
1998.....	0,73	1,47	0,74	0,46	0,77	1,07	1,32	15,27	6,05	4,43	1,53	119,6	111,95
1999.....	1,02	1,92	0,95	0,42	0,65	1,07	1,32	15,48	5,34	4,74	1,45	120,3	113,55
2000.....	1,92	3,16	1,53	0,52	1,14	1,12	1,38	15,97	4,40	5,59	1,95	122,1	115,19
2001.....	1,73	2,90	1,33	0,65	1,52	1,14	1,47	14,92	4,89	5,68	2,49	124,5	117,28
2002.....	1,60	2,65	1,41	0,55	1,29	1,14	1,51	15,44	5,15	5,73	2,24	126,2	118,84
2003.....	1,63	2,74	1,52	0,49	1,37	1,14	1,51	16,08	5,79	5,74	2,46	127,5	120,34
2004.....	1,86	3,14	1,44	0,68	1,29	1,14	1,19	16,86	6,19	6,17	2,39	129,7	121,11
2005.....	2,59	4,21	2,04	0,80	1,75	1,08	1,08	17,51	6,76	6,93	2,79	131,7	121,43
2006.....	3,19	4,73	2,49	0,76	2,35	1,13	1,13	18,23	7,51	7,38	3,36	133,8	122,52
2007.....	3,19	4,66	2,43	0,84	2,22	1,20	1,20	18,91	7,95		3,18	136,8	124,44

Abb. 2 Entwicklung des Rohölpreises in US\$/Barrel und EUR/Barrel von 1970 bis 2007



Tab. 3 Lineare Regression der Energieträgerpreise (in Cent/kWh)

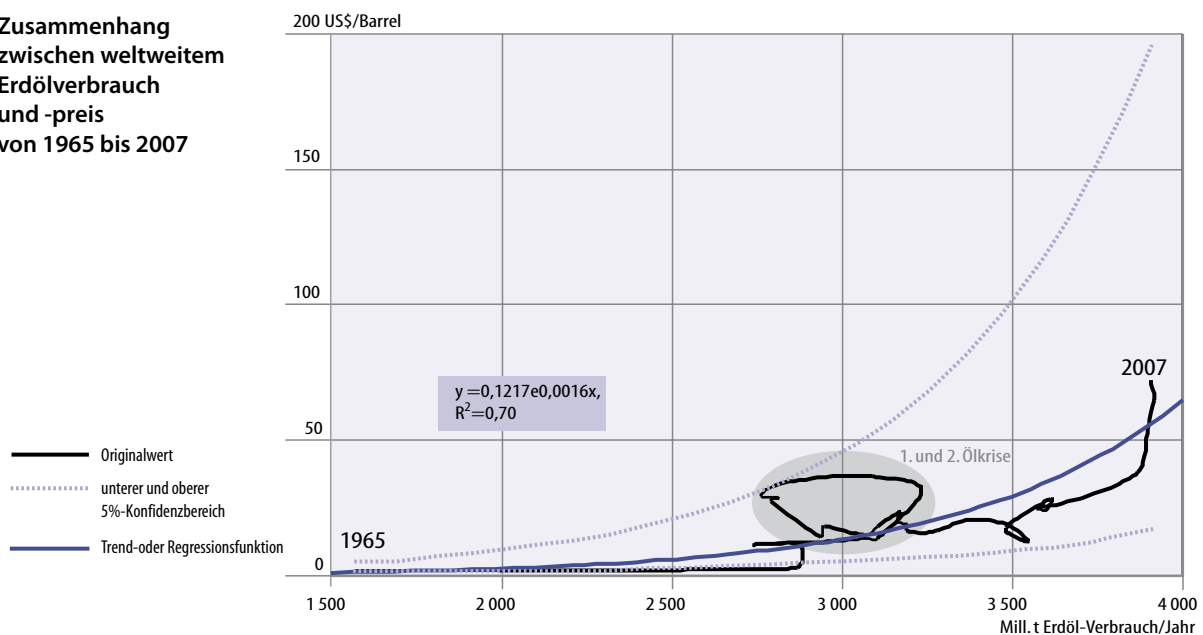
Energieträger-Preis	= f(x)Erdöl-Preis	Bestimmtheitsmaß
Schweres Heizöl	= 0,7433x + 0,1503	0,92
Leichtes Heizöl	= 1,2658x + 0,3251	0,85
Erdgas frei Grenze	= 0,6775x + 0,0802	0,83
Importsteinkohle	= 0,2013x + 0,3186	0,70
Energieträger-Preis	= f(x)Braunkohlen-Brennstaub-Preis	Bestimmtheitsmaß
Strom		
Kleinverbraucher	= 0,0635x + 0,0968	0,91
Braunkohlen-Brikett	= 0,8017x + 0,0323	0,88
Fernwärme	= 4,0708x + 0,589	0,71
Strom Sondertarif	= 0,139x + 0,0696	0,61
Verbraucherpreisindex	= 0,0098x - 0,0333	0,78
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	= 4E-05x + 0,0485	0,70

Wärme-Kopplung und die Einspeisevergütung für regenerative Energien wesentlich gedämpft wurden. Der Preissprung bei den Braunkohlenprodukten im Jahr 2005 ist auf eine andere Methodik zurückzuführen. Bei der eigenen Steinkohle wurde der Subventionierungsmechanismus Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts grundlegend umgestaltet⁶. Mit der dadurch im Jahr 1998 erfolgten Einführung des Finanzplafonds ist eine Preisangabe für die eigene Steinkohle nicht mehr möglich. Die für das Jahr 2007 angegebenen Förderkosten von 151 EUR/t Steinkohleneinheit⁷ entsprechen nicht dem Marktpreis.

Im Vergleich zu den Verbraucherpreisen ist ersichtlich, dass im Laufe des betrachteten Zeitraumes von 1973 bis 2006 etwa seit 1987 die importierte Steinkohle immer eine unterdurchschnittliche Preisentwicklung hatte, während bis auf wenige Ausnahmen beim Heizöl eine überdurchschnittliche Preisentwicklung vorherrschte (leichtes Heizöl in den Jahren 1987 und 1988 sowie 1995 und 1998, schweres Heizöl 1988 und 1998, als eine geringe Unterschreitung des Verbraucherpreisindex auftrat). In Relation zu den Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer⁸ ist bis auf einen Zeitraum von Mitte bis Ende der 90er Jahre eine Annäherung der Preisentwicklungen an das Einkommen erkennbar. Insgesamt zeigt diese Darstellung jedoch deutlich das unstete Verhalten des Erdöl- und Erdgaspreises.

Bei den eigenen Energieträgern, die zwar allesamt ein deutlich niedrigeres absolutes Preisniveau aufweisen, ist nur beim Sondertarif-Strompreis ein deutliches Zurückbleiben gegenüber der allgemeinen Preisentwicklung feststellbar. Die Braunkohleprodukte stimmen seit 2005 fast genau mit der Entwicklung der Verbraucherpreise überein. Besonders

Abb. 3 Zusammenhang zwischen weltweitem Erdölverbrauch und -preis von 1965 bis 2007



6 Gesetz zur Neuordnung der Steinkohlesubventionen vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3048).

7 Handelsblatt vom 19. Juni 2008. S. 5: Kohleboom entlastet Staatskasse.

8 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stand 04.09.08, <http://www.sachverstaendigenrat.org/>

Tabelle: 028 Arbeitnehmerentgelte (Lohnkosten), Arbeitsproduktivität

und Lohnstückkosten für die Gesamtwirtschaft.

der Braunkohlenbrennstaub, der feuerungstechnisch eine Alternative zur schwer kalkulierbaren Erdgas- oder Heizölfeuerung größerer wärmetechnischer Anlagen darstellt, hatte in den Jahren 1986 bis 1999 einen konstanten Preis. Die staatlich hoch subventionierte Deutsche Steinkohle ist in diesem Zusammenhang schwierig einzuordnen, da sich die staatlichen Preisvorgaben im Betrachtungszeitraum mehrfach veränderten.

Bei einer Betrachtung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer der inländischen Gesamtwirtschaft relativieren sich die Preissteigerungen weiter. Der Bruttomonatsverdienst ist im gesamten Betrachtungszeitraum (1973 bis 2007) um 12 Prozent stärker gestiegen als die Verbraucherpreise. Somit ergeben sich zwar bei den Differenzen zu den Preisen der importierten Energieträger keine neuen Aussagen, außer dass sich die Unterschiede verkleinert haben, im Zeitraum von 1995 bis 1999 fielen sie sogar unter die Verdienstentwicklung. Bei den eigenen Energieträgern liegt bei einem Vergleich mit der Entwicklung der Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe nur noch die Preisentwicklung von Braunkohle und Brikett über der Entwicklung des Monatsverdienstes, alle anderen eigenen Energieträger liegen teilweise beträchtlich darunter (siehe Titelgrafik).

Lineare Regressionsanalyse zu den Energieträgerpreisen

Die folgende Regressionsanalyse wurde trotz einiger „Sprungstellen“ in den Zeitreihen durchgeführt. Das scheint insofern gerechtfertigt, da zum einen eine lineare Regression recht robust gegenüber derartigen Veränderungen reagiert und zum anderen die Frage der Strukturen der Energieträgerpreise überprüft werden sollte. Für exakte vergleichende Wirtschaftlichkeitsrechnungen zwischen den einzelnen Energieträgern sind deshalb genauere Preisangaben aus anderen Veröffentlichungen erforderlich.

Mithilfe einer linearen Regressionsanalyse konnten die in den Bildern erkennbaren Zusammenhänge quantifiziert werden. In der Tabelle 3 sind die linearen Zusammenhänge der Preise von jeweils vier Energieträgern in Abhängigkeit vom Rohölpreis und vom Preis des Braunkohlenbrennstaubes (als Ersatzvariable für die nicht vollständige Zeitreihe des Braunkohlenpreises) sortiert nach dem fallenden Bestimmtheitsmaß dargestellt.

Dabei kann der optische Eindruck der beiden Preisgruppen für importierte und eigene Energieträger bestätigt werden. Es zeigt sich, dass beim leichten und schweren Heizöl sowie beim Erdgas frei Grenze eine sehr hohe Abhängigkeit (von etwa 80 bis 90 Prozent) vom Erdölpreis gegeben ist. Bei dem Importsteinkohlepreis ist der Zusammenhang zum Erdölpreis mit 70 Prozent weniger signifikant, aber trotzdem gesichert.

Die im erweiterten Sinn eigenen Energieträger wie Braunkohlenbrennstaub, eigene Steinkohle, Braunkohle, Braunkohlen-Produkte, Strom für Kleinverbraucher und Sondertarifkunden, Brikett sowie Fernwärme bilden eine eigene Preisgruppe, die im betrachteten Fall im Wesentlichen von der Entwicklung des Braunkohlenbrennstaubes, die hier, wie bereits ausgeführt, als Ersatzvariable – gegenüber dem Braunkohlenpreis bei früheren Untersuchungen – neu definiert werden musste.

Fazit

Auf dem Gebiet der Energiepreise gibt es trotz einer „Preisexplosion“ im Jahr 2008 nicht viel Neues. Die zeitweilig hohen Steigerungen des Erdölpreises und im Gefolge der anderen importierten Primärenergieträger sowie der daraus hergestellten Produkte relativieren sich unter Beachtung des Wechselkurses US\$ zu EUR und der allgemeinen Preissteigerung stark. Der Preis des Erdöls wird auch zukünftig stärkeren Schwankungen ausgesetzt sein. Eine „spekulative Komponente“, die sich in unterjährigen Phasen mit sehr extremen Preisänderungen beim Erdöl zeigt, sollte bei den Betrachtungen nicht vernachlässigt werden.

Zum Preisbildungsmechanismus der einzelnen Energieträger ist noch anzumerken, dass aufgrund der gefundenen Zusammenhänge bei den importierten Energieträgern von einer Angebot-Nachfrage-Situation ausgegangen werden kann, bei der eventuell eine indirekte Leitfunktion des Erdölpreises vorliegt. Die Preisbildung der eigenen Energieträger scheint dagegen auf Basis der Kosten der Bereitstellung plus Marge, die sich zwischen der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und des Bruttoverdienstes bewegen, zu erfolgen.

Inwiefern die gegenseitigen Abhängigkeiten der internationalen Energieträgerpreise bedingt durch die in den Lieferverträgen enthaltenen Preisgleitklauseln vermindert oder teilweise aufgehoben werden können, hängt nicht zuletzt von den Kosten neuer oder alternativer Energieträger ab. Eine interessante Fragestellung bleibt dabei der Zeitpunkt, ab wann sich aufgrund der weltweiten Reservelage die Preisführerschaft vom Erdöl abwenden wird. Da aber auch die Entwicklungszeiten – beispielsweise von Projekten wie Gas oder Öl aus Kohle – beträchtlich sind und Rückkopplungen auf den Preis der klassischen Energieträger mit einem zeitlichen Verzug von mehreren Jahren erfolgen, sprechen erst einmal mindestens 7 bis 10 Jahre für den Beibehalt der jetzigen Situation.

Jürgen Hübner

Historisches

In einer kleinen Provinzzeitung¹ ist ein interessanter Beitrag zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Preußen enthalten, leider ohne Jahresangabe. Dafür war er aber mit einem umfangreichen Kommentar versehen. Offensichtlich hatte der Redakteur ein Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat sehr genau gelesen und die dort vorhandenen umfangreichen Tabellen für seine Leser zusammengefasst und somit verständlicher gemacht.

Die Steuer-Statistiken hatten eine sehr hohe praktische Bedeutung. In Preußen galt um diese Zeit noch das Drei-Klassen-Wahlrecht. Dabei wurde das Steueraufkommen in drei gleichgroße Klassen (besser Abteilungen) geteilt und mit jeweils 1/3 der Stimmen ausgestattet. Das hatte Konsequenzen: 1908 bestand beispielsweise in 2 214 von 29 028 Urwahlbezirken die 1. Abteilung nur aus einer Person. Alfred Krupp, der damals reichste Mann in Preußen, bestimmte deshalb 1/3 der Mitglieder des Essener Stadtrates. Aber auch andere Personen hatten so einen sehr großen Einfluss über die gewählten Personen und Parteien. Allerdings nur, wenn sie ihr Einkommen ordentlich versteuerten. Da die Wählerlisten offenlagen, gab es im Vorfeld von Wahlen regelmäßig Streit über den damaligen Datenschutz. Zugespißt lautete die Frage: „Wieso darf ein Wähler, der in die Abteilung 1 – die mit dem niedrigsten Einkommen – gehört, in das Wählerverzeichnis der Abteilung 3 schauen?“ Damals wurde entschieden: „Er darf!“ Beispielsweise auch, um zu prüfen, ob Karteileichen im Wählerverzeichnis aufgeführt oder Fehlbestände nicht berücksichtigt worden sind.

Indes kann man der Schlussfolgerung des Redakteurs heute noch zustimmen. Bei einem damaligen Preussischen Gini-Koeffizienten (Basis der Steuerzahler) von 0,48 und einem heutigen Brandenburger von 0,33 (Basis der Nettohaushaltseinkommen des Mikrozensus) sind die Unterschiede zwischen Armen und Reichen geringer geworden, wenn auch nicht so gravierend, wie es 1988 beim DDR-Haushaltsnettoeinkommens-Gini² mit 0,23 war.

Einkommen und Vermögen der preussischen Bevölkerung.
(Nachdruck verboten.)

Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der preussischen Bevölkerung gleichen einer Pyramide mit einer sehr breiten Basis und spitz zulaufenden Linien. Die Zahl der kleinen und mittleren Einkommenspersonen ist so groß, daß die Ziffern der höchsten Stufe nur einen unbedeutenden Bruchteil zur Gesamtzahl liefern. Freilich besitzen diese dann an Qualität, was ihnen in der Zahl abgeht. So haben die 3796 preussischen Steuerzahler, welche je ein Einkommen von über 100 000 Mk. versteuern ein ebensoviel großes Gesamteinkommen wie die 739 815 Steuerzahler, die je 1200 bis 1350 Mk. Einkommen versteuern. Von den Steuerzahlern bleiben 90 % innerhalb des Rahmens eines Einkommens von 900 bis 3000 Mk. Einschließlich aller Angehörigen bleiben von einer Gesamtbevölkerung von 38 Millionen 18 Millionen steuerfrei, d. h., sie haben weniger als 900 Mk. Einkommen und weniger 16 Mill. Mk. haben ein Einkommen von ungefähr 3000 Mk. Die nachstehende Aufstellung gliedert die Zahl der Jenigen in den einzelnen Steuerstufen wie folgt:

Steuerstufe			
900 — 1 200 Mk.	2 369 725	Jenigen	
1 200 — 1 800 „	2 115 906	„	
1 800 — 3 000 „	798 459	„	
3 000 — 6 500 „	412 107	„	
6 500 — 9 500 „	75 550	„	
9 500 — 30 500 „	53 241	„	
30 500 — 100 000 „	17 957	„	
über 100 000 „	3 796	„	

Im Verhältnis zu diesen Ziffern ist die Zahl der Gläubigen, die über ein jährliches Millionenvermögen verfügen, nicht sehr groß. Nur 67 Leute haben ein jährliches Einkommen von 1–3 Mill. Mk., weitere 8 Personen verfügen jährlich über 3–10 Mill. Mk. und nur 2 Personen können jährlich mehr als 10 Mill. Mk. verbrauchen, nämlich je 14 160 000 Mk. Diese beiden Personen zahlen zusammen eine jährliche Staatssteuer von 1 132 000 Mk. Nicht minder interessant ist die Vermögenssteuerstatistik. Hier zeigen sich die Verhältnisse in der jetzt nachfolgenden Tabelle recht deutlich.

Vermögensstufe		
6 000 — 20 000 Mk.	789 855	Jenigen
20 000 — 32 000 „	204 168	„
32 000 — 52 000 „	203 818	„
52 000 — 100 000 „	160 458	„
100 000 — 200 000 „	79 933	„
200 000 — 500 000 „	43 336	„
½ Mill. — 1 Mill. „	12 625	„
über 1 Mill. „	8 377	„

Die 4 vermögenseigenen Leute in der Stufe von über 100 Mill. Mk. Vermögen haben ein Gesamtvermögen von 620 320 000 Mk., also von je über 155 Mill. Mk. Das Vermögen dieser Leute ist ebenso groß als das Vermögen der 32159 Leute mit je 20 000 bis 22 000 Mk. Vermögen. Es haben ferner:

789 855 Jenigen	11 346 Mill. Mk. Vermögen
8 377 „	22 566 „

Man sieht, welche Gegensätze auch innerhalb der vermögenden Klasse vorhanden sind. Vergleichsweise mit den Ergebnissen früherer Jahre zeigt sich, daß eine allgemeine Aufwärtsentwicklung der Einkommensverhältnisse stattgefunden hat. Die Ziffern lehren indes, daß sich die große Masse unserer Bevölkerung nach wie vor in den denkbar bescheidensten Lebensverhältnissen bewegen muß.

1 Spremberger Stadtanzeiger vom 20. September 1909

2 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, Seite 317

Aus der amtlichen Statistik

▮ Mitteilungen und Nachrichten

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Zum 1. März 2009 hat der Verwaltungsrat des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg den Vorstand und dessen Vertretung neu ernannt. Für die Dauer von 5 Jahren wurde Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann erneut zum Vorstand bestellt. Zum stellvertretenden Vorstand wurde Frau Ruth Barthels bestellt.

Quelle: DESTATIS

Veröffentlichungen

Berlin, Juni und Juli 2009

Einbürgerungen

Jahr 2008	j 08
A I 9	6,00 EUR

Wanderungen Berlin

2. Quartal 2008	vj 2/08
A III 1	6,00 EUR

Schwangerschaftsabbrüche

Jahr 2008	j 08
A IV 11	6,00 EUR

Allgemeinbildende Schulen

Schuljahr 2007/2008	j 07
B I 1	8,00 EUR

Personal und Personalstellen an Hochschulen

Jahr 2008	j 08
B III 4	8,00 EUR

Hochschulfinanzen

Jahr 2007	j 07
B III 7	8,00 EUR

Lehrgänge des Zweiten Bildungsweges

Schuljahr 2008/2009	j 08
B IV 2	7,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Mai 2009	m 05/09
D I 1	6,00 EUR

Insolvenzen 2008

01.01. bis 31.03.2009	vj 1/09
D III 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Juni 2009	m 06/09
E I 1	7,00 EUR

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes

Jahr 2008	j 08
E I 5	7,00 EUR

Baugewerbe

Mai 2009	m 05/09
E II 1/E III 1	7,00 EUR

Wohngebäude und Wohnungen

31. Dezember 2008	j 08
F I 1	6,00 EUR

Baugenehmigungen

Juni 2009	m 06/09
F II 1	6,00 EUR

Baufertigstellungen, Bauüberhang und Bauabgang

Jahr 2008	j 08
F II 2	7,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

Mai 2009	m 05/09
G I 1/G IV 3	7,00 EUR

Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität

Mai 2009	m 05/09
G IV 1/G IV 2	6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle Endgültiges Ergebnis

Mai 2009	m 05/09
H I 1	7,00 EUR

Binnenschifffahrt

1. Vierteljahr 2009	vj 01/09
H II 1	6,00 EUR

Dienstleistungen

Jahr 2007	j 07
J I 2	10,00 EUR

Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige

Jahr 2008	j 08
K V 2	7,00 EUR

Jugendhilfe

Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis sowie Sorgerecht

Jahr 2008	j 08
K V 3	6,00 EUR

Vorläufige Schutzmaßnahmen

Jahr 2008	j 08
K V 4	6,00 EUR

Förderung beruflicher Aufstiegsfortbildung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Jahr 2008	j 08
K IX 2	6,00 EUR

Realsteuervergleich in den Ländern Berlin und Brandenburg

Jahr 2008	j 08
L II 7	7,00 EUR

Verbraucherpreisindex

August 2009	m 08/09
M I 2	7,00 EUR

Preisindizes für Bauwerke

Mai 2009	vj 2/09
M I 4	7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, Juni und Juli 2009

Einbürgerungen

Jahr 2008	j 08
A I 9	6,00 EUR

Sterbefälle nach Todesursachen

Jahr 2007	j 07
A IV 10	7,00 EUR

Schwangerschaftsabbrüche

Jahr 2008	j 08
A IV 11	6,00 EUR

Arbeitsmarkt

Juni 2009	m 06/09
A VI 7	6,00 EUR

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort und deren Pendlerverhalten nach Gemeinden – Vorläufiges Ergebnis –

Stand: Dezember 2007	
30. Juni 2007	j 07
A VI 14	10,00 EUR

Studierende an Hochschulen

Wintersemester 2008/2009	j 08
B III 1	8,00 EUR

Wahl der Abgeordneten des 7. Europäischen Parlaments – Endgültiges Ergebnis –

7. Juni 2009	5j 09
B VII 5-3	

Europawahlen – Endgültiges Ergebnis nach Gemeinden bzw. Stadtteilen/Ortsteilen der Kreisfreien Städte

Jahr 2009	5j 09
B VII 5-4	10,00 EUR

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland

Juni 2009	m 06/09
C II 1	6,00 EUR

über Gemüse und Erdbeeren

Juni 2009	m 06/09
C II 3	6,00 EUR

über Obst im Marktoftbau

Mai 2009	m 05/09
C II 5	6,00 EUR

Schlachtungen und Fleischerzeugung

Mai 2009	m 05/09
C III 6	6,00 EUR

Legehennenhaltung, Eierzeugung und Schlachtungen von Geflügel

01. 01. bis 31.03.2009	vj 1/09
C III 8	6,00 EUR

Rinder – Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere

3. Mai 2009	hj 1/09
C III 9	6,00 EUR

Gewerbeanzeigen

April 2009	m 04/09
D I 1	7,00 EUR

Insolvenzen

01. 01. bis 31.03.2009	vj 1/09
D III 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Mai 2009	m 05/09
E I 1	7,00 EUR

Baugewerbe

Ergebnisse des Bauhaupt- u. Ausbaugewerbes

Mai 2009	m 05/09
E II 1; E III 1	7,00 EUR

Fortschreibung des Wohnungs- und Wohngebäudebestandes

31. Dezember 2008	j 08
F I 1	8,00 EUR

Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr 2006	j 06
F I 2	10,00 EUR

Baugenehmigungen

Mai 2009	m 05/09
F II 1	6,00 EUR

Baufertigstellungen, Bauüberhang und Bauabgang

Jahr 2008	j 08
F II 2	7,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

Mai 2009	m 05/09
G I 1; GIV 3	7,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

April 2009	m 04/09
H I 1	7,00 EUR

Binnenschifffahrt

1. Vierteljahr 2009	vj 1/09
H II 1	7,00 EUR

Dienstleistungen

Jahr 2007	j 07
J I 2	10,00 EUR

Erzieherische Hilfe – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige

Jahr 2008	j 08
KV 2	6,00 EUR

Jugendhilfe

Vorläufige Schutzmaßnahmen

Jahr 2008	j 08
KV 4	6,00 EUR

Realsteuervergleich in den Ländern Berlin und Brandenburg

Jahr 2008	j 08
L II 7	7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

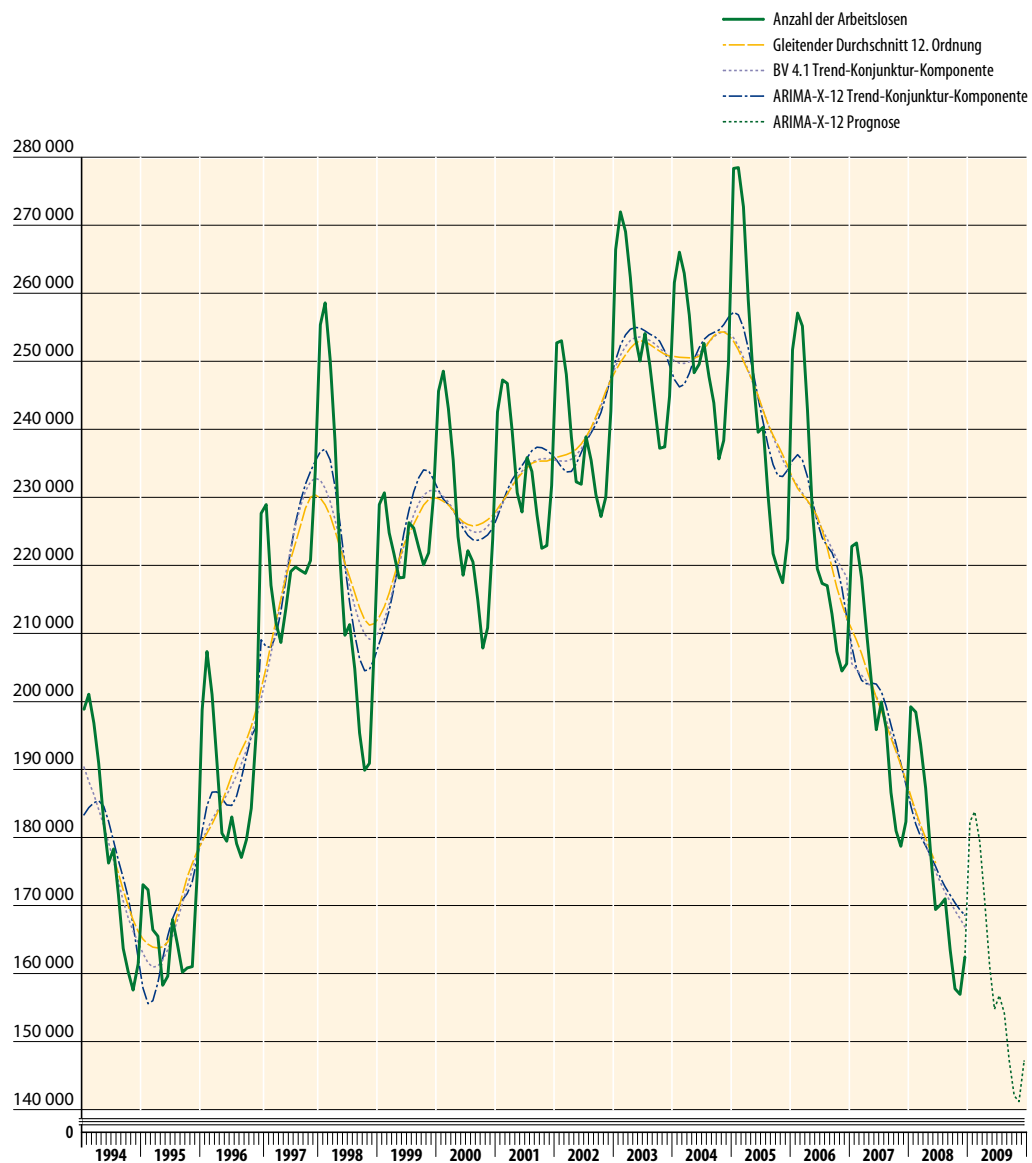
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418



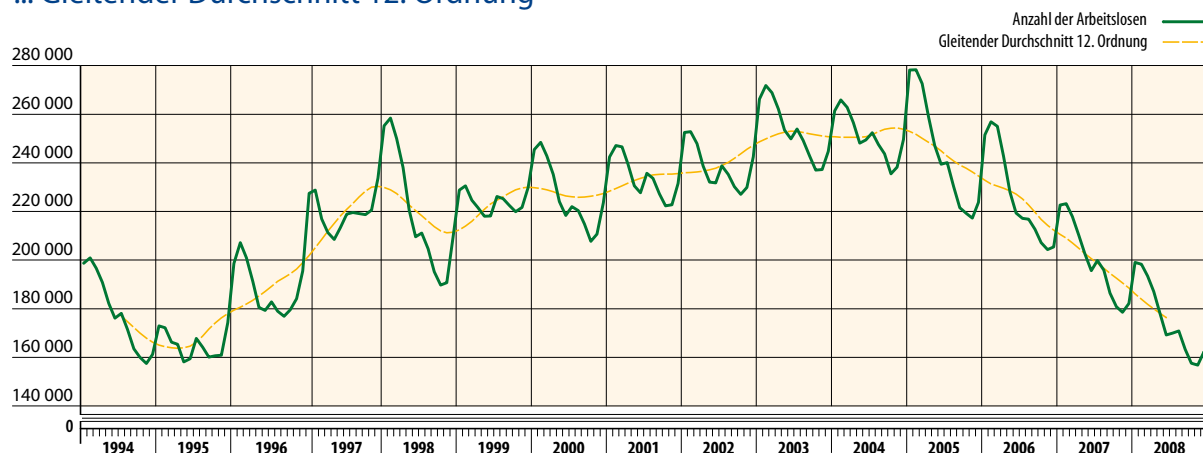
Monatliche Anzahl der Arbeitslosen
und Gleitender Durchschnitt 12. Ordnung,
BV4.1 Trend-Konjunktur-Komponente,
ARIMA-X-12 Trend-Konjunktur-Komponente
und ARIMA-X-12 Prognose
im Land Brandenburg von 1994 bis 2009



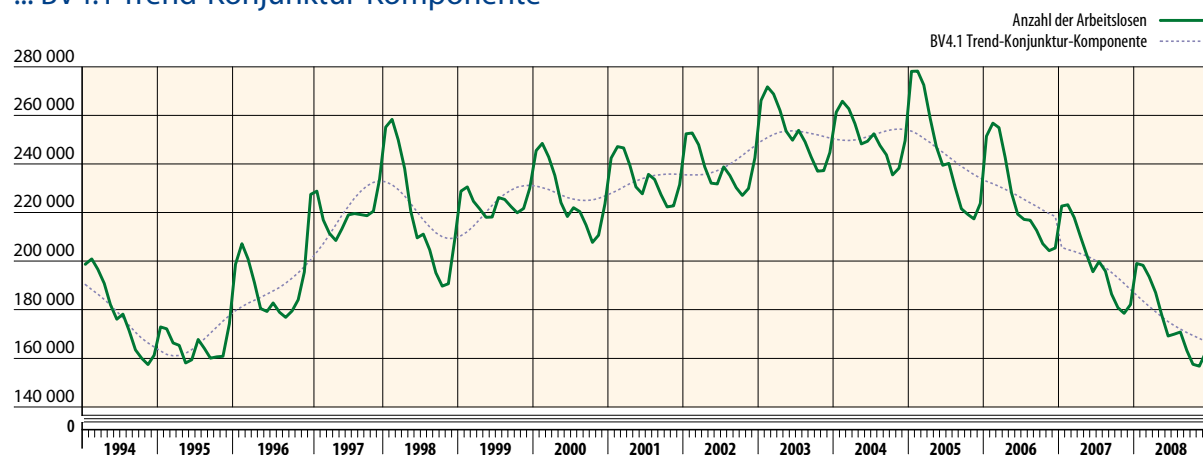


Monatliche Anzahl der Arbeitslosen und ... im Land Brandenburg von 1994 bis 2008

... Gleitender Durchschnitt 12. Ordnung



... BV4.1 Trend-Konjunktur-Komponente



... ARIMA-X-12 Trend-Konjunktur-Komponente

